
Masterarbeit im Masterstudiengang
Kriminologie und Polizeiwissenschaft
- Juristische Fakultät -

**Lokaljournalismus und polizeiliche Pressearbeit
vor dem Hintergrund regionaler Kriminalität**

Eine empirische Untersuchung polizeilicher Pressemeldungen
und lokaler Printmedien in NRW

Erstgutachter: Dr. Oliver Bidlo
Zweitgutachterin: Ass. jur. Jutta Dincă, M.A. M.Sc.

Vorgelegt von: Diane Drawe

diane.drawe@yahoo.de

am 19.02.2016

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Grundlagen	5
2.1	Einführung in die Kriminalitätsberichterstattung und ihre Folgen	5
2.2	Aussagekraft und Grenzen der Polizeilichen Kriminalstatistik.....	12
2.3	Kommunikativer Konstruktivismus	17
3	Aktueller Forschungsstand	21
3.1	Überregionale Langzeitstudien	22
3.2	Regionale Studien.....	23
4	Darstellung der Pressearbeit	27
4.1	Lokaljournalismus im Bereich der Printmedien (Zeitung).....	27
4.1.1	Nachrichtenselektoren	36
4.1.2	Veränderungen in der Redaktionsarbeit	40
4.2	Polizeiliche Pressearbeit in NRW.....	43
4.2.1	Entwicklung der polizeilichen Pressearbeit	43
4.2.2	Rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen	46
4.2.3	Schriftliche und mündliche Presseverlautbarungen	50
4.3	Verhältnis zwischen Polizei und Medien	52
4.4	Forschungsfragen	57
5	Methodik	57
5.1	Quantitative Inhaltsanalyse zur Kriminalitätsberichterstattung	57
5.1.1	Konkrete Umsetzung der Methodik.....	61
5.1.2	Kategorienbildung	63
5.1.3	Kodierregeln.....	66
5.1.4	Forschungshypothesen.....	69
5.2	Quantitative Inhaltsanalyse zur Berichterstattung über Flüchtlinge.....	70
5.2.1	Stichprobe.....	71
5.2.2	Forschungshypothesen.....	73
6	Auswertung	74
6.1	Untersuchungsergebnisse zur Kriminalitätsberichterstattung	74
6.1.1	Basisdaten zum lokalen Kriminalitäts- und Unfallgeschehen.....	74
6.1.2	Überprüfung der Forschungshypothesen.....	76
6.2	Untersuchungsergebnisse zur Berichterstattung über Flüchtlinge	91

7 Fazit/Ausblick.....	93
7.1 Rekurs - Grundzüge der Studie	93
7.2 Einordnung der Ergebnisse und Ausblick	94
Literaturverzeichnis	98

Anlagen

Anlage A: Grunddaten zu den betrachteten Kreispolizeibehörden	106
Anlage B: Übersicht der untersuchten Zeitungen (mit Lokalteilen).....	107
Anlage C: Übersicht des Kategoriensystems zur Kriminalität.....	108

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Fallzahlen ausgewählter Deliktgruppen.....	75
Abbildung 2: Anzahl der Verkehrsunfälle	76
Abbildung 3: Anzahl und Verteilung polizeilicher Pressemeldungen	78
Abbildung 4: Anteil der Deliktgruppen an polizeilicher Berichterstattung.....	79
Abbildung 5: Verteilung der Deliktgruppen in den einzelnen Behörden.....	79
Abbildung 6: Anzahl der Zeitungspublikationen zur Art der Meldungen	84
Abbildung 7: Anzahl der Zeitungsmeldungen nach Deliktbereichen.....	89
Abbildung 8: Stichprobenvergleich zur Flüchtlings- und Polizeiberichterstattung.....	92

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in der vorliegenden Arbeit die männliche Form gewählt. Alle Angaben beziehen sich auf Angehörige beider Geschlechter.

1 Einleitung

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“.¹ Diese Aussage des Soziologen Niklas Luhmann macht deutlich, welchen Einfluss und Stellenwert Massenmedien² auf die Menschen und ihre Gesellschaft haben. Ein Alltag ohne Medien ist inzwischen nicht mehr vorstellbar. Der Konsum von Nachrichten ist für einen Großteil der deutschen Bevölkerung fester Bestandteil des Tagesablaufes. Hierzu stehen unterschiedlichste Medien (Zeitung, Radio, Fernsehen, Internet, etc.) zur Verfügung. Seit den 1960er Jahren haben die Deutschen ihren Medienkonsum dabei erheblich gesteigert, regionale Zeitungen haben hierbei jedoch nicht gewonnen. Vielmehr ist der Begriff Zeitungskrise in aller Munde, der gerade einen Rückgang der Auflagen im Lokalen bezeichnet.³ Der Gebrauch des Internets ist in den letzten zehn Jahren stark gestiegen. Im Jahr 2006 waren in Deutschland circa 38,8 Millionen Menschen im Internet aktiv.⁴ Im Jahr 2015 lag die Anzahl der Nutzer schon bei rund 56 Millionen. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Art der Mediennutzung häufig vom Alter der Rezipienten abhängig ist. Die Gruppe der 14 bis 19-jährigen Internetnutzer sticht mit einem Prozentsatz von aktuell 97,5 deutlich hervor.⁵ Der Gebrauch von Smartphones ist inzwischen in vielen Altersgruppen in den Alltag integriert. Diese mobilen Endgeräte haben zu einem veränderten Mediennutzungsverhalten geführt. Smartphones (sowie Tablet-PC) bieten vielfältige Möglichkeiten, die über das reine Telefonieren und Versenden von Nachrichten hinausgehen. Man kann damit über das Internet Zeitung lesen, soziale Medien nutzen, Radio und Musik hören, Fernsehen und Videos ansehen, Recherche betreiben, fotografieren und vieles mehr. Obwohl bei Jugendlichen die Nutzung von Tageszeitungen (im Vergleich zu anderen Medien) an letzter Stelle steht, vertrauen 40% von ihnen bei widersprüchlichen

¹ Luhmann. 2009. S. 9.

² Mit dem Begriff der Massenmedien umschreibt Luhmann „(...) alle Einrichtungen der Gesellschaft (...), die sich zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel zur Vervielfältigung bedienen (...), sofern sie Produkte in großer Zahl mit noch unbestimmten Adressaten erzeugen. (...) Entscheidend ist, dass keine Interaktion unter Anwesenden zwischen Sender und Empfängern stattfinden kann.“

³ Vgl. Chmielewski. 2011. S. 14.

⁴ Statista. o.J./o.S. Altersverteilung der Internetnutzer. (Aufruf: 10.11.2015).

⁵ Ebd.

Informationen zu einem Thema dieser Form der Berichterstattung.⁶ Lediglich 14% der befragten Jugendlichen gaben an, im Zweifel den Nachrichten aus dem Internet Glauben zu schenken. Dennoch lässt sich festhalten, dass die Internetnutzung beim Konsum von Nachrichten immer stärker in den Vordergrund rückt und die klassischen Printmedien zu verdrängen droht. Journalisten kommt in dieser Zeit die Aufgabe zu, die (für den einzelnen kaum noch zu bewältigende) Informationsflut zu sondieren, zu kanalisieren, sie nutzerfreundlich aufzubereiten und somit handhabbar zu machen.⁷ Hierbei sind sie an rechtliche Rahmenbedingungen gebunden und müssen ihre Arbeit auch an den Inhalten des sogenannten Pressekodexes⁸ ausrichten. Zeitungen bieten weiterhin die Möglichkeit, sich fundiert mit Nachrichten auseinanderzusetzen und so an der Meinungsbildung mitzuwirken. Gerade das Medium der Zeitung stellt für die Gesellschaft eine Orientierungshilfe zum „Zurechtfinden im Alltag“⁹ dar und hat somit Einfluss auf die Meinungsbildung. Printmedien können in der heutigen Zeit verstärkt die Chance nutzen, anstelle einer schnellen kurzen Information aus dem Internet, sachlich, ausgewogen und fundiert über Ereignisse zu berichten. Insbesondere die Darstellung von Kriminalität ist tagtäglich Gegenstand unterschiedlichster Berichterstattungen,¹⁰ wobei inzwischen auch Meldungen über Terrorismus¹¹ im Fokus stehen. Die Selektion der Nachrichten kann hierbei eine entscheidende Rolle spielen, da Kriminalitätsberichterstattung Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Mediennutzer haben kann. Die Furcht vor Kriminalität korreliert hierbei nicht mit der tatsächlichen Bedrohung durch abweichendes Verhalten bzw. mit der bekannten Kriminalitätsbelastung. Vielmehr ist in den letzten Jahrzehnten grundsätzlich ein allgemeiner Rückgang der erfassten Kriminalität zu verzeichnen, der sich nicht mit einem vermuteten Anstieg in der Bevölkerung deckt.¹² Da gerade Massenmedien in selektiver und verstärkter Form über delinquentes Verhalten berichten, herrscht in der Gesellschaft die Auffassung vor, dass es in den letzten Jahren zu einem starken Anstieg der

⁶ Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest. JIM Studie 2014. S. 14.

⁷ Vgl. Kunczik/Zipfel. 2005. S. 134.

⁸ Vgl. Deutscher Presserat. Der Pressekodex. (Aufruf: 10.11.2015).

⁹ Bonfadelli. 2004. S. 218.

¹⁰ Vgl. Windzio/Kleimann. SozW. 2/2006. S. 197.

¹¹ Vgl. Linder. 2011. S. 19.

¹² Vgl. Windzio/Kleimann. SozW. 2/2006. S. 194.

Kriminalität gekommen sei.¹³ Insbesondere solche Berichterstattung, die regionale Taten in den Fokus nimmt, kann somit Auswirkungen auf die Wahrnehmung von strafbarem Verhalten im lokalen Bereich haben. Fraglich ist, ob Medien tatsächlich über Kriminalitätsrealität berichten und wie ein solcher Begriff überhaupt zu definieren wäre. Soziologische Theorien legen dar, dass es nicht die eine Realität gibt, sondern dass die Wirklichkeit ein Konstrukt der Menschen ist. Im Hinblick auf einen möglichen Selektionsprozess, den Polizei und Medien (bewusst oder unbewusst) vornehmen, können Meldungen also Konstrukte bilden, die durch die weitere Vermittlung zu „sozialen Tatsachen“¹⁴ werden. An dieser Stelle knüpft der kommunikative Konstruktivismus an. Medien (und ihre Akteure) nehmen sowohl auf der soziokulturellen als auch auf der deutungskulturellen Ebene Einfluss, so dass sie fester Bestandteil der Soziokultur sind. Sie verstärken einerseits Normen und Werte, können jedoch auch Wandlungsprozesse einleiten bzw. intensivieren.¹⁵ Einen wesentlichen Einfluss auf die Kriminalitätsberichterstattung kann die Pressearbeit der Polizei haben, die sich in den letzten Jahrzehnten hinsichtlich personeller und technischer Ausrichtung stark entwickelt hat.¹⁶ Ebenso mussten Lokalredaktionen geänderten Rahmenbedingungen (verstärkte Nutzung des Internets, Zusammenlegung von Verlagsgruppen, etc.) standhalten.¹⁷ Nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln¹⁸ wurde kontrovers diskutiert, ob und wie Medien und Polizeibehörden mit näheren Informationen zu Tatverdächtigen (insbesondere mit der Nennung von Nationalitäten) umgehen sollten.¹⁹ Diese gesellschaftliche und mediale Diskussion zeigt, dass Inhalte und Auslegung des o.g. Pressekodexes nicht unumstritten sind. Journalisten und Polizisten stehen in einer Wechselbeziehung zueinander.²⁰ Massenmedien prägen in außerordentlicher Art und Weise das Bild, das die Gesellschaft von der Polizei hat. Medienvertreter sind zum Teil abhängig von einer möglichst

¹³ Vgl. Windzio/Kleimann. SozW. 2/2006. S. 194.

¹⁴ Reichertz/Keller/Knoblauch. 2013. S. 9/10.

¹⁵ Vgl. Vogt/Dörner. 2012. S. 16/17.

¹⁶ Vgl. Böhm. 2012. S. 44/45.

¹⁷ Vgl. Wolf. 2013. S. 127/128.

¹⁸ In dieser Nacht (31.12.2015/01.01.2016) war es im Bereich des Hauptbahnhofes und auf dem Domvorplatz zu einer Vielzahl von Straftaten gekommen, über die die Polizei erst deutlich später berichtet hatte. Als Tatverdächtige kommen Flüchtlinge, insbesondere aus Nordafrika, in Betracht. Dieser Umstand war durch die Polizei zunächst nicht thematisiert worden.

¹⁹ Vgl. taz. Artikel vom 22.01.2016. Bax, Daniel. o.S. (Aufruf: 23.01.2016).

²⁰ Vgl. Kersten. 2009. S. 298.

umfassenden polizeilichen Pressearbeit.²¹ An den aufgeführten Punkten knüpft die vorliegende Studie an. Untersucht werden soll, ob und ggf. wie Medienvertreter und polizeiliche Pressesprecher durch thematische Schwerpunktsetzung Nachrichten selektieren und somit Einfluss auf die Wahrnehmung von Kriminalität und weiteren polizeilichen Themen nehmen. In Nordrhein-Westfalen (NRW) gibt es aktuell keine veröffentlichte Studie, die sich mit der forschungsleitenden Fragestellung auseinandersetzt: Gibt es Schwerpunkte in der jeweiligen Lokalberichterstattung? Nach welchen Kriterien wählen polizeiliche Pressesprecher ihr tägliches Einsatzgeschehen aus? Welche Nachrichten übernimmt der Lokaljournalist und welche (kriminalitätsrelevanten) Meldungen erscheinen besonders häufig in regionalen Printmedien?

Diese Arbeit beinhaltet einen literaturbasierten Teil, der die Grundzüge polizeilicher Pressearbeit in NRW sowie die Ausrichtung des Lokaljournalismus im Bereich der Printmedien thematisiert. Des Weiteren werden statistische Daten zum Kriminalitätsgeschehen dargelegt und (in grundlegenden Teilbereichen) erläutert. Sodann schließt sich eine quantitative Inhaltsanalyse von polizeilichen Pressemitteilungen und Zeitungsartikeln an (Input-Output-Analyse). Im Verlauf der Zeitungsauswertung war die Flüchtlingssituation in Europa und somit auch in Deutschland und NRW ein herausragendes Thema. Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge auf Kommunen in NRW stieg stetig an.²² Im Hinblick auf mögliche printmediale Verdrängungseffekte erfolgte daher eine stichprobenartige Untersuchung von Lokalzeitungen. Anhand dieser Daten konnte analysiert werden, ob und in welchem Ausmaß aktuelle gesellschaftlich relevante Themen stärker in den Vordergrund treten und somit beispielsweise die Kriminalitätsberichterstattung verdrängen. Anhand der Gesamtergebnisse sollen die forschungsleitenden Fragen beantwortet und vertieft werden.

Der Schwerpunkt der Studie liegt im Bereich der Kriminologie und fokussiert sich insbesondere auf die Kriminalitätsberichterstattung. Die Ausrichtung und Entwicklung polizeilicher Pressearbeit stellt in Teilbereichen auf die Polizei-

²¹ Vgl. Kersten. 2009. S. 299.

²² Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). 2016. S. 4 und 7.

wissenschaft²³ ab. Soziologische Betrachtungen ergeben sich im Hinblick auf die Einordnung der Begriffe Medienrealität bzw. Kriminalitätswirklichkeit. Erkenntnisse aus der Medienwirkungsforschung, die sich beispielsweise auf Kriminalitätsfurcht und subjektives Sicherheitsempfinden beziehen, sowie Informationen aus dem Bereich Medienrecht, sollen die Studie abrunden. Dass in die Arbeit Aspekte unterschiedlicher Wissenschaften einfließen, zeigt, dass man sich dem gewählten Forschungsgegenstand aus mehreren Perspektiven nähern kann. Zudem kann daran die Vielschichtigkeit des Themas erkannt werden.

2 Grundlagen

2.1 Einführung in die Kriminalitätsberichterstattung und ihre Folgen

Bestimmte Themen führen in den Medien zu besseren Einschaltquoten, höheren Verkaufszahlen und mehr Clicks bei Internetartikeln. „Was immer funktioniert (...) ist Sex & Crime.“²⁴, so der Vorsitzende des Axel-Springer-Verlags Mathias Döpfner im Jahr 2012. Polizeiliche Berichte über Straftaten, Festnahmen sowie Verkehrsunfälle sind tagtäglich Gegenstand unterschiedlichster Medien.²⁵ Kriminalitätsberichterstattung ist im Vergleich zu anderen Themen (Politik, Kultur, etc.) stark überrepräsentiert. Dies hat (zumindest in Teilen) Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Rezipienten.²⁶ Kriminalitätsberichterstattung in den Medien ist daher immer wieder ein Thema, das im Fokus steht und kontrovers diskutiert wird.

Der Begriff Kriminalität ist nicht einheitlich definiert. Die Bewertung eines Verhaltens als kriminell ist sowohl historischem Wandel als auch regionalen Unterschieden unterworfen. Es gibt den soziologischen, strafrechtlichen und natürlichen Kriminalitätsbegriff.²⁷ Von der Entscheidung des Gesetzgebers ist abhängig, welches Verhalten unter Strafe gestellt wird. Gemeint sind hiermit alle Handlungen mit strafrechtlichen Rechtsfolgen. Dieser Ansatz folgt dem

²³ Gegenstand der modernen Polizeiwissenschaft ist die Polizei als Institution und ihre Mitarbeiter, insbesondere aber auch die Rolle der Polizei in der Gesellschaft, das Bild der Polizei in den Medien sowie das Ansehen in der Bevölkerung. Eine weitgefaste Definition bezieht auch weitere Akteure (Sicherheitsdienste, Bürgerinitiativen, etc.) mit ein.

²⁴ Horizont online. o.S. Online-Artikel vom 09.11.2012. (Aufruf: 04.07.2015).

²⁵ Vgl. Windzio/Kleimann. SozW. 2/2006. S. 197.

²⁶ Vgl. Kersten. 2009. S. 297.

²⁷ Vgl. Schwind. 2011. S. 5.

strafrechtlichen/formellen Kriminalitätsbegriff.²⁸ Vertreter der soziologischen Definition fordern eine inhaltliche Ausweitung, um deviantes (sozialschädliches/sozialabweichendes) Verhalten ebenfalls unter diesen Begriff zu fassen.²⁹ Der natürliche Verbrechensbegriff meint hingegen, dass es einen Kernbestand der Kriminalität gibt, der zu jeder Zeit, in allen Gesellschaften und Kulturen als verwerflich angesehen wird. Hierzu zählen beispielsweise Mord, Raub, Vergewaltigung und Diebstahl.³⁰ Gewaltberichterstattung und ihr Konsum finden seit jeher statt und sind somit in der heutigen Zeit nicht zwingend als eine Verrohung der Sitten oder der „moralischen Zerrüttung moderner Gesellschaften“³¹ zu werten. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der Anteil der Gewaltdelikte überschätzt wird. Insbesondere glauben mehr Menschen daran, innerhalb des nächsten Jahres Opfer einer Straftat zu werden als dies tatsächlich passiert.³² Die Furcht vor Kriminalität kann auf verschiedenen Ebenen (individuell oder sozial) stattfinden. Sie bezieht sich demnach entweder auf die Furcht vor der eigenen Viktimisierung oder auf Kriminalität als gesamtgesellschaftliches Phänomen.³³ Aus polizeilicher Sicht hat das subjektive Sicherheitsgefühl und die Furcht vor Kriminalität eine besondere Bedeutung.³⁴ Die Polizei ist für die Sicherheit der Bürger verantwortlich und wird an ihrer Arbeit und ihrem Auftreten gemessen. Aufgrund des staatlichen Gewaltmonopols obliegen ausschließlich der Polizei bestimmte Rechte. Unter dem staatlichen Gewaltmonopol versteht man die alleinige Legitimität des Staates, physische Gewalt im Rahmen des geltenden Rechts auszuüben und anzudrohen³⁵, soweit nicht die sogenannten „Jedermannrechte“ greifen, die den einzelnen Bürger unter gewissen Voraussetzungen zum Festhalten von Personen befugt. Massenmedien prägen insbesondere im Hinblick auf das Einschreiten der Polizei in besonderem Maße das Bild, das die Bevölkerung von der Polizei hat.³⁶ Den Medien wird zudem

²⁸ Vgl. Schwind. 2011. S. 3.

²⁹ Vgl. ebd. S. 5.

³⁰ Vgl. ebd. S. 4.

³¹ Kersten. 2009. S. 302.

³² Vgl. Reuband. 2009a. S. 237.

³³ Vgl. ebd.

³⁴ Vgl. Schwind. 2011. S. 5.

³⁵ Vgl. Bäuerle. 2008. S. 15.

³⁶ Vgl. Kersten. 2009. S. 299.

bei der Berichterstattung und der damit verbundenen Bildung von Werten eine besondere Rolle zugeschrieben.³⁷

Das Erleben von Kriminalitätsfurcht meint nicht nur, dass jemand Angst davor hat, Opfer einer Straftat zu werden. Vielmehr ist auch die empfundene Bedrohung eingeschlossen, die allein durch die Wahrnehmung von Kriminalität entstehen kann.³⁸ Mit dem Begriff der Kriminalitätsfurcht wird (im Gegensatz zur objektiven Sicherheit) die subjektive Sicherheit bezeichnet. Sie ist das Resultat persönlicher Bewertungsprozesse, weshalb sie im Hinblick auf das Individuum unterschiedlich stark auftritt bzw. wahrgenommen wird. Gerade in Metropolen hat die Kriminalitätsfurcht zum Teil starke Ausprägungen angenommen.³⁹ Dass das Thema Kriminalitätsfurcht eine hohe Relevanz für die Polizei besitzt, zeigt sich an folgenden möglichen Konsequenzen, die sich daraus ergeben können. Zum einen kann das Vertrauen in die Polizei verloren gehen, was zu einer abnehmenden Mitwirkungsbereitschaft der Gesellschaft führen kann. Dies kann sich in vermindertem Hinweisaufkommen und niedriger Anzeigenbereitschaft niedergeschlagen. Zum anderen kann sich aus Kriminalitätsfurcht eine Tendenz zur Selbstjustiz ergeben, wenn der Eindruck entsteht, dass der Staat (vermeintlich) nicht mehr in der Lage ist, Kriminalität adäquat zu bekämpfen. Ein Beispiel hierfür kann die Tendenz zur Bildung von sogenannten Bürgerwehren sein, die nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln verstärkt auftrat.⁴⁰ Ein niedriges Maß an subjektiver Sicherheit kann dazu beitragen, dass Passanten bei körperlichen Auseinandersetzungen nicht einschreiten, um zu verhindern, selbst angegriffen zu werden. Hier kann es zu unterlassenen Hilfeleistungen im strafrechtlichen Sinn kommen. Aus einer gesellschaftlich stark empfundenen Kriminalitätsfurcht können sich ferner kriminalpolitische Forderungen ergeben, die beispielsweise zur Verschärfung des Strafrechts, etc. führen können. Der Ruf nach härteren Strafen ist in derartigen Situationen durchaus verbreitet.⁴¹ Im Bereich der Kriminologie zeigt sich auch, dass selbst präventive Meldungen (z.B. im Zusammenhang mit Einbruchschutz), die eigentlich über einen posi-

³⁷ Vgl. Zimmermann. 2014. S. 541.

³⁸ Vgl. Reuband. 2009a. S. 233.

³⁹ Vgl. Schwind. 2011. S. 419.

⁴⁰ Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales NRW. Presseinformation vom 11.01.2016. S. 5. (Aufruf: 12.01.2016).

⁴¹ Vgl. Schwind. 2011. S. 421.

tiven Impetus verfügen, Kriminalitätsfurcht fördern können.⁴² Zu den weiteren Faktoren, die Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden nehmen können, zählen zum Beispiel das wahrgenommene Straßenbild und eine soziale Desorganisation in der Wohnumgebung, einhergehend mit bestimmten Verschmutzungen (Müll, Graffiti, etc.) sowie die Wahrnehmung von bestimmten Personengruppen (Obdachlose, Prostituierte, etc.) in der Öffentlichkeit. Gerade zur Nachtzeit und in entlegenen Gebieten kann Kriminalitätsfurcht stärker empfunden werden.⁴³ Nur ein geringer Teil der Bevölkerung wird tatsächlich Opfer delinquenten Verhaltens. Die meisten Erfahrungen auf diesem Gebiet resultieren aus Darstellungen der Massenmedien, die grundsätzlich vermehrt über schwere Delikte berichten.⁴⁴ Die Selektion folgt journalistischen Kriterien, den sogenannten Nachrichtenfaktoren, die im Unterkapitel 4.1.1 näher erläutert werden.

Die Wirkung von Kriminalitätsberichterstattung in den Medien kann vielfältig sein und ist abhängig von der Art der Darstellung und der Themenauswahl. Beispielsweise kann der Konsum von Medienberichten bei den Rezipienten Klischees und Feindbilder erzeugen, negative Weltbilder vermitteln, Nachahmungstaten auslösen oder zumindest fördern, zu einer Überschätzung von Kriminalitätsphänomenen führen, Anliegen von Gewalttätern und Terroristen unterstützen und Kriminalitätsfurcht auslösen.⁴⁵ Grundsätzlich sind jedoch viele mediale Wirkungstheorien in der Literatur umstritten bzw. widerlegt worden.⁴⁶ Im Rahmen der Kommunikations- bzw. Massenmedienforschung ist beispielsweise keine monokausale Wirkung im Hinblick auf Kriminalitätsberichterstattung zweifelsfrei herausgearbeitet worden.⁴⁷ An dieser Stelle sollte deshalb der Umstand berücksichtigt werden, dass kriminologische Studien grundsätzlich keine monokausalen Zusammenhänge zum Ergebnis haben. Vielmehr liegen Erklärungsansätzen vielfältige und komplexe Einflussfaktoren zugrunde. Anstelle von Kausalitäten rücken Wahrscheinlichkeiten in den Fokus.⁴⁸

⁴² Vgl. Bidlo. 2015. S. 47.

⁴³ Vgl. Schwind. 2011. S. 422.

⁴⁴ Vgl. Reuband. 2009a. S. 241.

⁴⁵ Vgl. Schwind. 2011. S. 298/299.

⁴⁶ Vgl. ebd. S. 300.

⁴⁷ Vgl. ebd. S. 307.

⁴⁸ Vgl. ebd.

So kann insbesondere die Gefahr von Nachahmungstaten durch die mediale Darstellung von bestimmten Deliktsfeldern durchaus verstärkt werden. Hierzu gehören sowohl Amokläufe als auch rassistische und rechtsextremistische Gewalttaten.⁴⁹ Eine intensive Pressearbeit der Polizei, die den Tatverdächtigen und den Hergang der Tat in den Fokus nimmt, kann ein Anstoß für weitere Amoktaten sein bzw. macht ähnliche Taten wahrscheinlicher.⁵⁰ Insbesondere „verursacht die fiktionale oder dokumentarische Befassung der Medien mit Gewaltvorkommnissen ein einseitig verzerrtes Bild von Kriminalität und auch von Kriminalitätsbekämpfung, vor allem von der Tätigkeit der Polizei.“⁵¹ Diese Form der Berichterstattung kann ebenfalls Einfluss nehmen auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Diese Einflussnahme ist jedoch nicht linear.⁵² Medienkonsumenten sind im Hinblick auf die Wahrnehmung von Kriminalität einerseits stark von Medien abhängig, andererseits gibt es weitere Faktoren, die darauf Einfluss nehmen. Einschätzungen zur Glaubwürdigkeit bestimmter Mediengattungen wirken sich beispielsweise darauf aus, ob und ggf. mit welchen Folgen Medieninhalte rezipiert werden.⁵³ Des Weiteren können Polizeipräsenz und allgemeine Verunsicherung (Existenzängste, Zukunftssorgen, etc.) Faktoren sein, die unterschiedliche Auswirkungen auf das Empfinden von Kriminalitätsfurcht haben.⁵⁴ Eine verstärkte Berichterstattung zum Kriminalitätsgeschehen kann sich beispielsweise in einer verstärkten Kriminalitätsfurcht in der Gesellschaft niederschlagen.⁵⁵ Mögliche Konsequenzen der EU-Erweiterung, sowie terroristische Anschläge und der Islam, können ebenfalls kriminalitätsfurchtbegünstigende Faktoren sein.⁵⁶ Inwiefern die Anzahl der tatsächlich registrierten Straftaten Einfluss auf das Sicherheitsempfinden nehmen kann, ist fraglich. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass ein Anstieg registrierter Kriminalität nicht zwangsläufig eine tatsächliche Zunahme der Delinquenz belegt. Ein alternativer Erklärungsansatz wäre in einem möglicherweise geänderten Anzeigenverhalten zu su-

⁴⁹ Vgl. Kersten. 2009. S. 302.

⁵⁰ Vgl. Höfler. 2010. S. 117.

⁵¹ Kersten. 2009. S. 302.

⁵² Vgl. Kersten. 2009. S. 302.

⁵³ Vgl. Reuband. 2009a. S. 241.

⁵⁴ Vgl. ebd. S. 242.

⁵⁵ Vgl. ebd. S. 241.

⁵⁶ Vgl. Schwind. 2011. S. 423.

chen.⁵⁷ Eine Düsseldorfer Studie aus den Jahren 1998-2004 brachte sogar zutage, dass bei gestiegener Kriminalitätsberichterstattung in den lokalen Medien gleichzeitig ein Rückgang der Kriminalitätsfurcht zu verzeichnen war. Als Erklärung für diese Entwicklung werden Gewöhnungseffekte herangezogen. Womöglich führen solche Effekte nicht zu einer Steigerung der Kriminalitätsfurcht, zumindest solange die Straftaten nicht drastisch ansteigen.⁵⁸

Grundsätzlich ist die aktuelle Berichterstattung abhängig von den jeweiligen täglichen Ereignissen. Somit ist es schwierig, einen generellen Trend nachzuweisen, der beispielsweise eine Zunahme der Gewaltberichterstattung in den Medien erkennen ließe.⁵⁹ Solche Studien sind zudem kritisch zu hinterfragen, wenn sie sich bei ihrer Medienauswertung ausschließlich auf einen sehr kurzen Zeitraum beziehen.⁶⁰ Bei Forschungen zum Thema mediale Gewaltdarstellung kann ein quantitativer Aspekt betrachtet werden, dem die Frage zugrunde liegt, ob heutzutage mehr Gewalt gezeigt bzw. mehr über Gewalt berichtet wird. Ob Gewalt inzwischen in den Medien in anderer Art und Weise dargestellt wird, beleuchtet einen qualitativen Aspekt.⁶¹ Die vorliegende Studie beleuchtet den quantitativen Aspekt der Kriminalitätsberichterstattung in ausgewählten Tageszeitungen.

Massenmedien transportieren Nachrichten und beeinflussen so die Wahrnehmung von bestimmten Themen. Der Mensch kann seine Wahrnehmung jedoch nicht auf alle Medien und die gesamte Bandbreite der Berichterstattung richten, so dass einige Inhalte (unbewusst) ausgewählt und als besonders wichtig erachtet werden. Von dieser Grundannahme geht das sogenannte Agenda-Setting aus.⁶² McCombs und Shaw⁶³ gelten heute als Begründer dieses Ansatzes, obwohl sich Funkhouser bereits in den 1960er Jahren stark diesem Themenbereich widmete, ohne seine Theorie zunächst zu publizieren.⁶⁴ Agenda-Setting bedeutet, dass Medien konkrete Themen-

⁵⁷ Vgl. Reuband. 2009a. S. 244.

⁵⁸ Vgl. ebd. S. 245/246.

⁵⁹ Vgl. Maurer/Reinemann. 2006. S. 175.

⁶⁰ Vgl. ebd.

⁶¹ Vgl. ebd.

⁶² Vgl. Maurer. 2010a. S. 10.

⁶³ Sie veröffentlichten im Jahr 1972 in der renommierten Fachzeitschrift *Public Opinion Quarterly* den Artikel „The Agenda-Setting Function auf Mass Media.“

⁶⁴ Vgl. Maurer. 2010a. S. 22.

schwerpunkte setzen.⁶⁵ Sie haben Einfluss darauf, worüber die Rezipienten sprechen und nachdenken. In den Massenmedien stark behandelte Themen finden Einzug in die gesellschaftliche Diskussion. Der Agenda-Setting-Effekt gehört zu den empirisch am stärksten abgesicherten Medienwirkungstheorien, ist allerdings nicht gänzlich unumstritten. Die Kritik, die diesem Ansatz entgegengebracht wird, bezieht sich im Wesentlichen auf die Durchführung von Querschnittstudien. Grundsätzlich erscheinen Längsschnittstudien besser geeignet, wenn es um die Darstellung von Veränderungen (in der Berichterstattung) geht.⁶⁶ Das Agenda-Setting kann einen positiven, allerdings auch einen negativen Einfluss haben. Zum einen gelangen bestimmte gesellschaftliche Probleme erst durch die Berichterstattung in das Bewusstsein. Zum anderen kann eine starke Fokussierung (der Medien) auf ausgewählte Nachrichten dazu führen, dass andere wiederum in den Hintergrund treten, an Bedeutung verlieren oder von tatsächlichen Entwicklungen und Problemen ablenken.⁶⁷ Mediennutzer halten insbesondere solche Themen für bedeutsam, über die häufig berichtet wird. Die tatsächliche Relevanz dieser Nachrichten spielte beim Agenda-Setting zunächst keine Rolle.⁶⁸ Frühe Studien gingen somit zunächst von linearen Korrelationen aus. Eine hohe Anzahl von Berichten zu einem Thema war gleichbedeutend mit einer hohen Relevanz in der Gesellschaft. In der Folge ist diese Theorie weiterentwickelt worden, so dass auch nonlineare Modelle eine Rolle spielen. Nunmehr wird beispielsweise die Dauer der Berichterstattung in derartige Studien einbezogen.⁶⁹ In der heutigen Zeit können auch Rezipienten Einfluss nehmen, worüber berichtet wird bzw. die Bedeutung von Themen vorgeben. Dieses Phänomen kann insbesondere durch die Nutzung von sozialen Medien hervorgerufen werden.⁷⁰ So kann die Relevanz eines Themas auch daran festgemacht werden, wie häufig Artikel im Internet angeklickt oder weiter verbreitet werden. Somit bestimmt der Internetnutzer mit, welche Themen berücksichtigt werden (sogenannte Publikumsagenda).⁷¹ Auf weitere Ausfüh-

⁶⁵ Vgl. Maurer. 2010a. S. 55.

⁶⁶ Vgl. ebd. S. 57.

⁶⁷ Vgl. Maurer. 2010b. S. 65.

⁶⁸ Vgl. Maurer. 2010a. S. 55.

⁶⁹ Vgl. ebd. S. 24.

⁷⁰ Vgl. taz. Ausgabe vom 23./24.01.2016. S. 18.

⁷¹ Vgl. Maurer. 2010a. S. 24.

rungen zum Thema Medienwirkungsforschung wird an dieser Stelle verzichtet. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt im Bereich der Kriminalitätsberichterstattung. Hierbei ist die Nachrichtenauswahl von zentraler Bedeutung. Auf der einen Seite geht es um die Frage, ob Pressevertreter ein realistisches Bild der Kriminalitätslage vermitteln. Auf der anderen Seite stehen grundsätzlich Journalisten in der Kritik, die sie sich nicht an Qualitätskriterien orientieren, sondern an Auflage und Profit.⁷² An dieser Stelle ist zu berücksichtigen, dass das gesellschaftliche Interesse an schweren Straftaten in der Regel hoch ist - daher ist die Nachfrage nach diesen Publikationen höher.⁷³ Folgen polizeiliche Pressesprecher und Journalisten trotzdem Selektionskriterien, die sich an der tatsächlich registrierten Anzahl der Straftaten orientiert und erscheint diese Vorgehensweise überhaupt sinnvoll? Zur weiteren Vertiefung werden zunächst Grundlagen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) dargestellt.

2.2 Aussagekraft und Grenzen der Polizeilichen Kriminalstatistik

In Deutschland wird die registrierte Kriminalität in der sogenannten Polizeilichen Kriminalstatistik veröffentlicht. Sie wird seit 1953 vom Bundeskriminalamt (BKA) herausgegeben. Dort sind alle der Polizei bekannt gewordenen Straftaten, die nicht im Ausland verübt wurden, sowie die Anzahl aller ermittelten Tatverdächtigen niedergelegt.⁷⁴ Die PKS wird sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kommunalebene geführt. Dies ergibt sich aus § 2 Abs. 6 Ziff. 2 des Bundeskriminalamtgesetzes. Auch Versuchstaten, die mit Strafe bedroht sind, werden erfasst. Für Staatsschutz- und Verkehrsdelikte erfolgt eine gesonderte Registrierung.⁷⁵ Die PKS beinhaltet keine Daten zum Ausgang der Verfahren.⁷⁶ Eine regelmäßige Veröffentlichung, die den Verlauf eines Falls skizzieren würde (von der Anzeige bis zum Urteil/zur Einstellung), existiert in Deutschland nicht.⁷⁷ Zudem gibt es noch weitere Statistiken, die allerdings ausschließlich in Teilbereichen Straftaten bzw. Verdächtige erfassen. Die Strafverfolgungsstatistik stellt beispielsweise die Anzahl der

⁷² Vgl. Maurer/Reinemann. 2006. S. 189.

⁷³ Vgl. ebd. S. 194.

⁷⁴ Vgl. Schwind. 2011. S. 24.

⁷⁵ Vgl. ebd. S. 25.

⁷⁶ Vgl. ebd.

⁷⁷ Vgl. ebd. S. 24.

durch Gerichte abgeurteilten Verdächtigen dar. Die Strafvollzugsstatistik legt jährlich die Belegungsfähigkeit und tatsächliche Belegung der Justiz- und Verwahranstalten dar. In der Bewährungshilfestatistik sind Anzahl der Bewährungshelfer und die ihnen zugeordneten Personen, die unter Bewährungsaufsicht stehen, niedergelegt.⁷⁸ Die PKS kann somit als die tatnächste Statistik bezeichnet werden.⁷⁹ Im Hinblick auf die Aussagekraft der PKS-Daten müssen jedoch einige Faktoren berücksichtigt werden. Dieses Instrument bildet ausschließlich das sogenannte Hellfeld ab. Straftaten, die nicht zur Anzeige gebracht wurden bzw. die die Ermittlungsbehörden nicht entgegen genommen haben, werden in dieser Statistik nicht ausgewiesen.⁸⁰ Die Höhe der Dunkelziffer⁸¹ variiert stark in Abhängigkeit zum Deliktstyp. Das BKA resümiert in seinen Darstellungen zur Dunkelfeldforschung: „Die PKS bietet (...) kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität.“⁸²

Sofern ein Anstieg der registrierten Kriminalität in der PKS festgestellt wird, können hierfür verschiedene Umstände von Bedeutung sein. Zum einen kann tatsächlich die Anzahl der begangenen Taten gestiegen sein. Zum anderen kann die Zunahme der registrierten Delikte auf einem geänderten Anzeigeverhalten der Bevölkerung basieren.⁸³ Die Beweggründe für eine Anzeige oder für die bewusste Entscheidung, die Tat nicht bei der Polizei anzuzeigen, sind vielfältig. In Betracht kommen beispielsweise eine zu erwartende Erfolglosigkeit der Anzeige, eine gewünschte Deckung des Täters, ein vermuteter oder tatsächlicher enormer Zeitaufwand bei der Anzeigenerstattung, mangelndes Vertrauen in die Polizei bzw. ihre Arbeit oder Scham vor detaillierten Schilderungen (insbesondere im Bereich der Sexualdelikte).⁸⁴ Des Weiteren gibt es bestimmte Deliktsarten, die zur sogenannten Kontrollkriminalität zählen. Dabei handelt es sich um Straftaten, wie etwa solche der Korruption und eine Vielzahl von Wirtschafts- und Umweltdelikten, die kein un-

⁷⁸ Vgl. Schwind. 2011. S. 24.

⁷⁹ Vgl. ebd.

⁸⁰ Vgl. ebd. S. 25.

⁸¹ Die Dunkelziffer bezeichnet das Verhältnis von registrierter Kriminalität zur tatsächlichen Anzahl der Straftaten.

⁸² Bundeskriminalamt (BKA). Was ist Dunkelfeldforschung. o.S. (Aufruf: 25.11.2015).

⁸³ Vgl. Berthel. 2003. S. 288.

⁸⁴ Vgl. ebd.

mittelbares Opfer aufweisen. Bei solchen Taten ist nicht mit einer Anzeige zu rechnen. Vielmehr erfordert die Aufdeckung ein Tätigwerden der Ermittlungsbehörden. Diese Delikte weisen deshalb in der Regel ein hohes Dunkelfeld auf.⁸⁵ Die polizeiliche Kontrollintensität ist ein weiterer Faktor, der Einfluss auf die statistische Entwicklung von Delikten nehmen kann. Sofern sich eine hohe Anzahl von Polizeibeamten mit einem bestimmten Kriminalitätsphänomen (zum Beispiel der Bekämpfung von Drogendelikten) befasst, ist mit einem Anstieg der Fallzahlen in diesem Bereich zu rechnen.⁸⁶ Insgesamt verfügt die PKS über weitreichende Regelungen zur Erfassung von Straftaten, Tatverdächtigen und Opfern. Diese sind in den Richtlinien des BKA für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik vom 01.01.2014 dargelegt. Zudem ist die PKS eine sogenannte Ausgangsstatistik. Die Fälle werden somit nicht unmittelbar nach Anzeigenerstattung erfasst, sondern erst dann, wenn die Polizei ihre Ermittlungen abgeschlossen hat und die Akten an die Staatsanwaltschaft übersandt werden.⁸⁷ Durch diese Verzögerung kommt es insbesondere zu zeitlichen Verzerrungen in der Darstellung. Ein Vorteil dieser Vorgehensweise ist jedoch, dass sogenannte Überbewertungstendenzen der Polizei bei der Erfassung vermieden werden können. Oftmals wird zunächst wegen eines höherwertigen Deliktes ermittelt (z.B. versuchter Totschlag). Durch die Staatsanwaltschaft erfolgt sodann eine Bewertung, die zu dem Ergebnis kommen kann, dass eine gefährliche Körperverletzung vorliegt.⁸⁸ Trotz der Richtlinien bleibt für den jeweiligen Sachbearbeiter ein gewisser Interpretationsspielraum bei der Dateneingabe. Die statistische Erfassung stellt somit eine Gefahrenquelle für eine uneinheitliche Vorgehensweise dar.⁸⁹ Die Vorgaben des BKA sollen auch eine bundesweit einheitliche und somit vergleichende Arbeit der Länder sicherstellen. Im Jahr 2014 ist allerdings in Brandenburg im Rahmen eines Gutachtens⁹⁰ festgestellt worden, dass „offensichtlich bewusst und gezielt die PKS-Erfassung in eine bestimm-

⁸⁵ Vgl. Schwind. 2011. S. 26.

⁸⁶ Vgl. Berthel. 2003. S. 288.

⁸⁷ BKA. Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik. S. 19. (Aufruf: 25.11.2015).

⁸⁸ Vgl. Schwind. 2011. S. 25.

⁸⁹ Vgl. Berthel. 2003. S. 289.

⁹⁰ Vgl. Feltes. Gutachterliche Stellungnahme zur Umsetzung der Richtlinien des BKA für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) im Land Brandenburg. 2014. S. 17. (Aufruf: 25.11.2015).

te Richtung manipuliert werden sollte.⁹¹ Hier ist davon auszugehen, dass mittel- bis langfristig Einfluss auf die Registrierung von Straftaten genommen werden sollte.⁹² Gegenstand der gutachterlichen Stellungnahme war insbesondere die Frage, in welchen Fällen Tateinheit oder Tatmehrheit als Erfassungsgrundlage gegeben war. Hintergrund dieser geänderten Erfassungsrichtlinien in Brandenburg waren Pläne der Landesregierung, Stellen abzubauen.⁹³ Die Daten der PKS können hierbei einen Anhaltspunkt für benötigten Personalbedarf geben. Dies ist nur ein Beispiel, weshalb sich polizeiinterne Untersuchungen seit Jahren mit der differenzierten Auseinandersetzung hinsichtlich der Erfassungsmodalitäten und Aussagekraft der PKS beschäftigen.⁹⁴ Ferner ist eine vergleichende Darstellung von Daten der PKS über die Zeit ist nur dann möglich, wenn sich im zu betrachtenden Zeitraum weder die Strafverfolgungspolitik, noch der Gesetzeskanon oder die Erfassungsmodalitäten der PKS geändert haben.⁹⁵ Ohne weitere Informationen zum Kriminalitätsgeschehen, insbesondere aus dem Bereich der Dunkelfeldforschung, bleibt unklar, ob die vorliegenden Daten eine tatsächliche Entwicklung im Hinblick auf die Anzahl der Straftaten darlegen oder sie das Resultat einer Verschiebung zwischen Hell- und Dunkelfeld sind.⁹⁶ Um falschen Einschätzungen und Fehlinterpretationen vorzubeugen werden somit weitere Informationen benötigt, die Aufklärung über mögliche Einflussfaktoren liefern können. Die Bundesregierung hat dies im Jahr 2006 mit dem Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht versucht, der eine „möglichst breit gefächerte Bestandsaufnahme der Kriminalitätsslage und der damit zusammenhängenden Probleme“⁹⁷ erstellen soll. Die Ergebnisse aus Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken sind mit wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Dunkelfeldforschung angereichert worden, um langfristige Entwicklungen realistischer einschätzen zu können. Hierzu sind vor allem Opferbefragungen durchge-

⁹¹ Feltes ebd.

⁹² Vgl. Feltes. Gutachterliche Stellungnahme zur Umsetzung der Richtlinien des BKA für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) im Land Brandenburg. 2014. S. 17. (Aufruf: 25.11.2015).

⁹³ Vgl. ebd. S. 1/2. (Aufruf: 25.11.2015).

⁹⁴ Vgl. Berthel. 2003. S. 289.

⁹⁵ Vgl. Schwind. 2011. S. 26.

⁹⁶ Vgl. Bundesministerium des Inneren. Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. 2006. S. 2.

⁹⁷ Ebd. S. 1.

führt worden.⁹⁸ Der Schwerpunkt des Zweiten Periodischen Sicherheitsberichts lag auf der Problematik der Kriminalität im öffentlichen Raum.⁹⁹

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Aussagekraft der PKS eingeschränkt ist, eine weitere/genauere Statistik jedoch nicht verfügbar ist. Daher können in der vorliegenden Studie lediglich PKS-Daten zugrunde gelegt werden. Die Untersuchung bezieht sich konkret auf die Kriminalitätsberichterstattung in NRW, so dass im Folgenden statistische Daten zur Darstellung der Delinquenz in ausgewählten Deliktgruppen immer nur für NRW dargestellt werden. In NRW leben rund 17,5 Mio. Einwohner auf einer Fläche von 34.000 qkm.¹⁰⁰ Insgesamt wurden im Jahr 2014¹⁰¹ in der PKS 1.501.125 Straftaten¹⁰² registriert. Diebstahlsdelikte wurden in 667.315 Fällen zur Anzeige gebracht. Hierzu werden Fahrraddiebstahl, Taschendiebstahl, Wohnungseinbruchsdiebstahl, Ladendiebstahl, Diebstahl unbarer Zahlungsmittel, Diebstahl von Kraftfahrzeugen sowie Diebstahlsdelikte an und aus Kraftfahrzeugen gezählt. Diese Straftaten machen mit 44,5% einen Großteil der Gesamtkriminalität in NRW aus. Auf den Bereich der Gewaltkriminalität entfielen 46.174 Delikte. Dies entspricht einem Anteil von 3,1% an der Gesamtkriminalität und ist gleichzeitig der niedrigste Stand seit 2001.¹⁰³ Die PKS-Erfassungsrichtlinien geben bundesweit vor, welche Straftaten dieser Kategorie zuzuordnen sind. Im Einzelnen handelt es sich um Mord, Totschlag, Vergewaltigung und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung, Raub sowie räuberische Erpressung, Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Angriffe auf den Luft- und Seeverkehr. Den Großteil der Gewaltkriminalität machen Delikte der gefährlichen und schweren Körperverletzung aus (30.133). Raubstrafaten und räuberische Erpressungen wurden in 13.836 Fällen erfasst. 1.814 Delikte entfielen auf Vergewaltigungsdelikte und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung. In Mordfällen bzw. Totschlagsdelikten hat die Polizei in NRW 355 Mal die Ermittlungen aufgenommen. 18

⁹⁸ Vgl. Bundesministerium des Inneren. Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. 2006. S. 2/3.

⁹⁹ Vgl. ebd. S. 3.

¹⁰⁰ LKA NRW. Polizeiliche Kriminalstatistik 2014. S. 11/12.

¹⁰¹ PKS-Daten für das Jahr 2015 lagen zum Zeitpunkt der Studie noch nicht vor, so dass die Daten des Jahres 2014 die Grundlage der Analyse bilden.

¹⁰² LKA NRW. Polizeiliche Kriminalstatistik 2014. S. 13.

¹⁰³ Ebd. S. 12/13.

Körperverletzungen mit Todesfolge sind in der PKS erfasst, sowie 12 Fälle erpresserischen Menschenraubs und 6 Geiselnahmen.¹⁰⁴ Bei den Diebstahlsdelikten entfällt der Großteil der Fälle auf Diebstähle rund um Kraftfahrzeuge (101.415) sowie auf Ladendiebstähle (92.288) und Fahrraddiebstähle (85.781).¹⁰⁵

Den meisten Menschen sind diese Kriminalitätsstatistiken nicht oder nicht detailliert bekannt, so dass gesellschaftliche Themen zu einem großen Anteil über die Massenmedien wahrgenommen werden.¹⁰⁶ Es stellt sich also die Frage, ob sich Rezipienten überhaupt ein realistisches Bild über Kriminalität und ihre Entwicklungen machen können, wenn sie hierbei auf die Darstellung durch andere Personen angewiesen sind.

2.3 Kommunikativer Konstruktivismus

Die Realität, so wie der Mensch sie wahrnimmt, ist „eine subjektive Konstruktion, eine erfundene Wirklichkeit unseres Gehirns.“¹⁰⁷ Sie korrespondiert nicht mit den realen Verhältnissen. Eine Konstruktion ist „ein sozialer Prozess, in dem aus der interaktiven Dynamik sozialer Handlungen heraus Institutionen geschaffen werden, die mit (legitimatorischem) Sinn erfüllt den Handelnden wieder so vermittelt werden, dass sie zu sozialen Tatsachen und für das soziale Handeln bestimmend werden.“¹⁰⁸ Konstruktivistische Hirnforscher gehen davon aus, dass das Gehirn mit Hilfe von wahrgenommenen Reizen über die betrachtete Situation Vermutungen bzw. Interpretationen erstellt.¹⁰⁹ Diese geistigen Prozesse laufen unbewusst ab und die Wirklichkeit wird auch nicht von jedem einzelnen Menschen isoliert erschaffen. Bewusste oder unbewusste Kommunikation mit der Umwelt nimmt Einfluss auf die Wahrnehmung. Die Welt, in der wir leben, basiert auf Kommunikation, die anhand von Symbolen vermittelt wird. Sie ist ein Produkt, das aus komplexen Sinnbezügen besteht und die Akteure selbst mit einbezieht.¹¹⁰ Mittels Verständigung der Menschen untereinander, aber auch durch die Auseinandersetzung mit Medien, lassen Menschen ihre Welt entstehen und vermitteln sie

¹⁰⁴ LKA NRW. Polizeiliche Kriminalstatistik 2014. S. 42.

¹⁰⁵ Vgl. ebd. S. 68ff.

¹⁰⁶ Vgl. Windzio/Kleimann. SozW 2/2006. S. 195.

¹⁰⁷ Hanisch. 2009. S. 9.

¹⁰⁸ Reichertz/Keller/Knoblauch. 2013. S. 9/10.

¹⁰⁹ Vgl. Hanisch. 2009. S. 45.

¹¹⁰ Vgl. Reichertz. 2013. S. 58.

an andere.¹¹¹ Das „Modellieren der Wirklichkeit“¹¹² ist eine Fähigkeit, die jeder Mensch von Geburt an besitzt. Sie verändert sich im Laufe der Jahre durch eigene Erfahrungen.¹¹³ Dieser Ansicht liegt die Theorie des Konstruktivismus zugrunde, die besagt, dass die „objektive Erkennbarkeit der Realität“¹¹⁴ ausgeschlossen ist. Vielmehr führe die „Fehlbarkeit des menschlichen Erkenntnisvermögens“¹¹⁵ dazu, dass es unmöglich sei, die Wahrheit einer Aussage über die Realität zu beweisen. Sie zu widerlegen sei jedoch durchaus im Rahmen einer Negativabgrenzung denkbar.¹¹⁶ Wenn Theorien nicht verifiziert werden können, so steht am Ende immerhin die Aussage darüber, wie die Realität nicht aussieht. „Durch den Ausschluss des Falschen können wir uns der Wahrheit annähern, auch wenn wir sie niemals beweisen können.“¹¹⁷

Der Kommunikative Konstruktivismus baut auf dem theoretischen Modell der kommunikativen Konstruktion von Wirklichkeit auf. Kommunikation meint hierbei nicht ausschließlich das Sprechen oder das Überbringen von Botschaften, sondern sie vermittelt in der Interaktion auch soziale Identität und Ordnung.¹¹⁸ Die Basis dieses kommunikativen Konstruktivismus liegt nicht nur in der Sprache, sondern in der Interaktion.¹¹⁹ Kommunikation ist immer in soziale Situationen eingebettet, so dass nicht nur der Austausch mit dem Gegenüber entscheidend ist, sondern der Gesamtkontext, in dem er stattfindet und durch den er beeinflusst wird.¹²⁰ Zusammenfassend lässt sich die Theorie des kommunikativen Konstruktivismus als eine Weiterentwicklung des Sozialkonstruktivismus¹²¹ bezeichnen. Beiden Theorien liegt der Aufbau einer Wirklichkeit zugrunde, wobei der Sozialkonstruktivismus stark auf das

¹¹¹ Vgl. Reichertz. 2013. S. 51.

¹¹² Hanisch. 2009. S. 49.

¹¹³ Vgl. Hanisch. 2009. S. 48.

¹¹⁴ Ebd. S. 9.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Vgl. Hanisch. 2009. S. 9.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Vgl. Reichertz. 2013. S. 50.

¹¹⁹ Vgl. ebd. S. 51.

¹²⁰ Vgl. ebd. S. 50/51.

¹²¹ Die Theorie des Sozialkonstruktivismus stellt dar, dass die den Menschen umgebende Wirklichkeit keine objektiv gegebene, sondern eine konstruierte sei. Berger und Luckmann (1969) gehen davon aus, dass der Mensch die Wirklichkeit durch Interaktionen modifiziert. Sie ist somit ein Produkt des Menschen. Es gibt verschiedene Ansätze darüber, durch welche Prozesse die Gesellschaftsordnung erschaffen wird. Auf eine detaillierte Darstellung des Sozialkonstruktivismus wird an dieser Stelle verzichtet. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt nicht im Bereich der Soziologie.

Wissen um Situationen abstellt. Die Kommunikative Konstruktion hingegen sieht die soziale Interaktion als zentrales Element. Kommunikation ist das Mittel, das der Mensch zur Selbsterzeugung entwickelt hat.¹²² Der Kommunikative Konstruktivismus verbindet empirische Kommunikationsforschung mit soziologischen Theorien. Insbesondere im Bereich der massenmedialen Vermittlung von Inhalten zeigt sich die Theorie des Kommunikativen Konstruktivismus. Insgesamt erscheinen uns Schilderungen, die von mehreren vorgenommen werden realer als solche, die nur von Einzelnen berichtet werden.¹²³ Die Selektionskriterien von Zeitungsredaktionen können hierbei eine entscheidende Rolle spielen.¹²⁴ Eines dieser Kriterien ist beispielsweise die Objektivität. Sie gilt unter Journalisten als wichtige Norm, da sie anhand von gesicherten Informationen berichten und eine „wirklichkeitsgetreue Wiedergabe von Fakten“¹²⁵ im Fokus stehen soll. Streng genommen stellt ein Journalist jedoch nicht die objektive Wirklichkeit dar, sondern seine Beobachtung der Wirklichkeit. Im Bereich der Kommunikationswissenschaften hat sich deshalb die konstruktivistische Sichtweise durchgesetzt. Orientiert man sich an dieser Position, dann greift „Journalismus nicht auf eine unveränderliche, vorgegebene Wirklichkeit zurück, sondern erzeugt eigene Weltbilder.“¹²⁶ Redakteure entwickeln eine individuelle Sicht auf die Realität, die stark durch Themenauswahl und die Art der Darstellung geprägt ist bzw. sich darauf auswirkt. Fraglich ist an dieser Stelle folglich, ob das Selektionskriterium Objektivität im Bereich des Journalismus überhaupt sinnvoll erscheint. Zu berücksichtigen ist, dass die grundsätzlichen Möglichkeiten der Erkenntnistheorie nicht jedem Journalisten bekannt sein dürften. Dennoch richten sie ihre tägliche Arbeit grundsätzlich an Objektivität aus, die vor allem im Sinne der Anwendung einer Methode verstanden wird. Die Richtigkeit der Nachricht ist hierbei eine entscheidende Komponente. „Die Fakten müssen stimmen“, lautet eine wichtige journalistische Grundregel.¹²⁷ Hier schließt sich ein Diskurs an, ob überhaupt eine Realität existiert bzw. ob und wie sie objektiv für den Menschen erkennbar ist. Ein Zweifel an der Konkordanz von Wissen und

¹²² Vgl. Reichertz. 2013. S. 51.

¹²³ Vgl. Roth. 1996. S. 322.

¹²⁴ Details zu den Selektionskriterien werden im Unterkapitel 4.1.1 aufgegriffen.

¹²⁵ Vgl. Mast. 2012. S. 77/78.

¹²⁶ Ebd. S. 78.

¹²⁷ Ebd.

Wirklichkeit entsteht erst dann, wenn man sich des eigenen Denkens bewusst wird.¹²⁸ Durch die Erkenntnis, dass der Mensch seine Welt selbst konstruiert, ist es nicht verwunderlich, dass sie ihm relativ stabil erscheint. Es handelt sich um eine Welt des Erlebens und nicht um eine Welt der Wahrheit „im Sinne einer Übereinstimmung mit einer ontologischen Wirklichkeit“.¹²⁹ Realität der Massenmedien meint in diesem Zusammenhang, dass sie durch Mitteilen von Beobachtungen darstellen, „was für sie oder durch sie für andere als Realität erscheint“.¹³⁰ Im Hinblick auf die mediale Vermittlung von Wahrheit und Realität kann hinterfragt werden, ob die Berichterstattung wahr oder falsch ist. In Einzelfällen kann der Leser ggf. feststellen, ob die wiedergegebenen Informationen stimmen oder nicht – dies gilt jedoch nicht für die Gesamtheit der Nachrichten.¹³¹ Betrachtet man den Prozess der Wissensbildung, so wird deutlich, dass den Massenmedien eine zentrale sozialkonstitutive Bedeutung zukommt.¹³² Nachrichten werden von Menschen produziert. Da jegliche Feststellungen, die Menschen über ihre Welt hervorbringen, Konstruktionen sind, treten derartige Nachrichten vermehrt auf, die das stärkste Durchsetzungsvermögen beinhalten oder solche, „die den Interessen der Herrschenden entsprechen und deshalb von ihnen gestützt werden“.¹³³ Der Medienkonsum kann somit besonderen Einfluss auf die eigene Wahrnehmung der Wirklichkeit haben. Ebenso kann sich diese Wahrnehmung verändern, je nachdem welche Arten von Massenmedien konsumiert werden. Bei der Kommunikation, die durch Mediennutzung entsteht, fehlt die unmittelbare Interaktion zwischen Journalist und Rezipient, beispielsweise dem Zeitungsleser.¹³⁴ Kommunikation existiert nur dann, wenn der Rezipient den Inhalt versteht und sich daraus eine weitere Auseinandersetzung ergeben könnte. Das bloße Schreiben eines Zeitungsartikels ist somit noch keine Kommunikation. Gerade Massenmedien stehen bei der Frage nach potentieller Auseinandersetzung mit ihren Konsumenten vor der Problematik eines unbekanntem bzw. nicht klar vorgegebenen Empfängerkreises.¹³⁵

¹²⁸ Vgl. von Glasersfeld. 2013. S. 24.

¹²⁹ Ebd. S. 28.

¹³⁰ Luhmann. 2009. S. 12.

¹³¹ Vgl. ebd. S. 13.

¹³² Vgl. Traue. 2013. S. 259.

¹³³ Reichertz. 2013. S. 64.

¹³⁴ Vgl. Reichertz. 2009b. S. 300.

¹³⁵ Vgl. Luhmann. 2009. S. 12.

3 Aktueller Forschungsstand

Im Rahmen der vorbereitenden Überlegungen dieser Studie war und ist die Aufarbeitung des aktuellen Forschungsstandes relevant, um zu klären, ob für den Bereich der Kriminalitätsberichterstattung in NRW überhaupt (weitergehender) Forschungsbedarf besteht.¹³⁶ Zum einen lässt sich anhand des derzeitigen Wissensstandes weiteres Erkenntnisinteresse ableiten, zum anderen können die Inhalte zurückliegender wissenschaftlicher Untersuchungen für die Weiterentwicklung von Fragestellungen genutzt werden.¹³⁷ Sofern andere Studien bereits empirische Ergebnisse geliefert haben, können diese in die aktuelle Studie einfließen oder Kausalzusammenhänge und Einflussfaktoren darstellen. Zunächst ist jedoch zu prüfen, ob bereits vorliegende Theorien überhaupt auf die aktuelle Forschungsfrage anwendbar oder ob sie unter anderen Gegebenheiten und Grundvoraussetzungen entstanden sind.¹³⁸

Der überwiegende Teil der wissenschaftlichen Untersuchungen, die (bereits seit den 1950er Jahren) im Zusammenhang mit der Auswertung von Kriminalitätsberichterstattung durchgeführt wurden, zielt zumeist auf das Medium Fernsehen oder überregionale Qualitätszeitungen ab und nicht ausschließlich auf Lokalzeitungen.¹³⁹ Untersuchungen zur Lokalberichterstattung finden sich überwiegend im nichtdeutschsprachigen Raum¹⁴⁰ und verfügen lediglich über eine geringe Anzahl ausgewerteter Zeitungen.¹⁴¹ Im Folgenden werden jedoch zwei überregionale Langzeitstudien sowie zwei regionale Studien näher betrachtet.

¹³⁶ Vgl. Gläser/Laudel. 2009. S. 75.

¹³⁷ Vgl. ebd. S. 74/75.

¹³⁸ Vgl. ebd. S. 76.

¹³⁹ Vgl. Windzio et al. 2007. Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung – Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006. Hannover. KFN Forschungsbericht Nr. 103.; Kemme/Hanslmaier. 2012. Recht, Strafe und Kriminalität in der öffentlichen Wahrnehmung. In: Soeffner (Hrsg.). Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010. Wiesbaden.

¹⁴⁰ Vgl. Gordon. 1981. The News Business, Crime and Fear. In: Lewis (Hrsg.). Reactions to Crime. Beverly Hills. S. 227-250.; Jaehing/Weaver/Fico. 1981. Reporting and fearing Crime in three Communities. Journal of Communication. 31. S. 88-96.

¹⁴¹ Vgl. Reuband. 1998. Kriminalität in den Medien. Erscheinungsformen, Nutzungsstruktur und Auswirkung auf die Kriminalitätsfurcht. In: Soziale Probleme. 9. S. 125-153.

3.1 Überregionale Langzeitstudien

Eine Langzeitstudie¹⁴², die in der Zeit von 1949 bis 1999 die Lokalteile der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Rundschau untersucht hat, widmete sich Kurzmeldungen, die Gewalt und Kriminalität zum Inhalt haben. Artikel, die weniger als ein Drittel der Spalte auf einer Seite einnehmen sind Kurzmeldungen im Sinne der Langzeitstudie, die mit Stichproben gearbeitet hat.¹⁴³ Alle fünf Jahre wurden die Ausgaben jeweils eines ganzen Monats ausgewertet und zur tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung in München und Frankfurt in Relation gesetzt. Hierzu wurden Daten zu den Ereignissen dieser Zeit erhoben (über Polizeidienststellen, Landesämter für Statistik, Staat- und Stadtarchive).¹⁴⁴ Insgesamt hat sich gezeigt, dass die Berichterstattung (im Hinblick auf die Kurzmeldungen) gewalthaltiger geworden ist, was mit einem Rückgang der Artikel über Eigentumsdelikte korrespondiert.¹⁴⁵ Die Analyse kam des Weiteren zu dem Ergebnis, dass die Anzahl der Kurzberichte über Kriminalität über die Jahre tendenziell abnahm, obwohl die Anzahl der in Statistiken registrierten Straftaten zunahm. Die Verringerung der Kurzmeldungen ist umso überraschender, wenn man berücksichtigt, dass der Umfang (Anzahl der Seiten) der beiden Lokalteile im Verlauf der Studie größer geworden war.¹⁴⁶ Diese Entwicklung wird ansatzweise darauf zurückgeführt, dass der Nachrichtenwert der Eigentumsdelikte abgenommen hat. Die gesellschaftliche Bedeutung von Diebstählen und Vermögensdelikten ist offensichtlich im Verlauf der Jahre zurückgegangen. Insgesamt bleibt die Berichterstattung über Tötungsdelikte konstant. Die Zunahme von Artikeln über Gewaltkriminalität entsprach im Wesentlichen der Entwicklung der statistischen Daten.¹⁴⁷ Die Kurzberichterstattung stellte also schwere und gewalthaltige Delikte nicht in den Vordergrund, vernachlässigte jedoch einfachere Kriminalitätsformen wie Diebstahlsdelikte.¹⁴⁸ Die Studie kommt weiter zu dem Schluss, dass schwerwiegende Straftaten in der Berichterstattung meist einen größeren

¹⁴² Vgl. Schönhagen/Brosius. 2004.

¹⁴³ Vgl. ebd. S. 260.

¹⁴⁴ Vgl. ebd. S. 261.

¹⁴⁵ Vgl. ebd. S. 270.

¹⁴⁶ Vgl. ebd. S. 264.

¹⁴⁷ Vgl. ebd. S. 271.

¹⁴⁸ Vgl. Schönhagen/Brosius. 2004. S. 271.

Stellenwert haben, der sich demzufolge eher nicht in Kurzmeldungen wiederfindet.¹⁴⁹

Kepplinger hat in der Zeit von 1951 bis 1995¹⁵⁰ eine Langzeitstudie durchgeführt, die überregionale Zeitungen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung und Welt) ausgewertet hat. Diese Untersuchung hat ebenfalls Verzerrungen in der Kriminalitätsberichterstattung festgestellt. Insbesondere Artikel über Tötungsdelikte waren in dieser Zeit überrepräsentiert.¹⁵¹ Kepplinger kommt in seiner Studie aber auch zu dem Schluss, dass die Ergebnisse nicht ohne weiteres auf Berichterstattung im lokalen Raum zu übertragen seien, weil regionale Medien anderen Determinanten unterliegen. Aus seiner Studie lassen sich dennoch grundsätzliche Fragestellungen ableiten, die die Grundlage der vorliegenden Studie bilden.

3.2 Regionale Studien

Im Jahr 2013 ist im Rahmen eines Berliner Forschungsprojektes unter dem Titel „Ein wirtschaftswissenschaftlicher Sicherheitsindikator für Deutschland“ eine Analyse von Regional- und Lokalteilen von Abonnementzeitungen in ganz Deutschland durchgeführt worden.¹⁵² Im Wesentlichen bezog sich die Studie auf die Anzahl von Artikeln mit Kriminalitätsbezug, wobei auch die Größe/Fläche des jeweiligen Artikels erhoben wurde.¹⁵³ Insgesamt sind in Deutschland 31 Abonnementzeitungen ausgewertet worden. In der Regel wurden in den einzelnen Bundesländern die auflagenstärksten Ausgaben berücksichtigt, von denen innerhalb eines Jahres sechs Ausgaben analysiert wurden. Für NRW lagen der Studie fünf verschiedene Abonnementzeitungen zugrunde. Hierbei handelte es sich um den Kölner Stadtanzeiger, Neue Westfälische, Rheinische Post, Westdeutsche Allgemeine Zeitung und um die Westfälischen Nachrichten. Im Ergebnis zeigte sich für Gesamtdeutschland, dass nahezu jeder dritte Beitrag in den analysierten Abonnementzeitungen auf Kriminalitätsgeschehen eingeht.¹⁵⁴ Berichterstattungen zu Tötungs-, Sexual- und Rohheitsdelikten waren deutlich überrepräsentiert. Tö-

¹⁴⁹ Vgl. ebd. S. 271.

¹⁵⁰ Vgl. Kepplinger. 2000.

¹⁵¹ Vgl. ebd. S. 72.

¹⁵² Vgl. van Um/Huch/Bug. 2015.

¹⁵³ Vgl. ebd. S. 289.

¹⁵⁴ Vgl. van Um/Huch/Bug. 2015. S. 289.

tungs- und Sexualdelikte machten im betrachteten Zeitraum 0,8% aller Straftaten aus (PKS), wohingegen die Berichterstattung (Anzahl der Artikel) bei 19% lag.¹⁵⁵ Im Hinblick auf die ausgewertete Fläche der Artikel lag der Prozentsatz sogar bei 23,8. Im Gegensatz hierzu waren Delikte der Eigentums-kriminalität stark unterrepräsentiert. Laut PKS lag der Anteil der Diebstahlsdelikte bei 42,7%, wohingegen lediglich 13,5% der kriminalitätsbezogenen Artikel zu diesem Thema festgestellt wurden.¹⁵⁶ Im Hinblick auf die Darstellung von Internetkriminalität zeigte sich, dass sich (trotz steigender Bedeutung dieses Kriminalitätsphänomens in der Gesellschaft) weder Medien noch Polizei diesem Thema verstärkt widmeten. Insgesamt zeichnete der Vergleich der Bundesländer untereinander ein sehr heterogenes Bild.¹⁵⁷ Einerseits ließen sich solche Bundesländer ausmachen, die ein konsistentes Bild bzw. eine hohe Übereinstimmung von Kriminalitätsbelastung und -berichterstattung zeigten. Andererseits zeigte sich zum Beispiel in Bayern, dass die Kriminalitätsberichterstattung hoch war, obwohl die Anzahl der Straftaten eher niedriger lag (als in anderen Bundesländern). Für NRW zeigte sich genau das umgekehrte Bild. Laut Studie spielte hier das Kriminalitätsgeschehen in den Abonnementzeitungen keine entscheidende Rolle, obwohl die Quantität der registrierten Straftaten vergleichsweise hoch war.¹⁵⁸ Die Reflexion im Hinblick auf Anzahl und Fläche der abgedruckten Artikel der fünf Abonnementzeitungen in NRW ließ eine detaillierte Betrachtung des Kriminalitätsgeschehens zu. Zwar beschäftigte sich eine Vielzahl der Artikel mit Straftaten¹⁵⁹, die Darstellungsart und somit die Größe der eingenommenen Fläche im Lokalteil war allerdings im Vergleich zur Gesamtfläche aller Zeitungsartikel eher gering.¹⁶⁰ Insgesamt lässt die Studie den Umstand des Dunkelfelds und die (damit einhergehende) eingeschränkte Aussagekraft der PKS unbeachtet. Zudem ist eine differenzierte Betrachtung der Kriminalitätsberichterstattung in NRW aufgrund der geringen Anzahl der ausgewerteten Printmedien (lediglich sechs Ausgaben innerhalb eines Jahres pro Zeitung)

¹⁵⁵ Vgl. ebd. S. 291.

¹⁵⁶ Vgl. ebd.

¹⁵⁷ Vgl. ebd. S. 292.

¹⁵⁸ Vgl. ebd. S. 292/293.

¹⁵⁹ Vgl. ebd. 2015. S. 293.

¹⁶⁰ Die Analyse aus dem Jahr 2013 hat keine online-Ausgaben berücksichtigt.

nicht möglich. Auch Boulevardmedien, die eine immer stärkere Wahrnehmung erfahren¹⁶¹, sind nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen.¹⁶²

Im Jahr 2014 ist in Niedersachsen eine Studie durchgeführt worden, die sich neun dortigen Lokalzeitungen gewidmet hat.¹⁶³ Hierbei handelt es sich um die Nordwest-Zeitung, Neue Presse, Hannoversche Allgemeine, Bild-Zeitung, Gifhorner Rundschau, Aller-Zeitung, Stader/Buxtehuder Tageblatt, Münsterländische Zeitung und um die Oldenburgische Volkszeitung. Über einen Zeitraum von vier Wochen sind in sechs Städten polizeiliches Einsatzaufkommen, polizeilicherseits abgesetzte Pressemeldungen sowie in Zeitungen veröffentlichte Artikel analysiert worden. Hier wurde festgestellt, dass in vier von sechs Städten nahezu alle polizeilichen Meldungen über Gewaltkriminalität von den Journalisten in den Zeitungen veröffentlicht wurden.¹⁶⁴ Der Anteil der Veröffentlichungen, die dabei auf polizeiliche Pressearbeit zurückzuführen war, lag allerdings bei weniger als 50%. Hieran wird deutlich, dass Redaktionen im Hinblick auf Kriminalitätsberichterstattung über weitere Quellen verfügen.¹⁶⁵ Eine weitere Erkenntnis der Niedersächsischen Studie ist, dass die Polizei bei Eigentumsdelikten offensichtlich stärker als Bezugsquelle genutzt wird als bei Gewaltdelikten.¹⁶⁶ In den untersuchten Zeitungsausgaben waren 40% der Kriminalitätsberichterstattung der Eigentumskriminalität gewidmet. Der Anteil an der registrierten Kriminalität in diesem Zeitraum lag bei 38%. Der Anteil der Gewaltdelikte in den Printmedien lag bei 26%, wohingegen der Anteil der tatsächlich registrierten Gewaltdelikte niedriger lag (18%). Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere im Hinblick auf die Gewaltberichterstattung eine quantitativ überzogene Darstellung in den untersuchten Zeitungsmedien festzustellen war. Die Auswertung der polizeilichen Pressemeldungen zeigte ebenfalls, dass diese nicht den statistischen Werten entsprach. Die Dienststellen der Polizei haben im Untersuchungszeitraum verstärkt über Eigentumskriminalität berichtet.¹⁶⁷ Insgesamt wird der niedersächsischen Polizei die „Rolle eines Informationslieferanten, aus dessen An-

¹⁶¹ Vgl. Lünenborg. 2012. S. 276.

¹⁶² Vgl. van Um/Huch/Bug. 2015. S. 290.

¹⁶³ Vgl. Schramm. 2014.

¹⁶⁴ Vgl. ebd. 662.

¹⁶⁵ Vgl. ebd. S. 663.

¹⁶⁶ Vgl. ebd.

¹⁶⁷ Vgl. Schramm. 2014. S. 664.

gebot die Journalisten (vermutlich bedarfsgerecht) Ereignisse selektieren“¹⁶⁸ zugeschrieben. In mehr als der Hälfte der veröffentlichten Artikel mit Kriminalitätshintergrund konnte ein Bezug zur polizeilichen Pressearbeit hergestellt werden, so dass die Polizei zwar nicht allein für die mediale Darstellung delinquenten Verhaltens verantwortlich zeichnet, jedoch einen starken Einfluss auf die Themenauswahl bzw. Berichterstattung hat.¹⁶⁹ Zudem stellt die Untersuchung heraus, dass die Pressearbeit der Polizei überwiegend als taktisches Mittel zur eigenen Ziel- und Aufgabenerfüllung eingesetzt wird. Deutliche Unterschiede ergaben sich im Hinblick auf den Umsetzungsgrad polizeilicher Pressearbeit zwischen einzelnen Dienststellen untereinander. Offensichtlich liegt es in der Entscheidung des Pressesprechers, ob und in welchem Maße über Delikte berichtet wird.¹⁷⁰

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die hier dargestellten Ergebnisse (der regionalen und überregionalen Forschung) im Wesentlichen eine verstärkte Berichterstattung im Bereich der Gewaltkriminalität zeigen. In Teilbereichen ist zudem eine Fokussierung auf Delikte der Eigentumskriminalität erkennbar. Insbesondere die Ergebnisse der Studie aus Niedersachsen basieren grundsätzlich auf einer ähnlichen Annäherung an den Forschungsgegenstand, wie sie in der vorliegenden Arbeit getroffen werden soll. Daher wurde insbesondere im Rahmen der Codierung und Bildung von Kategorien gezielt auf die beiden thematischen Schwerpunkte Gewalt- und Eigentumskriminalität abgestellt. Dieses Vorwissen liegt in statistisch überprüfbarer Form vor und die Zusammenhänge der einzelnen Variablen sind bekannt.¹⁷¹ Unter diesen Bedingungen wurden die Informationen für die Kategorienbildung genutzt. Die detaillierte Codierung wird im Unterkapitel 5.1.3 dargestellt.

Im Hinblick auf einen möglichen Vergleich der Niedersächsischen und der vorliegenden Studie müsste berücksichtigt werden, dass die polizeiliche Pressearbeit in NRW einer anderen Organisationsform unterliegt. Bei der Polizeidirektion Hannover wird beispielsweise Pressearbeit auf Kommissari-

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Vgl. ebd.

¹⁷⁰ Vgl. ebd.

¹⁷¹ Vgl. Gläser/Laudel. 2009. S. 77.

atsebene (und somit dezentral) geleistet,¹⁷² während in NRW jeweils eine zentrale Dienststelle für die Pressearbeit der Polizeibehörde zuständig und verantwortlich ist.¹⁷³ Dieser Umstand kann zu einem divergierenden Publikationsverhalten der Behörden in NRW und Niedersachsen führen und sollte bei Betrachtung und Analyse der Gesamtergebnisse entsprechend Berücksichtigung finden.

4 Darstellung der Pressearbeit

4.1 Lokaljournalismus im Bereich der Printmedien (Zeitung)

Die Arbeit der Journalisten ist an rechtlichen Rahmenbedingungen ausgerichtet. Zum einen ist die Pressefreiheit im Grundgesetz (Artikel 5) verankert, zum anderen bilden Pressegesetze der Länder die Grundlage der Pressearbeit. In NRW gilt das Landespressegesetz NRW aus dem Jahr 1966. Seitdem ist es mehrfach überarbeitet worden, wobei die letzte Novellierung auf das Jahr 2013 zurückgeht. Es beinhaltet wesentliche Vorschriften zu Rechten, Pflichten und Aufgaben von Medienvertretern (z.B. öffentliche Aufgabe, Informationsrecht der Presse, Impressumspflicht, Recht auf Gegendarstellung, Verpflichtung zur Sorgfalt, etc.). Ein weiterer Aspekt sind die sogenannten Publizistischen Grundsätze (Pressekodex)¹⁷⁴, die im Jahr 1973 herausgegeben wurden. Hierbei handelt es sich um Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserates. Sie konkretisieren die Berufsethik von Pressevertretern und bilden Normen zu den Themen journalistische Sorgfalt, Schutz der Persönlichkeit, Achtung der Menschenwürde, Sensationsberichterstattung, Jugendschutz, etc. Der Pressekodex enthält zugleich eine Beschwerdeordnung. Es gilt der Grundsatz, dass sich jeder über die Presse beschweren darf, sofern die Berufsethik verletzt worden ist.¹⁷⁵ Die mediale und gesellschaftliche Diskussion, die nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln entfacht ist, zeigt, dass zumindest einzelne Elemente des Pressekodexes nicht unumstritten sind. Er umfasst 16 Grundsätze, die seit 1990 durch 41 Richtlinien für das publizistische Arbeiten erwei-

¹⁷² Vgl. Schramm. 2014. S. 661.

¹⁷³ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 56.

¹⁷⁴ Vgl. Deutscher Presserat. Der Pressekodex. (Aufruf: 10.11.2015).

¹⁷⁵ Vgl. Deutscher Presserat. Beschwerdeordnung. (Aufruf: 10.11.2015).

tert wurden.¹⁷⁶ Die Richtlinie 12 besagt beispielsweise, dass die Erwähnung von Zugehörigkeiten zu bestimmten (religiösen, nationalen, sozialen, etc.) Gruppen Vorurteile gegen Schutzbedürftige schüren könnte. Regelmäßig werden dem Deutschen Presserat hierzu vermutete Zuwiderhandlungen gemeldet. Beispielsweise geht jedes Jahr im Dezember eine Sammelbeschwerde des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma ein.¹⁷⁷ Die Spruchpraxis dieser Institution hat sich im Hinblick auf die Richtlinie zur Ziffer 12.1 seit Jahren nicht geändert. Einige Journalisten forderten in den letzten Jahren allerdings eine Änderung dieser Richtlinie des Pressekodexes im Hinblick auf die Nennung von Nationalitäten und Minderheiten. Sie sind der Auffassung, dass die Inhalte und Auslegung von Ziffer 12 einer Bevormundung von Journalisten gleichkämen und sie nicht die „Erzieher der Nation“¹⁷⁸ seien. Die Nennung von Nationalitäten bzw. Zugehörigkeiten zu Minderheiten greift nach Auffassung von Pöttker nicht in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen ein, da sie durch eine derartige Berichterstattung nicht identifizierbar würden.¹⁷⁹ Journalisten schreiben sich selbst eine entscheidende Rolle bei der Integration von Migranten und Minderheiten zu. Ihre Aufgabe bestünde vor allem darin, keine Vorurteile zu schüren.¹⁸⁰

In der Literatur findet sich keine einheitliche Definition zum Berufsbild des Journalisten. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) stellt fest: „Journalist/Journalistin ist, wer (...) hauptberuflich an der Erarbeitung bzw. Verbreitung von Informationen, Meinungen und Unterhaltungen durch Medien mittels Wort, Bild, Ton oder Kombinationen dieser Darstellungsmittel beteiligt ist. (...) Sie haben die Aufgabe, Sachverhalte oder Vorgänge öffentlich zu machen, deren Kenntnis für die Gesellschaft von allgemeiner politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Bedeutung ist. (...)“¹⁸¹ Grundsätzlich zählen zu den Leistungen eines Journalisten das Recherchieren, das Überprüfen von Informationen sowie die Selektion und Aufbereitung des zu veröffentlichen Materials. Im Weiteren unterscheidet der Verband zwischen fest ange-

¹⁷⁶ Vgl. Wolff. 2006. S. 321.

¹⁷⁷ Vgl. ebd. S. 344.

¹⁷⁸ Pöttker. o.S. Schluss mit der Selbstzensur. 2013. (Aufruf: 07.02.2016).

¹⁷⁹ Vgl. Pöttker. o.S. online-Artikel aus der Zeitung „Die Zeit“ vom 02.10. 2013. (Aufruf: 07.02.2016).

¹⁸⁰ Vgl. Geißler/Pöttker. 2009. S. 155.

¹⁸¹ Deutscher Journalisten Verband (DJV). 2015. S. 2/3.

stellten oder freiberuflich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Hinweis des DJV auf die Hauptberuflichkeit der Journalisten schränkt die genannte Definition allerdings ein, da in Deutschland verstärkt auch nebenberufliche freie Journalisten im Bereich der lokalen Pressearbeit tätig sind. Hinter der Berufsbezeichnung des Journalisten können sich zudem ganz unterschiedliche Tätigkeiten verbergen. Das Spektrum reicht von Chefredakteuren, Redakteuren über Bildjournalisten bis hin zu Korrespondenten. Je nach Mediengattung und Aufgabengebiet haben diese Personen andersartige Verantwortlichkeiten und Blickwinkel in einem Unternehmen oder in einer Agentur.¹⁸² Obwohl es in Deutschland bereits seit 1899 die erste Journalistenschule gab, galt lange Zeit der Grundsatz, dass der Beruf des Journalisten eine Profession war, die ohne Ausbildung auskam und sich nahezu ausschließlich auf unerlernbare Grundfähigkeiten stützte. In den 1980er Jahren hatte mehr als die Hälfte der aktiven Journalisten keine spezifische Ausbildung in diesem Bereich. Die zunehmende Professionalisierung zeigt sich heutzutage daran, dass es immer weniger Seiteneinsteiger gibt. Volontariate, Journalistenschulen und Hochschulstudium sind inzwischen die typischen/gängigen Zugangsmöglichkeiten.¹⁸³

Der Lokaljournalismus genießt ein enormes Ansehen und es bestehen kaum Zweifel an seiner gesellschaftlichen Bedeutung.¹⁸⁴ Freie und seriöse Berichterstattung, gerade im Printbereich, sind wichtige Pfeiler einer Gesellschaft und unverzichtbarer Bestandteil der freiheitlichen Demokratie.¹⁸⁵ Den Kern der journalistischen Aufgabe bilden sowohl die Herstellung von Öffentlichkeit sowie die Mitwirkung an der freien Meinungsbildung, die nur dann gewährleistet ist, wenn die Gesellschaft sich aufgrund unabhängiger Informationen ein eigenes Bild machen kann. „Ohne Massenmedien wäre Öffentlichkeit auf einen kleinen Raum persönlicher Kommunikation begrenzt (...).“¹⁸⁶ Erst der Austausch von Positionen und Diversität führen zur Herausbildung einer öffentlichen Meinung¹⁸⁷, wobei sich die Gesellschaft in der „hergestellten Öff-

¹⁸² Vgl. Kunczik/Zipfel, 2005.S. 130/131.

¹⁸³ Vgl. ebd. S. 156/157.

¹⁸⁴ Vgl. Wolf. 2013. S. 127.

¹⁸⁵ Vgl. Branahl. 2010. S. 6.

¹⁸⁶ Ebd. S. 7.

¹⁸⁷ Der Begriff der öffentlichen Meinung ist vielseitig. Häufig wird damit die veröffentlichte Meinung (Inhalte und Stellungnahmen der Medien) oder die herrschende Meinung gleichgesetzt. Andere verstehen darunter die Summe der individuellen Meinungen aller Bürger.

fentlichkeit wie in einem Spiegel selbst beobachten kann.“¹⁸⁸ Die Medien sollen diese Meinungsbildung sicherstellen, sind jedoch immer wieder einem Wandel unterlegen. Beschleunigte Kommunikationswege, räumliche Entgrenzung und Globalisierung verändern auch die Wahrnehmung und das Verständnis von lokaler Öffentlichkeit.¹⁸⁹ Für die lokalen Medien stellen diese Zustände und Entwicklungen einen großen Veränderungsdruck dar. Nahezu alle Lokal- und Regionalzeitungen sind in den letzten Jahren Experimente eingegangen und haben aufgrund der Ausweitung des Internets zusätzlich Online-Ausgaben herausgebracht.¹⁹⁰ Redaktionsmitarbeiter können sich in diesem Zusammenhang die Frage stellen, was in der heutigen Zeit im Lokalen noch bedeutsam ist, wenn „in der Auflösung der räumlichen Welt mediale Vernetzungen wichtiger werden als geographische?“.¹⁹¹ Eine Orientierung an den Interessen der Rezipienten wäre eine denkbare Ausrichtung. Kennzeichnend für die Leserschaft einer jeden Zeitung ist das „Ritual und der Rhythmus des Tagtäglichen“.¹⁹² Zeitungsabonnenten setzen voraus, dass ihre Lokalzeitung alle tagesrelevanten Informationen enthält und „Orientierung vermittelt“.¹⁹³ Lokalredaktionen können eine wichtige Rolle in kommunal- und regionalpolitischen Themen spielen, sollten jedoch immer im Interesse der Leserschaft agieren und sich nicht von lokalen Autoritäten steuern lassen.¹⁹⁴ In den letzten Jahrzehnten ist ein Wandel im Hinblick auf das Selbstverständnis des Journalisten zu beobachten, der nicht zuletzt auf die Veränderungen in der Medienwelt (durch das Internet) sowie weitere technische und wirtschaftliche Entwicklungen zurückzuführen ist.¹⁹⁵ Durch die Online-Angebote von Zeitungen ist ein Aktualitäts- und Zeitdruck entstanden, der die tägliche Arbeit von Redakteuren verändert hat. Die Inhalte im Internet müssen permanent auf dem neuesten Stand sein und sich den aktuellen Gehehnissen anpassen. Dies hat wiederum zur Folge, dass Arbeitsabläufe geändert werden (müssen). Als Beispiel sei hier der Wegfall des klassischen

Eine weitere Position geht davon aus, dass die öffentliche Meinung ein Konstrukt ist, was erst entstände, wenn man versuche sie zu messen.

¹⁸⁸ Vgl. Branahl. 2010. S. 7.

¹⁸⁹ Vgl. Wolf. 2013. S. 127.

¹⁹⁰ Vgl. ebd. S. 127/128.

¹⁹¹ Wolf. 2013. S. 127.

¹⁹² Haller. 2014. S. 43.

¹⁹³ Ebd.

¹⁹⁴ Vgl. Wolf. 2013. S. 132.

¹⁹⁵ Vgl. Kunczik/Zipfel. 2005. S. 129/130.

Redaktionsschlusses angeführt. Auffallend ist, dass Tageszeitungen häufig ihre Artikel der Printausgaben mit unverändertem Inhalt in das Internet bzw. ihre Online-Zeitung einstellen. Hier kann eher von „Nachrichten-Recycling“ als von echtem „Online-Journalismus“ gesprochen werden.¹⁹⁶ Ein Berufsbild zum „Online-Journalisten“ existiert ebenfalls noch nicht vollständig. Die Grenzen zwischen Online-Arbeit im Hörfunk, im Printbereich und TV sind fließend. Zunehmend ist in Redaktionen medienübergreifende Erfahrung gefragt, die zum Teil neue Berufsbilder entstehen lässt.¹⁹⁷ Allerdings ist hierfür insgesamt eine Neuausrichtung im Journalismus notwendig. Viele Verlage gliedern Aufgabengebiete aus und kaufen gleichzeitig bestimmte Leistungen ein, was zur Folge hat, dass die Zahl solcher Journalisten zunimmt, die ohne festen Arbeitsvertrag und auf Honorarbasis arbeiten.¹⁹⁸ Im Hinblick auf die Leserinteressen ist zu berücksichtigen, dass 76,8% der deutschen Bevölkerung im Jahr 2014 im Internet aktiv waren.¹⁹⁹ Die zunehmende Ausweitung und Nutzung des Internets wirft immer wieder die Frage auf, ob es zukünftig den Beruf des Journalisten und die Redaktionsarbeit in der klassischen Form überhaupt noch geben wird. Die Basis dieser Überlegung beruht auf der Tatsache, dass heutzutage eine Vielzahl von Informationen im Internet sofort für Jedermann abrufbar ist. Der Nutzer kann somit selbst entscheiden, welche Nachrichten für ihn relevant sind und welche Themenbereiche er weiter verfolgen möchte. Der Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach geht hingegen trotz aller technischen Neuerungen und damit verbundenen Änderungen im Tätigkeitsfeld der Lokalredakteure davon aus, dass die „funktionale Rolle des Journalismus im engeren Sinne (...) erhalten“²⁰⁰ bleiben wird. Als Begründung führt er an, dass der Journalismus ein beharrliches Interesse der Menschen an der Kontrolle über seine Umwelt und die damit verbundenen Nachrichten befriedigt. Journalisten unterscheiden zwischen Wichtigem und Unwichtigem und bereiten Themen in nutzerfreundlicher Form auf.²⁰¹ Gedruckte Medien entfalten eine andere Wirkung auf Leser als der Konsum von online-Artikeln. Der Hirnforscher Hans-Georg Häusel erläu-

¹⁹⁶ Kunczik/Zipfel. 2005. S. 135.

¹⁹⁷ Vgl. ebd. S. 135/136.

¹⁹⁸ Vgl. ebd. S. 130/131.

¹⁹⁹ Statista. o.J./o.S. (Aufruf: 10.11.2015).

²⁰⁰ Donsbach. 1999. S. 507.

²⁰¹ Vgl. Donsbach. 1999. S. 507.

tert, dass das Gehirn des Menschen bei der Nutzung des Internets in eine Art Zielmodus schaltet.²⁰² Der Rezipient sucht nach einer bestimmten Information oder einem Thema. Im Vordergrund steht eine möglichst schnelle und kurzfristige Zielerreichung. Dieser Modus stellt für den Menschen einen Stressfaktor dar. Für vertiefende Informationen sind printmedial aufbereitete Texte besser geeignet. Nimmt der Leser ein Druckexemplar zur Hand, schaltet das Gehirn in einen „Flaniermodus“²⁰³. Der Konsument ist entspannter und nimmt die Inhalte auf, um die Welt zu verstehen. Dieses Verständnis führt zu einem Kontrollgefühl über die Ereignisse. Smartphones und Tablet-PC sind daher für schnelle, kurzfristige Informationen sehr gut geeignet, während Printmedien den Konsum komplexerer Darstellungsformen ermöglichen.²⁰⁴ Zudem würden Journalisten gerade in einer Zeit benötigt, in der die Inhalte und Quellen von Informationen aus dem Internet weitgehend nicht nachprüfbar sind. Journalisten hingegen kann eine noch stärkere Bedeutung im Hinblick auf Glaubwürdigkeit und Relevanz von Themen zukommen.²⁰⁵ Zeitungen sind durch verschiedene Faktoren gekennzeichnet. Hierzu zählen die aktuelle Berichterstattung, aber auch die regelmäßige Veröffentlichung sowie die Vielfalt der Themen.²⁰⁶ Eine Befragung von Zeitungskonsumenten der Ruhr Nachrichten, die im Jahr 2011 veröffentlicht wurde, zeigt, dass Leser von Regionalzeitungen vor allem an lokalen Informationen interessiert sind.²⁰⁷ Tageszeitungen zeichnen sich grundsätzlich dadurch aus, dass sie an mindestens sechs Tagen der Woche erscheinen. An dieser Stelle ist allerdings zu berücksichtigen, dass Zeitungen verstärkt (zusätzliche) Online-Angebote einrichten. Laut Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) bieten zwei Drittel der Zeitungsverlage in Deutschland ihre Ausgaben als elektronische Version²⁰⁸ an, die größtenteils der jeweiligen Printausgabe originalgetreu nachempfunden sind. Von Quartal zu Quartal steigt die Quote der Verkaufszahlen dieser sogenannten E-Paper. Im deutschsprachigen Raum wird unter dem Begriff die digitale Bildschirmversion einer gedruckten

²⁰² Vgl. Häusel. 2016. S. 47.

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ Vgl. ebd. S. 47/48.

²⁰⁵ Vgl. Donsbach. 1999. S. 507.

²⁰⁶ Vgl. Mast. 2012. S. 36.

²⁰⁷ Vgl. Chmielewski. 2011. S. 194.

²⁰⁸ Vgl. Bundesverband deutscher Zeitungsverleger (BDZV). S. 20.

Zeitung verstanden. Das E-Paper stellt einen zusätzlichen Vertriebsweg dar. Sie ist die elektronisch und interaktiv nutzbare Version der gedruckten Zeitung im Internet, wobei das Layout und alle redaktionellen und werbungsbezogenen Elemente der Zeitung originalgetreu im Onlinemedium übernommen werden.²⁰⁹ Aufgrund dieser Entwicklung entfällt mehr und mehr das Merkmal der Periodizität (von Tageszeitungen).²¹⁰ Unterschiede zwischen den Zeitungen lassen sich anhand der Merkmale Distributionsart (Abonnement- oder Kaufzeitung), Inhalt (Qualitäts- oder Boulevardzeitung) und Distributionsgebiet (lokale, regionale und überregionale Tageszeitung) ausmachen.²¹¹

Im Jahr 2015 sind in Deutschland 351 Tageszeitungen mit einer Auflage von 16,82 Millionen erschienen.²¹² 44,6 Millionen Deutsche lesen eine Tageszeitung als Druckausgabe. 30,9 Millionen Deutsche rufen regelmäßig im Internet eine Zeitung ab.²¹³ Obwohl sich die Zeitungsausgaben seit den 1950er Jahren in quantitativer Hinsicht relativ konstant gehalten haben, führt die starke Ausweitung des Internets immer wieder zu der Annahme, dass klassische Medien (Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen) verdrängt werden.²¹⁴ Die bloße Anzahl der Zeitungen lässt dabei folglich keinen eindeutigen Rückschluss auf die Entwicklung der Medienlandschaft im Printbereich zu. Vielmehr ist die Anzahl solcher Redaktionen zu betrachten, „die den Inhalt einer Zeitung allein und vollständig publizieren.“²¹⁵ Im Jahr 1954 gab es allein in den alten Bundesländern 225 sogenannte Vollredaktionen. Inzwischen sind in ganz Deutschland nur noch 133 solcher Redaktionen angesiedelt, die für 347 Zeitungsverlage tätig sind. Diese Entwicklung ist durch die Zusammenlegungen von Redaktionen und Pressekonzentrationen hervorgerufen worden und kann negativen Einfluss auf die publizistische Vielfalt nehmen.²¹⁶ Beispielsweise gab es in NRW in den letzten Jahren innerhalb der WAZ-Gruppe einschneidende Restrukturierungen. Im Jahr 2009 wurden drei Hauptredaktionen personell stark reduziert. Gleichzeitig wurde die Hauptredaktion in Essen zu einer zentralen Redaktion für mehrere Zeitungen (West-

²⁰⁹ Lampret. 2007. S.57

²¹⁰ Vgl. Kunczik/Zipfel. 2005. S. 134/135.

²¹¹ Vgl. Frühschütz. 2000. S. 321.

²¹² Vgl. BDZV. 2015. S. 5.

²¹³ Vgl. ebd. S. 14/15.

²¹⁴ Vgl. Mast. 2012. S. 34.

²¹⁵ Ebd. S. 35.

²¹⁶ Vgl. ebd.

deutsche Allgemeine, Neue Ruhr/Rhein Zeitung und Westfälische Rundschau). Im Jahr 2011 wurde diese Maßnahme auch für die Westfalenpost umgesetzt. Diese Reorganisation hatte zwar keinen Einfluss auf die Anzahl der Verlage und Zeitungen in NRW, führte jedoch zu einer rückläufigen Zahl der Zeitungsausgaben.²¹⁷ Vielfach wird nun das sogenannte Branding umgesetzt, bei dem Zeitungen das Material anderer Redaktionen nutzen. In Deutschland wird ein Großteil der Tageszeitungen im Abonnement betrieben. Regionale Printausgaben sind in NRW deutlich stärker vertreten als im Bund. Sie machen im Jahr 2010 zusammen drei Viertel der Gesamtauflage der Tagespresse aus.²¹⁸ Zu den sogenannten Straßenverkaufszeitungen zählen in NRW „Bild“ und „Express“. Der „Express“ erscheint mit drei lokalen Ausgaben für Köln, Bonn und Düsseldorf. Die „Bild“ veröffentlicht acht Teilausgaben (Ruhr-West, Ruhr-Ost, Düsseldorf, Köln/Bonn, Aachen, Münsterland, Ostwestfalen, Südwestfalen).²¹⁹ Zusammen kamen die beiden Boulevardzeitungen in NRW auf einen Marktanteil von 19%. Überregionale Abonnementzeitungen lagen im Jahr 2010 bei 6,2%.

Die Zeitungsdichte divergiert stark zwischen den einzelnen Regierungsbezirken in NRW. Die quantitativ stärkste Auswahl besteht im Raum Düsseldorf. Knapp einem Drittel der Bewohner stehen drei verschiedene Tageszeitungen zur Auswahl.²²⁰ Von 2002 bis 2012 hatten lokale Zeitungen in NRW einen Auflagenverlust von fast einem Viertel zu beklagen. Die Boulevardzeitungen sind noch stärker von diesem Trend betroffen. Sie verloren mehr als die Hälfte ihrer bisherigen Käufer, wohingegen die Abonnementzeitungen ein Fünftel (ihrer Käufer) verlor.²²¹ Für kleinere Verlage sind Hauptredaktionen zu kostenintensiv, so dass sie den Zeitungsmantel von einem Partner erhalten, mit dem sie häufig eine Zeitungsgruppe bilden.²²² Verstärkt tritt in den letzten Jahren die Zusammenarbeit von Lokalredaktionen auf. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit²²³ zeigen, dass auch über Verlagsgrenzen bzw. Ge-

²¹⁷ Vgl. Landtag NRW. 2013. S. 13/14.

²¹⁸ Vgl. ebd. S. 9.

²¹⁹ Vgl. ebd. S. 11.

²²⁰ Vgl. ebd. S. 37.

²²¹ Vgl. ebd. S. 17.

²²² Vgl. ebd. S. 22.

²²³ Ein Beispiel hierfür ist die Zeitungsgruppe des Westfälischen Anzeigers in Hamm. Zwischen den Redaktionen (Hellweger Anzeiger, Soester Anzeiger, Der Patriot) existieren ausgeprägte Liefer- und Abnahmevereinbarungen.

bietszuweisungen hinweg, Kooperationen angestrebt und durchgeführt werden.²²⁴ Untersuchungen haben des Weiteren ergeben, dass der Umfang von Lokalteilen²²⁵ in NRW in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Insbesondere im Hinblick auf die bereits thematisierten Auflagenverluste überrascht diese Entwicklung.²²⁶ Die Frage nach dem Umfang einer Zeitung wird dabei nicht anhand der Anzahl der aktuellen Ereignisse einer Region oder dem Nachrichtenwert beantwortet. Vielmehr gibt der Verlag den Rahmen vor, so dass Seitenumfang eines Lokalteils oder die Anzahl der Redaktionsmitglieder festgeschrieben sind. Sofern beispielsweise eine Redaktion eher klein ist, und die Anzahl der Seiten des Lokalteils eher groß, so werden Lokalberichterstattungen von Nachbarredaktionen genutzt. Bei der Themenauswahl stehen zum Teil Leserinteressen im Vordergrund, verstärkt jedoch auch betriebswirtschaftliche Überlegungen.²²⁷

Großstadtzeitungen²²⁸ sind zum Teil dazu übergegangen bzw. starten Versuche, auch Subkulturen²²⁹ in ihre Berichterstattung aufzunehmen.²³⁰ Jede Region hat darüber hinaus ihre Besonderheiten, die dazu führen, dass die Arbeit und Schwerpunktsetzung der Journalisten nicht zu verallgemeinern ist. Lokale Berichterstattung in der Großstadt bedeutet etwas anderes als in ländlich strukturierten Gebieten. Die jeweilige Lokalredaktion sollte diese besonderen Umstände aufgreifen und ihre Arbeit daran ausrichten.²³¹ Lokalredaktionen im ländlichen Raum stehen damit verbunden auch vor anderen Herausforderungen als solche in Ballungsgebieten. Zum einen ist das Berichtsgebiet in der Regel deutlich größer als in der Großstadt. Daraus ergeben sich ggf. höhere Fahrzeiten und Kosten. Zudem liegen im ländlichen Bereich kleinere Auflagen vor. Bei Redaktionen, die für Großstädte zuständig sind, kommen im Durchschnitt 24.000 Einwohner auf einen Redakteur. Bei den ländlich strukturierten Gebieten sind es circa 17.000.²³² In diesem Zu-

²²⁴ Vgl. Landtag NRW. 2013. S. 83.

²²⁵ Der Umfang bezieht sich auf die Anzahl der Seiten, aus denen der Lokalteil besteht.

²²⁶ Vgl. Landtag NRW. 2013. S. 66/67.

²²⁷ Vgl. ebd. S. 80.

²²⁸ Als Beispiel sei hier der Kölner Stadtanzeiger genannt.

²²⁹ In Berlin und Hamburg hatten sich zuvor beispielsweise lokale Blogs im Internet vor allem deshalb entwickelt, weil die Stadtzeitungen es offenbar nicht schafften, ihre Berichterstattung bis in die Kiez-Strukturen hinein auszudehnen.

²³⁰ Vgl. Wolf. 2013. S. 129.

²³¹ Vgl. ebd.

²³² Vgl. Landtag NRW. 2013. S. 73.

sammenhang ist von Bedeutung, dass Bewohner einer Großstadt tendenziell eher geringes Interesse an lokalen Themen aus den umliegenden Regionen haben, wohingegen bei Lesern aus ländlichen Gebieten stärkeres Interesse an Meldungen aus der nächsten Stadt vorherrscht.²³³ Es ist deshalb durchaus üblich, dass Material aus anderen (benachbarten) Redaktionen oder von Kooperationspartnern übernommen wird. Um solche Verfahrensweisen zu erleichtern, gehen viele Verlage und Zeitungen sogar dazu über, das optische Erscheinungsbild ihrer Zeitung anzupassen.²³⁴

Zusammenfassend zeigt sich in NRW, dass die Anzahl der Redaktionsmitarbeiter zurückgeht. Diese Entwicklung ist auf Redaktionsschließungen bzw. -zusammenlegungen zurückzuführen. Die damit einhergehende Arbeitsverdichtung wird durch die Übernahme von lokaler Berichterstattung aus Nachbarredaktionen aufgefangen. Dies hat zur Folge, dass der individuelle Auftritt einzelner Zeitungen mehr und mehr verloren geht.²³⁵

4.1.1 Nachrichtenselektoren

Im Unterkapitel Grundlagen der Kriminalitätsberichterstattung ist kurz thematisiert worden, dass Mediennutzer insbesondere solche Themen für bedeutsam erachten, über die häufig berichtet wird. Die tatsächliche Relevanz dieser Nachrichten spielt zumeist keine Rolle.²³⁶ Journalisten selektieren Nachrichten nach bestimmten Kriterien. Je nach Mediengattung unterscheiden sich die Determinanten. Im Fernsehen sind im Vergleich zu Zeitungen beispielsweise andere Faktoren ausschlaggebend für die Entscheidung, ob eine Nachricht veröffentlicht wird oder nicht.²³⁷ Im Folgenden werden Selektionskriterien im Bereich des Zeitungsjournalismus näher betrachtet.

So hängt die Relevanz eines Themas im Wesentlichen davon ab, ob es eine objektive Bedeutung besitzt. Vielfach ist hierbei das Ausmaß des Ereignisses entscheidend. Relevanz kann auch bei Vorliegen des Leserinteresses an

²³³ Vgl. ebd. S. 79.

²³⁴ Gemeint ist hiermit beispielsweise die Formatgröße, Spaltenzahl, Farbe, etc. Das Erscheinungsbild der WAZ-Gruppe ist sich beispielsweise so ähnlich, dass die einzelnen Ausgaben nur noch anhand der jeweiligen zeitungsspezifischen Farbe zu unterscheiden sind.

²³⁵ Vgl. Landtag NRW. 2013. S. 92.

²³⁶ Vgl. Maurer. 2010a. S. 55.

²³⁷ Vgl. Mast. 2012. S. 83.

dem Thema unterstellt werden.²³⁸ Auch Aktualität ist eine entscheidende Leitgröße im Lokaljournalismus und abhängig von der Ausgangsfrage, ob es sich bei dem Thema um eine Neuigkeit (zeitliche Dimension) und um eine relevante Nachricht (soziale Dimension) handelt.²³⁹ Die Frage nach der Aktualität eines Themas kann somit objektiv bewertet werden, sofern man sich in diesem Zusammenhang mit der Zeitspanne auseinandersetzt. Beim Parameter Leserinteresse handelt es sich hingegen um eine relative Größe. Zum einen ist es nicht immer bekannt, zum anderen kann ein starkes Leserinteresse und die besondere Bedeutung des Geschehens fehlende zeitliche Aktualität kompensieren, so dass die Nachricht trotzdem veröffentlicht wird.²⁴⁰ Die Qualität der jeweiligen Berichterstattung wird in solchen Fällen in Frage gestellt, in denen Relevanz und Leserinteresse weit auseinander liegen. Im Fokus können hierbei insbesondere Boulevardmedien stehen, die sich regelmäßig am Interesse der Rezipienten orientieren.²⁴¹ Diese Form des Journalismus ist gesellschaftlich hochgradig relevant. In vielen Bereichen des Journalismus sind boulevardeske Faktoren (z.B. Vereinfachung, Personalisierung und Emotionalisierung) erkennbar. Die Grenzen zwischen Information und Unterhaltung sind hier inzwischen fließend. Diese Entwicklung wird allgemein als problematisch bewertet, weil sie sich nachhaltig negativ auf Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit auswirkt.²⁴² Der Boulevardjournalismus ist auch ein wichtiger Teil der Medienlandschaft in NRW, muss daher ernst genommen und kritisch hinterfragt werden. Denn solche Formate bilden ebenfalls „kollektive Identitätsräume“²⁴³ aus und haben maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft.

Wie bereits thematisiert, gilt Objektivität unter Journalisten als wichtige Norm. Sie berichten über gesicherte Informationen und sollten sich daher auf eine „wirklichkeitsgetreue Wiedergabe von Fakten“²⁴⁴ fokussieren. Bereits im Unterkapitel 2.3 ist dargestellt worden, welche Probleme sich im Hinblick auf die Darstellung von Wirklichkeit ergeben. Redakteure erzeugen eine individuelle

²³⁸ Vgl. Mast. 2012. S. 74.

²³⁹ Vgl. ebd.

²⁴⁰ Vgl. ebd. S. 75.

²⁴¹ Lünenborg. 2012. S. 276.

²⁴² Ebd.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Vgl. Mast. 2012. S. 77/78.

Sicht auf die Realität, die stark durch die Themenauswahl und -darstellung geprägt ist. Weitere Kriterien anhand derer die Objektivität der Arbeit beurteilt werden kann, sind Ausgewogenheit und Vollständigkeit der Berichterstattung sowie Vielfalt und Neutralität.²⁴⁵ Besonders die Studie von Galtung und Ruge aus dem Jahr 1965²⁴⁶ ist bis heute der Ausgangspunkt für viele Nachrichtentheorien. Die beiden Soziologen haben zwölf Komponenten herausgearbeitet, die sie als Nachrichtenfaktoren bezeichnen. Sie unterscheiden zum einen zwischen kulturunabhängigen Werten (Frequenz, Schwellenfaktor, Eindeutigkeit, Bedeutsamkeit, Konsonanz, Überraschung, Kontinuität und Variation). Zum anderen haben sie kulturabhängige Nachrichtenwerte definiert (Bezug zu Elite-Nationen, Bezug zu Elite-Personen, Personalisierung und Negativismus). Zu diesen zwölf Werten haben sie die drei folgenden Hypothesen entwickelt: Je größer die Übereinstimmung des Themas/des Ereignisses mit den Determinanten ist, umso wahrscheinlicher ist eine Veröffentlichung in den Medien (Additionshypothese).²⁴⁷ Die Komplementaritätshypothese besagt, dass ein Ereignis mit einem niedrigen Nachrichtenwert durchaus in die Berichterstattung aufgenommen werden kann, wenn ein anderer Wert deutlich stärker hervortritt. Ein Thema, das über keinen oder lediglich einen sehr geringen Nachrichtenwert verfügt, findet keine Berücksichtigung in den Medien (Ausschlusshypothese).²⁴⁸

Im Folgenden werden ausgewählte Nachrichtenwerte vertiefend dargestellt. Im Hinblick auf den Schwellenfaktor ist festzuhalten, dass eine Nachricht erst dann veröffentlicht wird, wenn mit dem Thema eine gewisse Aufmerksamkeitsschwelle überschritten ist.²⁴⁹ Darüber hinaus steht die potentielle Bedeutsamkeit des Themas im Fokus. Je größer die Tragweite eines Geschehens bzw. umso mehr Personen betroffen sind, desto eher wird das Ereignis zur Nachricht. Der Überraschungseffekt gilt ebenfalls als ausschlaggebender Faktor. Je plötzlicher und seltener ein Geschehen eintritt, desto größer das Interesse daran. Insbesondere solche Begebenheiten, die mit Prominenten im Zusammenhang stehen, können bedeutsam sein (Bezug zu Elite-Personen). Ereignisse, die mit Hilfe von konkreten Personen publiziert wer-

²⁴⁵ Vgl. Mast. 2012. S. 78.

²⁴⁶ Vgl. Galtung/Ruge. 1965. S. 64 ff.

²⁴⁷ Vgl. ebd. S. 68.

²⁴⁸ Vgl. ebd.

²⁴⁹ Vgl. ebd.

den, besitzen grundsätzlich einen hohen Nachrichtenwert (Personalisierung). Sie erleichtern in der Regel die Identifikation anhand von Fotos, Filmen und Interviews. Der Nachrichtenfaktor Negativismus spielt eine zentrale Rolle.²⁵⁰ Grundsätzlich gilt, je mehr ein Ereignis auf Konflikt, Aggression, Zerstörung oder Tod bezogen ist, desto stärkere Beachtung findet es durch die Medien. Journalisten fokussieren sich eher auf das Abweichende als auf das Alltägliche.²⁵¹ Die genannten Nachrichtenfaktoren sind grundsätzlich Kategorien, die das Selektionsverhalten der Redakteure erklären können.²⁵²

Im weiteren Verlauf haben Galtung und Ruge²⁵³ Empfehlungen für Journalisten herausgearbeitet, deren Umsetzung zu einer ausgewogeneren Weltanschauung führen soll und weniger von den Nachrichtenwerten abhängig ist. Beispielsweise sollen Pressevertreter komplexere Themen auswählen, nicht nur über Elite-Personen, sondern auch über einfachere Leute schreiben und insgesamt positiver berichten. Dieser Ansatz ist auch beim Positiven Journalismus zu finden. Hierbei handelt es sich um „ein journalistisches Genre, das beim Rezipienten positive, kognitive, affektive und motivationale Wirkungen hervorzurufen beabsichtigt. Damit stellt positiver Journalismus einen normativen – ggf. sogar pädagogischen – Ansatz dar.“²⁵⁴ Er basiert jedoch nicht ausschließlich auf positiven Inhalten. Vielmehr sind insbesondere Form und Sprache von Bedeutung. Negative Themen können beispielsweise positiv formuliert sein oder einen lösungsorientierten Ausblick verfolgen, wodurch diese Nachrichten durchaus positiv belegt sein können.²⁵⁵ Der Positive Journalismus formuliert eine Kritik am alltäglichen Vorgehen von Redakteuren und Pressevertretern und zielt damit auf die Unausgewogenheit der Berichterstattung (im Hinblick auf positive und negative Nachrichten) ab.²⁵⁶ Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, aus welchem Grund Medien verstärkt über negative Ereignisse informieren. Es gehört zum journalistischen Selbstverständnis, dass über Abweichungen von der Norm, Mängel sowie Unzulänglichkeiten berichtet wird.²⁵⁷ Pressevertreter schreiben sich somit die Rol-

²⁵⁰ Vgl. Galtung/Ruge. 1965. S. 66.

²⁵¹ Vgl. Mast. 2012. S. 83.

²⁵² Vgl. ebd.

²⁵³ Vgl. Galtung/Ruge. 1965. S. 69.

²⁵⁴ Fink. 2015. S. 9.

²⁵⁵ Vgl. ebd. S. 10.

²⁵⁶ Vgl. Bidlo. 2015. S. 38.

²⁵⁷ Vgl. Bidlo. 2015. S. 39.

le eines Korrektivs in der Gesellschaft zu. Negative Schlagzeilen stellen ein Ereignis dar, das nicht abgeschlossen ist. Dieser Umstand hat zur Folge, dass in der Regel ein Handlungsbedarf besteht oder zumindest angenommen wird. Die Folge ist eine fortlaufende Berichterstattung in den Massenmedien, die in der heutigen Zeit der hohen Nachrichtendichte Schritt halten muss. Themen werden sodann unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet, so dass sich der Konsument ebenfalls damit beschäftigt. Diese Auseinandersetzung erfolgt nicht (nur) zum Zweck der Unterhaltung und Information, sondern vielmehr, um das eigene Wertesystem zu überprüfen. Sofern positive Nachrichten veröffentlicht werden, besteht in der Regel kein (weiterer) Informations- bzw. Handlungsbedarf. Anders bei negativen Nachrichten, denen ein Fortgang des Themas und eine weitere Auseinandersetzung mit Ereignissen und Missständen immanent sind.²⁵⁸ Das Negative wird zudem in unserer Gesellschaft, die vom Fortschrittsdenken bestimmt ist, als Anstoß zur Weiterentwicklung angesehen. Die Umsetzung des Positiven Journalismus gestaltet sich zum einen deshalb schwierig, weil positive Meldungen schnell den Verdacht aufkommen lassen können, dass Journalisten Werbung betreiben, anstatt sich kritisch mit Themen auseinanderzusetzen. Zum anderen ist die „Negation, Kritik und Unzufriedenheit am Gegebenen (...) Motor einer Entwicklung, die auf Neues und Anderes zielt.“²⁵⁹ Die hohe Anzahl an verschiedenen Medien in unserer Zeit führen zu einer von Schnelligkeit bestimmten Berichterstattung, was Auswirkungen auf die Arbeit der Pressevertreter hat. Analysen zum Einfluss von Schlüsselereignissen zeigten darüber hinaus, dass sich Nachrichtenwerte kurzfristig ändern können.²⁶⁰ Aktuelle und bedeutsame Themen können alltägliche Themen in den Hintergrund treten lassen oder sogar gänzlich verdrängen.

4.1.2 Veränderungen in der Redaktionsarbeit

Die Arbeit der Lokaljournalisten hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert, nachdem in Deutschland (ab Mitte der 1990er Jahre) ein wettbewerbsorientiertes Mediensystem entstanden ist. Hierbei ringen Medienverantwortliche um zwei knappe Güter: das Budget und die Zeit der Rezipienten. Medien

²⁵⁸ Vgl. ebd. S. 40/41.

²⁵⁹ Vgl. ebd. S. 46.

²⁶⁰ Vgl. Schönhagen/Brosius. 2004. S. 256.

finanzieren sich durch die Aufmerksamkeit der Konsumenten, was gleichbedeutend ist mit der Nutzung der einzelnen Angebote.²⁶¹ Immer stärker tritt daher der Crossmedia-Begriff auf, der einen Journalismus beschreibt, der sich nicht (mehr) auf eine bestimmte Form der Berichterstattung fokussiert. Medien nutzen systematisch mehrere Verbreitungskanäle. Die Bindung der Journalisten an eine einzige technische Publikationsform hat sich mehr und mehr gelockert.²⁶² Zeitungsredaktionen, die früher lediglich im Printbereich aktiv waren, gestalten inzwischen eigene Auftritte in sozialen Netzwerken. Der Hörfunk verfügt zusätzlich über einen Internetauftritt und stellt dort seine aktuellen Nachrichten dar, etc. Auch die Art der Quellen hat sich durch das Internet und die damit verbundene Partizipation der Nutzer verändert. Zeitungen gehen verstärkt auf ihre Leser zu und binden sie ein. Dies geht weit über Leserbriefe, Leserreise, etc. hinaus. Vielfach werden sogenannte Bürgerreporter oder Leserreporter eingesetzt.²⁶³ Beispielsweise rufen die Zeitschrift „Stern“ und die Bild-Zeitung Leser dazu auf, als Amateurjournalisten oder -fotografen aktiv zu werden. Die Kontaktaufnahme zu den Redaktionen kann per SMS, MMS, E-Mail oder Telefon erfolgen. Die Medien versprechen sich davon exklusivere Fotos und Geschichten.²⁶⁴ Die Rezipienten werden somit stärker in die Arbeit der Journalisten eingebunden. Diese Entwicklung kann durchaus kritisch betrachtet werden, wenn sie ausschließlich dazu dient, Verlagskosten klein zu halten. Möglicherweise kommt es dadurch zu Verlusten im Hinblick auf Qualität und Objektivität. Andererseits kann diese Neuerung dazu führen, das Verhältnis zwischen Zeitung und Konsumenten zu verbessern bzw. die Bindung zu verstärken. Sie ist somit eine neue Form auf Leser zuzugehen.²⁶⁵ Über die Arbeit der Rheinischen Post in Düsseldorf wurde beispielsweise im Oktober 2015 bekannt, dass sie inzwischen eine Software nutzt, um über das Internet automatisiert Kenntnis von relevanten Themen zu erlangen. Hierbei spielen Algorithmen, soziale Medien und Ortungsdienste von Smartphones eine entscheidende Rolle.²⁶⁶ „Wir sind zu wenig Leute für zu viele relevante Geschichten da draußen“, wird der Chef-

²⁶¹ Vgl. Mast. 2012. S. 33.

²⁶² Vgl. ebd. S. 423.

²⁶³ Vgl. Wolf. 2013. S. 134.

²⁶⁴ Vgl. Höfler. 2010. S. 45.

²⁶⁵ Vgl. Wolf. 2013. S. 134.

²⁶⁶ Vgl. taz. Artikel vom 11.10.2015. Bouhle, Daniel. S. 8.

redakteur Michael Bröcker zitiert. Dies macht die Entwicklung des Lokaljournalismus in einem Satz deutlich. Auf der einen Seite ist ein Abbau von Personal in den Redaktionen spürbar, auf der anderen Seite steigt die Fülle von Informationen (die insbesondere über das Internet grundsätzlich zur Verfügung stehen).

Der generelle Ablauf in einer Zeitungsredaktion wird im Folgenden anhand der WAZ-Gruppe dargestellt, da sich die vorliegende Studie zu großen Teilen auf Ausgaben dieser Verlagsgruppe bezieht. Die Arbeit der Journalisten beginnt etwa um 9 Uhr morgens. Die Ressortverantwortlichen bereiten zu dieser Zeit die morgendliche Konferenz (der Zentralredaktion Essen) vor, die gegen 11:45 Uhr stattfindet. An dieser Sitzung, bei der die erste Themenfokussierung erfolgt, nehmen alle Ressortleiter (Politik, Wirtschaft, Sport, Regionales, ...) teil. Besonderer Wert wird auf exklusive und regionalisierte Nachrichten gelegt.²⁶⁷ Die Vertreter der Neuen Ruhr/Rhein Zeitung, der Westfälischen Rundschau und der Westfalenpost können in diesen Konferenzen Schwerpunkte angeben und Ersatzthemen anfordern, wenn sich die festgelegten Nachrichten nicht nahtlos in ihre jeweiligen Titel einfügen. Eine zweite Besprechung findet gegen 14 Uhr statt. Hier erfolgt die endgültige Themenfestlegung. Die einzelnen regionalen Redaktionen können die hier aufgegriffenen Nachrichten für ihre Lokalausgaben regional aufarbeiten.²⁶⁸

Journalisten arbeiten dabei nicht unabhängig von Zwängen, sondern sind zum einen an rechtliche Grundlagen gebunden. Zum anderen haben viele Faktoren (zum Beispiel persönliche Erfahrungen, Einstellungen, etc.) Einfluss auf ihre Arbeit.²⁶⁹ Des Weiteren erfolgt die Berichterstattung anhand unterschiedlicher Quellen.²⁷⁰ Neben den Meldungen aus Presseportalen (newsaktuell/ots), die genutzt werden, stellen Redakteure auch eigene Recherchen an.²⁷¹ Kriminalitätsberichterstattung basiert somit nicht ausschließlich auf Darstellungen bzw. Pressemitteilungen der Polizei. Vielmehr besteht für Journalisten beispielsweise die Möglichkeit, Gerichtsverhandlungen beizuwohnen. Für die meisten Prozesse gilt, dass mündliche Verhandlungen sowie Urteilsverkündungen der Öffentlichkeit zugänglich sind. Verhandlungen

²⁶⁷ Vgl. Mast. 2012. S. 422.

²⁶⁸ Vgl. ebd. S. 421.

²⁶⁹ Vgl. Kramp. 2010 S. 52.

²⁷⁰ Vgl. Raupp. 2010. S. 48.

²⁷¹ Vgl. Wolf. 2013. S. 129.

in Familiensachen und Jugendgerichtsverfahren sind grundsätzlich nicht öffentlich. Die Einzelheiten regeln die Verfahrensgesetze. Sofern die Gerichtsprozesse öffentlich sind, berichten Medienvertreter im Anschluss über Inhalte und Ablauf.²⁷²

4.2 Polizeiliche Pressearbeit in NRW

NRW zeichnet sich (im Vergleich zu anderen Bundesländern) durch eine heterogene Polizeilandschaft aus. Dort sind (neben drei sogenannten Landesoberbehörden) 47 Kreispolizeibehörden angesiedelt. Diese sind entweder in Polizeipräsidien oder in Landratsbehörden organisiert. Bei der Betrachtung aller Polizeibehörden in NRW werden große Unterschiede im Bereich der geographischen Fläche und des Personalumfangs deutlich.²⁷³

4.2.1 Entwicklung der polizeilichen Pressearbeit

In den 1970er Jahren war die polizeiliche Pressearbeit weitgehend unstrukturiert. In einer Zeit, in der Berichte mit der Schreibmaschine verfasst wurden, die Vervielfältigung mit Hilfe von Durchschlagpapier und die Auslieferung per Kurier erfolgte, gestaltete sich die aktive Verbreitung von Nachrichten deutlich schwieriger und langsamer als heute. Die wenigsten Polizeibehörden verfügten über einen Pressesprecher. Eine Berichterstattung zu Polizeithemen erfolgte daher eher zufällig oder lediglich auf Anfrage der Redaktionen.²⁷⁴ Dieses Bild hat sich in NRW seit den 1980er Jahren stark gewandelt. Inzwischen verfügt jede Polizeibehörde über eine eigene Dienststelle, die für die Pressearbeit (und zum Teil für die interne und externe Öffentlichkeitsarbeit) verantwortlich ist.²⁷⁵ Ihr hoher Stellenwert ist daran erkennbar, dass Pressestellen entweder unmittelbar dem Behördenleiter unterstellt sind oder eine Anbindung an den Leitungsstab erfolgt ist. Zudem sind Pressestellen über „aktuelle und polizeiliche bedeutsame Vorgänge in ihrer Behörde unverzüglich zu unterrichten“²⁷⁶ und sie „(...) sind an zentralen Besprechungen der Behörde zu beteiligen.“²⁷⁷ Insbesondere die Auswahl der jeweiligen Pressesprecher und der hohe Fortbildungsgrad zeigt die zunehmende Professiona-

²⁷² Vgl. Branahl. 2005. S. 148/149.

²⁷³ Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW). 2015. S. 51.

²⁷⁴ Vgl. Böhm. 2012. S. 35.

²⁷⁵ Vgl. MIK NRW. 2011. S. 3.

²⁷⁶ Vgl. ebd.

²⁷⁷ Ebd.

lisierung der nordrhein-westfälischen Polizei in diesem Bereich. Die Polizeibehörden betreiben aktive Pressearbeit, indem sie täglich Meldungen über polizeirelevante Sachverhalte veröffentlichen, wodurch das Interesse der Journalisten geweckt werden soll.²⁷⁸ Neben den organisatorischen Veränderungen hat es auch stetige Verbesserungen im technischen Bereich gegeben. In den 1980- und 1990er Jahren wurden polizeiliche Pressestellen mit Telefaxgeräten ausgestattet, so dass die Kurierfahrten entfielen und eine schnellere Verbreitung der Meldungen erfolgen konnte. Allerdings stellte diese Form der Kommunikation eine Ungleichbehandlung solcher Redaktionen dar, die noch nicht über ein Faxgerät verfügten. Des Weiteren führte die Reihenfolge des Versendens der Pressemeldungen dazu, dass bestimmte Medien die Meldung mit deutlichem Zeitverzug (im Vergleich zu anderen Redaktionen) erhielten.²⁷⁹ Im Jahr 1984 waren die ersten privaten Medien aktiv, die ein hohes Interesse an Polizeithemen zeigten. Art und Umfang der Anfragen, die an die Pressestellen gerichtet wurden, nahmen deutlich zu. Um die stetig steigenden Kosten einzudämmen²⁸⁰, versuchte die Polizei in NRW mittels Videotext und Mailboxfunktionen Nachrichten an die Redaktionen zu übermitteln. Diese Kommunikation setzte sich nicht durch, so dass Ende der 1990er Jahre die ersten Pressestellen über das Internet Pressemeldungen veröffentlichten. Zur Datenübersendung wurde sodann ein Programm der Hamburger Firma News aktuell²⁸¹ genutzt, die sich selbst als Mittler zwischen Pressestellen und Medien sieht. Der sogenannte Originaltextservice (ots) bietet hierbei rund um die Uhr die Möglichkeit, Meldungen unmittelbar an die Redaktionen zu übermitteln. Der Versand der polizeilichen Nachrichten an die Medienvertreter erfolgt somit an alle zeitgleich. Eine weitere Funktion ist das Anfügen bzw. Übermitteln von Fotos, das die polizeilichen Pressestellen bis dato vor Probleme stellte. Abbildungen, die nicht per Fax verschickt werden konnten (beispielsweise weil die Qualität der Aufnahmen erhalten bleiben sollte), mussten zuvor per Kurier den Redaktionen zugesandt werden.²⁸² Diese digi-

²⁷⁸ Vgl. Böhm. 2012. S. 33/34.

²⁷⁹ Vgl. ebd. S. 37.

²⁸⁰ In Dortmund stellte man 1997 fest, dass der Faxbetrieb der Pressestelle mit 14.000 DM jährlich zu Buche schlug.

²⁸¹ Hierbei handelt es sich um eine Tochtergesellschaft der Firmengruppe Deutsche Presseagentur (dpa).

²⁸² Vgl. Beele. 2000. S. 254.

tale Lösung (ots) wird bis heute durch die Polizeibehörden in NRW genutzt.²⁸³ Sie bietet inzwischen insbesondere den Vorteil, dass jede dort publizierte Meldung öffentlich ist und somit jeder Internetnutzer darauf zugreifen kann. Eine App für Smartphones, über die die Meldungen auf das Handy versandt werden, stellt heutzutage einen weiteren Service von News aktuell dar.

Nicht nur technische Neuerungen beschleunigten die Entwicklung in den Polizeibehörden im Hinblick auf die Pressearbeit. Insbesondere publizistische Krisen²⁸⁴ von herausragender Bedeutung (zum Beispiel das Gladbecker Geiseldrama²⁸⁵ im Jahr 1988) führten zu einer Neuausrichtung innerhalb der Polizei. Der Einsatz, der sich über drei Tage erstreckte, machte deutlich, dass Journalisten kein uneingeschränkter Zugang zu polizeilichen Aktionen gewährt werden sollte. Zum einen kann dadurch die Arbeit der Polizei behindert und zum anderen das Leben Unbeteiligter gefährdet werden. Ein Erlass des Innenministeriums aus dem Jahr 1994 regelte sodann das konkrete Vorgehen bzw. die Zusammenarbeit mit Medien bei solchen Einsätzen. Des Weiteren führte das Gladbecker Geiseldrama zur Einführung einer zentralen Pressearbeit in den Polizeibehörden. Die Kommunikation mit den Medienvertretern sollte so ausschließlich über polizeiliche Pressesprecher geführt werden und nicht mehr über einzelne Dienststellen.²⁸⁶ An der Bewältigung der sogenannten Castor-Transporte²⁸⁷ lässt sich ebenfalls eine deutliche Professionalisierung der polizeilichen Pressearbeit ablesen. Aufgrund der zu erwartenden Flut von Presseanfragen und Medienvertretern zog die Polizei Pressesprecher aus verschiedenen Polizeibehörden zusammen. Diese wurden im Vorfeld speziell geschult und richteten Medienbetreuungen ein. So konnten Journalisten unmittelbar vor Ort mit Informationen versorgt werden, was insbesondere im Hinblick auf Erläuterungen der Umstände, die dazu führen,

²⁸³ Über die Internetseite der Firma newsaktuell ist einsehbar, welche Behörden bzw. Pressestellen (in NRW) das Programm ots nutzen. <http://www.presseportal.de/blaulicht/l/nordrhein-westfalen> (Aufruf: 19.09.2015).

²⁸⁴ Gemeint sind hiermit Krisen in Behörden bzw. Organisationen, die durch eine negative Berichterstattung ausgelöst werden können.

²⁸⁵ Als die bewaffneten Haupttäter auf der Flucht waren, führten Journalisten Live-Interviews durch und begleiteten sie zum Teil in ihrem Fluchtwagen, um den Weg aus der Kölner Innenstadt zu weisen.

²⁸⁶ Vgl. Böhm. 2012. S. 39.

²⁸⁷ Atommülltransporte fanden und finden in Deutschland für die Aufbereitung und Zwischenlagerung von Brennelementen statt. Sie werden regelmäßig von Protestaktionen begleitet. Im April 1995 fand der erste Transport in das Zwischenlager Gorleben statt.

dass bestimmte Faktoren bewusst nicht durch die Polizei veröffentlicht werden, zu einem Vertrauensverhältnis zwischen Pressesprechern und Medienvertretern führte. Die Polizei hat auf diesem Weg versucht, Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen.²⁸⁸ Im Jahr 2011 brachte die Polizei NRW eine eigene Applikation auf den Markt, mit der Pressemitteilungen, Fahndungsaufrufe, etc. übermittelt wurden.²⁸⁹ Inzwischen ist diese Funktion nicht mehr verfügbar. Die Hintergründe sind nicht bekannt geworden.

4.2.2 Rechtliche Grundlagen und Rahmenbedingungen

Der Erlass „Zusammenarbeit der Polizei mit den Medien“ aus dem Jahr 1994 wurde am 15.11.2011 durch den Erlass „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Nordrhein-Westfalen“ aufgehoben. Der neue sogenannte Medienerlass stellt zum einen die Aufgaben und Ziele der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dar. Zum anderen regelt er Zuständigkeiten und grundsätzliche Inhalte von Presseauskünften. Die polizeiliche Pressearbeit orientiert sich demzufolge an den Faktoren „Wahrheit, Schnelligkeit, Aktualität und Relevanz“²⁹⁰. Hier zeigen sich bereits erste Parallelen zu Selektionskriterien von Zeitungsjournalisten. Grundsätzlich sollen die Pressestellen der Öffentlichkeit ein objektives Bild der polizeilichen Arbeit vermitteln und die Leistungsfähigkeit der Behörde darstellen. Insbesondere informiert sie anlassbezogen, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren oder zur Mitwirkung aufzurufen. Zu den Kernaufgaben der polizeilichen Pressestelle gehört das Erstellen und Herausgeben von Pressemitteilungen, die Vorbereitung und Durchführung von Pressekonferenzen und -gesprächen, die Bewertung, ob ein Ereignis medienrelevant ist, die Beantwortung von Presseanfragen sowie die Abgabe von Interviews. Darüber hinaus sollen Kontakte zu Medienvertretern sowie Pressestellen anderer Behörden (z.B. Kommunen und Justiz) unterhalten werden, um das gegenseitige Verständnis für die Arbeit zu fördern.²⁹¹ Der Erlass regelt darüber hinaus Grenzen der polizeilichen Pressearbeit, die sich insbesondere durch Zuständigkeiten der Staatsanwaltschaften im Bereich der Kriminalitätsberichterstattung ergeben. „Presseauskünfte über strafrecht-

²⁸⁸ Vgl. Böhm. 2012. S. 40/41.

²⁸⁹ Vgl. ebd. S. 42.

²⁹⁰ MIK NRW. 11.2011. S. 4.

²⁹¹ Vgl. MIK NRW. 2011. S. 4 und 9.

liche Ermittlungsverfahren erteilt grundsätzlich die Staatsanwaltschaft“.²⁹² Sofern die Staatsanwaltschaft in einzelnen Fällen zustimmt, kann die ermittlungsführende Polizeibehörde den Medienvertretern über strafrechtlich relevante Sachverhalte berichten. In Verkehrsstrafsachen und Fällen der leichten bis mittleren Kriminalität können die polizeilichen Pressestellen ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Staatsanwaltschaft Pressearbeit betreiben. Presseauskünfte zu Straftaten sollten grundsätzlich Präventionsbotschaften vermitteln. Über Ereignisse im Straßenverkehr sollte in verkehrssicherheitsfördernder Form informiert werden.²⁹³ Die Inhalte von Pressemitteilungen „haben sich grundsätzlich auf die Wiedergabe des Sachverhaltes zu beschränken.“²⁹⁴ Wertungen sowie Anmerkungen zur Verantwortlichkeit sind zu unterlassen. Des Weiteren dürfen die Pressetexte keine Tatanreize²⁹⁵ schaffen. Die Pressestellen sind gehalten, über strafrechtlich relevante Ereignisse in der Form zu berichten, dass keine Rückschlüsse auf die Identität eines Beteiligten möglich sind. Eine Ausnahme stellen Öffentlichkeitsfahndungen dar, die richterlich angeordnet sind. Sollten handelnde Personen zu einer Gruppe von Minoritäten gehören, so ist die Weitergabe dieser Information lediglich dann zulässig, wenn es für das Verständnis des Gesamtsachverhaltes notwendig ist oder wenn ein überwiegendes Informationsinteresse diesbezüglich besteht.²⁹⁶ Zu polizeitaktischen Ausrichtungen, besonderen Ermittlungsmethoden, etc. erfolgt grundsätzlich keine Berichterstattung. Dies gilt insbesondere für polizeiliche Spezialeinheiten.²⁹⁷ Sollten polizeiliche Pressesprecher sich entschließen, Fotos zum Einsatzgeschehen zu veröffentlichen, so sind mögliche Interessen von Fotojournalisten zu wahren.²⁹⁸ An dieser

²⁹² MIK ebd. S. 7.

²⁹³ Vgl. ebd. S. 6.

²⁹⁴ MIK ebd. S. 3.

²⁹⁵ Bei Straftaten, die zu einem Vermögensschaden geführt haben, werden grundsätzlich keine Schadenssummen übermittelt.

²⁹⁶ Dieser Aspekt ist seit den Vorfällen der Silvesternacht (31.12.2015/01.01.2016) in Köln Gegenstand der medialen und gesellschaftlichen Diskussion. In dieser Nacht war es im Bereich des Hauptbahnhofes und auf dem Domvorplatz zu einer Vielzahl von Straftaten gekommen, über die die Polizei erst deutlich später berichtet hatte. Als Tatverdächtige kommen Flüchtlinge, insbesondere aus Nordafrika, in Betracht. Dieser Umstand war zunächst nicht thematisiert worden. Die Auseinandersetzung mit diesen Aspekten der (polizeilichen) Pressearbeit zeigt, dass sich immer wieder sowohl Interpretationsspielräume ergeben und gesellschaftliche Veränderungen Einfluss auf die mediale Berichterstattung (sowie die öffentliche Meinung) nehmen können.

²⁹⁷ Vgl. MIK NRW. 2011. S. 6.

²⁹⁸ Vgl. ebd. S. 7.

Thematik zeigt sich, dass die Polizei an einer fairen Zusammenarbeit mit den Medien interessiert ist bzw. sein sollte. § 43 Landesbeamtengesetz NRW²⁹⁹ besagt, dass die Behördenleitung entscheidet, „wer Auskünfte an die Öffentlichkeit erteilt.“ Weitere Einzelheiten hierzu regeln die Polizeibehörden in Verfügungen.

Die Daten der PKS spielen eine bedeutende Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung von Kriminalität und gleichzeitig auch für die strategische Ausrichtung der Polizei. Im Rahmen von jährlich stattfindenden Pressekonferenzen erläutern die Polizeibehörden die Ergebnisse des zurückliegenden Jahres in spezifischen Kriminalitätsbereichen.³⁰⁰ Die Wahrnehmung und Deutung von Kriminalitätsentwicklungen und polizeilichem Handeln kann maßgeblich davon abhängen, wie Führungskräfte (und Pressesprecher) der Polizei diese Informationen (beispielsweise im Rahmen von Pressekonferenzen) vermitteln.³⁰¹

Zur Arbeit der heutigen Pressestellen gehört in vielen Teilen auch die (interne und externe) Öffentlichkeitsarbeit. Hier liegen Verantwortlichkeiten für die Erstellung und Pflege des behördeninternen Intranets sowie die Betreuung der Internetseite. Eine weitere Aufgabe ist die Betreuung der sozialen Medien, sofern die Kreispolizeibehörden sich entschieden haben Facebook und/oder Twitter für ihre Zwecke einzusetzen. Die Nutzung sozialer Medien ist den Polizeibehörden in NRW seit Juli 2014 per Erlass³⁰² freigestellt und an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Die Nutzung sozialer Medien stellt somit eine Ergänzung der herkömmlichen Kommunikationswege der polizeilichen Pressestellen dar. Es muss gewährleistet sein, dass der Facebook- und/oder Twitteraccount rund um die Uhr durch die Polizei gesichtet wird, um unverzüglich strafrechtlich relevante Inhalte entfernen und Strafverfahren einleiten zu können. Die Darstellung von Öffentlichkeitsfahndungen (in sozialen Netzwerken) mit Abbildungen bzw. Personaldaten ist beispielsweise nicht zugelassen.³⁰³ Durch die starke Verbreitung von Smartphones und Tabletcomputern sieht sich die Polizei mit einem neuen Phänomen konfrontiert, das Auswirkungen auf die Pressearbeit hat. Das Handeln der Polizei wird in einer

²⁹⁹ Das aktuelle Landesbeamtengesetz NRW ist am 24.10.2015 in Kraft getreten.

³⁰⁰ Vgl. Berthel. 2003. S. 286.

³⁰¹ Vgl. ebd. 287.

³⁰² Vgl. MIK NRW. 2014. S. 1-9.

³⁰³ Vgl. MIK NRW. 2014. S. 3 und 6.

Vielzahl von Fällen (offen oder heimlich) gefilmt, in sozialen Netzwerken veröffentlicht oder an Redaktionen übersandt. Dies ist problemlos mit der heutigen Technik möglich. Die Pressestellen der Polizei werden bei solchen Ereignissen zu einem Zeitpunkt mit Sachverhalten konfrontiert, über die sie auf den Meldewegen innerhalb der Polizei noch nicht informiert worden sind. Pressesprecher sind in solchen Fällen noch nicht in der Lage, Auskunft zu geben, so dass beispielsweise die Online-Berichterstattung der Redaktionen zunächst ohne ein Statement der Polizei erfolgt. Die fehlende polizeiliche Einordnung des Sachverhaltes kann zu einer falschen Einschätzung und einseitigen Darstellung führen.³⁰⁴

Die Polizei NRW beteiligt sich zum Teil an Medienproduktionen, „die nicht der presserechtlichen Auskunftspflicht unterliegen“.³⁰⁵ Die Entscheidung, ob Medienvertreter die Mitarbeiter einer Behörde bei ihrer Arbeit begleiten dürfen, wird an der Frage ausgerichtet, ob das Format den Zielen der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit entspricht. Zudem darf die Aufgabewahrnehmung der Polizei durch die Produktion nicht gefährdet sein. Sogenanntes Reality-TV³⁰⁶ oder Doku-Soap-Formate³⁰⁷ werden grundsätzlich nicht gefördert. Publikationen, die „überzogene Gewaltdarstellungen“ zum Inhalt haben oder lediglich zur Befriedigung der Sensationslust oder des Voyeurismus dienen, unterstützt die Polizei nicht.³⁰⁸ Zu den Rahmenbedingungen der polizeilichen Pressearbeit zählen in NRW des Weiteren unterschiedliche Dienstzeitmodelle, in denen die Pressestellen arbeiten. Abhängig von der Größe der Behörde und der Medienlage gibt es sowohl Dienststellen mit Tagesdienst als auch solche mit Schichtdienst.³⁰⁹ Der Dienstgruppenleiter der Leitstelle übernimmt außerhalb der Bürodienstzeit in vielen Polizeibehörden die Aufgaben der Pressestelle. Die Leitstelle arbeitet 24 Stunden rund um die Uhr und verfügt über alle relevanten Informationen, so dass sich diese Vorgehensweise anbietet. Dies ist in der Regel in den jeweiligen behördli-

³⁰⁴ Vgl. Schabacker. 2012. S. 13.

³⁰⁵ MIK NRW. 2011. S. 12.

³⁰⁶ Reale Ereignisse werden wirklichkeitsgetreu nachgestellt oder durch Originalfilmaufnahmen dokumentiert. Es handelt sich um ein Unterhaltungsformat.

³⁰⁷ Dieses Fernsehformat vermischt Unterhaltung mit Dokumentation. In der Regel stehen Probleme und Konflikte im Fokus. Hierbei werden häufig alltägliche Personen in Ausnahmesituationen dargestellt.

³⁰⁸ Vgl. MIK NRW. 2011. S. 13.

³⁰⁹ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 56ff.

chen Verfügungen geregelt. Die Mitarbeiter der Leitstellen werden in speziellen Lehrgängen auf das Aufgabengebiet vorbereitet.³¹⁰ Generell hat die Aus- und Fortbildung der polizeilichen Pressesprecher einen hohen Stellenwert in NRW. Polizeibeamte nehmen grundsätzlich an zentralen Fortbildungsmaßnahmen teil, die durch das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) organisiert werden. Sofern ein Beamter für die Pressearbeit in seiner Behörde vorgesehen ist bzw. dort bereits Dienst versieht, durchläuft er zusätzlich das fünftägige Grundlagenmodul der polizeilichen Pressearbeit. Daran schließt sich eine Selbstlernphase (im virtuellen Kursraum) an. Das ebenfalls fünftägige Anpassungsseminar rundet die Ausbildung ab.³¹¹ Zu den Inhalten zählen neben medienwirksamem Verfassen von Pressemitteilungen und dem Vorbereiten von Pressekonferenzen, auch rechtliche Aspekte der Arbeit sowie das Selbstverständnis der Pressesprecher in den Behörden. Die Anpassungsfortbildung beschäftigt sich vor allem mit dem Erkennen und Begegnen publizistischer Krisen.³¹² Die Ausbildungsinhalte werden zum Teil durch externe Referenten vermittelt (z.B. Journalisten und PR-Experten).³¹³ Weiterhin weist der Medienerlass aus dem Jahr 2011 aus, dass Pressesprecher eine regelmäßige Fortbildung erfahren sollten.³¹⁴ Abschließend muss hierzu festgehalten werden, dass die Teilnahme an derartigen Fortbildungsmaßnahmen auf freiwilliger Basis beruht. Das Absolvieren der Schulungen ist keine zwingende Voraussetzung, um als polizeilicher Pressesprecher zu arbeiten. Zudem finden sich diese Inhalte bislang nicht im Ausbildungsplan für Bachelorstudenten (der Fachhochschulen), die auf den Polizeidienst vorbereitet werden.³¹⁵

4.2.3 Schriftliche und mündliche Presseverlautbarungen

Schriftliche Pressemeldungen der Polizei sind die geläufigste Form der Information an die Medien.³¹⁶ Sie bietet sich an, da die Fakten tagesaktuell übermittelt werden und alle Redaktionen dieselben Informationen erhalten

³¹⁰ Vgl. ebd. S. 61/62.

³¹¹ Vgl. Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW). 2015. S. 69/70.

³¹² Vgl. Englert. 2012. S. 48/49.

³¹³ Vgl. ebd. S. 52.

³¹⁴ Vgl. MIK NRW. 2011. S. 3.

³¹⁵ Vgl. Englert. 2012. S. 52.

³¹⁶ Vgl. Beele/Schabacker. 2012 S. 84.

können. Bei dieser Vorgehensweise handelt es sich um proaktive Pressearbeit. In Form von täglichen Lagemeldungen und sogenannten Kriminalwachenberichten³¹⁷ zum Einsatzgeschehen erhalten Pressestellen der Polizei NRW regelmäßig Informationen zu aktuellen Delikten und Ereignissen der Behörde.³¹⁸ Der jeweilige Pressesprecher entscheidet anhand der ihm bekannt gewordenen Sachverhalte, die sich im Zuständigkeitsbereich der Behörde zugetragen haben, welche zu polizeilichen Meldungen verarbeitet werden.³¹⁹ Die hierbei zu berücksichtigen Kriterien beziehen sich im Wesentlichen auf die Aktualität der Sachverhalte. Zudem werden Massendelikte ohne Besonderheit und Verkehrsunfälle ohne Straftat oder mit geringem Schaden in der Regel nicht veröffentlicht. Ebenso verhält es sich mit Straftaten, die keinen Fahndungsansatz bieten. Insbesondere in solchen Fällen, in denen der Grundsachverhalt noch unbekannt ist, wird auf eine Berichterstattung durch die Polizei (zunächst) verzichtet.³²⁰ Bei diesen Entscheidungen ist es insgesamt wichtig, „der Öffentlichkeit ein glaubwürdiges Bild der Institution der Polizei (...) zu vermitteln.“³²¹ An dieser Stelle schließt sich die Frage an, was mit der Formulierung „glaubwürdiges Bild“ oder „objektives Bild“ gemeint ist. Zum einen sollte hierbei ein angemessener „Themenmix“³²² berücksichtigt werden. Zum anderen könnte sich die Glaubwürdigkeit am statistisch erfassten Kriminalitätsgeschehen orientieren. Hier müsste jedoch durch die Polizei das sogenannte Dunkelfeld berücksichtigt werden. Fraglich ist, ob die Polizei in der Lage ist, der Öffentlichkeit ein objektives Bild (ihrer Arbeit) zu vermitteln. Die Pressemeldungen der Polizei basieren nicht zuletzt auf Berichten und Schilderungen der eingesetzten Mitarbeiter. Diese werden zumindest in Teilen durch Einstellungen, eigene Wahrnehmung, etc. geprägt. Vor dem Hintergrund dieser bereits thematisierten, grundsätzlichen Problemstellung, ob es aus soziologischer Sicht überhaupt eine objektive Schilderung geben kann, ist auch die Zielsetzung der Polizei kritisch zu betrachten. Dieser Diskurs ist bereits im Kapitel „Lokaljournalismus im Bereich der Printme-

³¹⁷ Vgl. ebd. S. 106/107.

³¹⁸ Vgl. ebd. S. 106/107.

³¹⁹ Vgl. ebd. S. 81

³²⁰ Vgl. ebd. S. 108/109.

³²¹ Ebd. S. 81.

³²² Ebd.

dien“ aufgegriffen worden und zeigt Parallelen zwischen der Arbeit im Bereich des Lokaljournalismus und der Polizei.

Neben den schriftlichen Pressemitteilungen geben polizeiliche Pressesprecher auch mündlich Auskunft zu angefragten Sachverhalten (reaktive Pressarbeit). Der rechtliche Anspruch der Journalisten ergibt sich aus § 4 des Landespressegesetzes NRW. Den Medien wird ein einklagbares Anrecht auf Informationen eingeräumt.³²³ Hier ist auch geregelt, dass die Polizeibehörde unter gewissen Voraussetzungen Auskünfte verweigern kann. Ein Anspruch auf Auskunft besteht nicht, wenn beispielsweise Gründe der Geheimhaltung oder Persönlichkeitsrechte höherwertig zu betrachten sind. Des Weiteren darf durch die Information der Presse die Durchführung eines laufenden Verfahrens nicht gefährdet werden.³²⁴ Der Anspruch der Pressevertreter auf bestimmte Auskünfte ist nicht an die Bürodienstzeiten der Pressestelle geknüpft. Grundsätzlich gilt, dass die Polizei sich so organisieren muss, dass sie zu jeder Zeit Anfragen beantworten kann.³²⁵ Die mündliche Form der Kommunikation birgt die Gefahr, dass Aussagen anderslautend wiedergegeben oder falsch verstanden werden (Stille-Post-Effekt).³²⁶ Bei Pressemeldungen, die die Polizei herausgibt, handelt es sich um amtliche Mitteilungen. Für den wahrheitsgemäßen Inhalt ist die Behörde rechtlich verantwortlich. Aus diesem Grundsatz folgt daher eine strikte Vorgehensweise der polizeilichen Pressesprecher. Sie geben Informationen erst dann heraus, wenn sie gesichert sind. Hierdurch kann es zu Differenzen mit anfragenden Journalisten kommen, die gerade bei herausragenden Ereignissen frühzeitig berichten möchten und bestimmte Nachrichten von der Polizei bestätigt haben wollen, zu einem Zeitpunkt, bei dem die Einsatzlage noch unklar ist.³²⁷

4.3 Verhältnis zwischen Polizei und Medien

Eine vertrauensvolle Kommunikation zwischen Pressesprechern und Journalisten fördert die Zusammenarbeit und kann für beide Seiten Vorteile mit sich bringen.³²⁸ Polizeiliche Pressestellen nutzen Medien verstärkt unter strategi-

³²³ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 52.

³²⁴ Vgl. ebd. S. 52.

³²⁵ Vgl. ebd. S. 52.

³²⁶ Vgl. ebd. S. 83/84.

³²⁷ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 66/67.

³²⁸ Vgl. Böhm. 2012. S. 45.

schen Gesichtspunkten. Lokaljournalisten kommt eine unterstützende Funktion bei der Vermittlung polizeilicher Präventionsthemen zu.³²⁹ Gelegentlich stört das hohe Medieninteresse die Arbeit der (Kriminal-)Polizei. Medienvertreter werden regelmäßig mit aktuellen Informationen versorgt und entwickeln Verständnis für das polizeiliche Vorgehen, insbesondere bei solchen Ereignissen, die zu publizistischen Krisen führen können.³³⁰ Polizeipressesprecher sind ein bedeutender Gatekeeper für Journalisten. Mit dem Begriff Gatekeeper (Schleusenwärter/Torwächter) wird im Zusammenhang mit Medien ein Kommunikator bezeichnet, der Nachrichten verbreitet und selektiert und durch diese Funktion eine hohe Bedeutung für Journalisten hat.³³¹ Polizeibehörden produzieren Nachrichten, die für die Presse eine enorme Bedeutung haben. Allerdings verfügen (aus Sicht der Journalisten) nicht alle polizeiliche Pressemeldungen über den gleichen Nachrichtenwert. Meldungen, denen spektakuläre Ereignisse zugrunde liegen und insbesondere Gewaltdelikte und Taten mit hohem Schaden wecken generell das Interesse der Massenmedien.³³² Diese Gesamtentwicklung zeigt, in welcher Wechselwirkung beide zueinander stehen.³³³ Die Beziehung zwischen Polizei und Medien hat in den letzten Jahren eine bedeutende Veränderung erfahren. Insgesamt ist das Verhältnis transparenter geworden.³³⁴

Im Rahmen einer Untersuchung aus dem Jahr 2007³³⁵, bei der mehr als 3.000 Mitarbeiter von Pressestellen in Kommunen, Unternehmen, Verbänden, Vereinen, etc. in NRW sowie mehr als 1.000 Journalisten befragt wurden stand die Frage nach der Informationsvermittlung im Fokus. Das Ziel der Pilotbefragung war die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Pressestellen und Redaktionen. Hierbei stellte sich heraus, dass die befragten Journalisten jeweils im Durchschnitt ca. 100 Presseinformationen täglich erreichen, 80 davon per E-Mail.³³⁶ Per Fax erhalten die Redaktionen im Durchschnitt elf Presseinformationen. Zudem nutzen Pressestellen in Teilbereichen die Briefpost zur Informationsübermittlung. Im Schnitt sind es neun Briefe

³²⁹ Vgl. Kersten. 2009. S. 302.

³³⁰ Vgl. Böhm. 2012. S. 45.

³³¹ Vgl. Wolff. 2006. S. 60.

³³² Vgl. Reuband. 2000. S. 52.

³³³ Vgl. Kersten. 2009. S. 302.

³³⁴ Vgl. ebd.

³³⁵ Vgl. Journalistenzentrum Wirtschaft und Verwaltung. 2008. S. 1-21. (Aufruf: 06.12.2015).

³³⁶ Vgl. ebd. S. 17.

dieser Art pro Tag.³³⁷ Die Befragten gaben an, dass circa acht von 100 Nachrichten für die tägliche Arbeit übernommen werden (Blatt oder Sendeprogramm).³³⁸ Hieran zeigt sich, dass Redaktionen täglich aus einer Vielzahl von Informationen auswählen (können). Zu den Merkmalen von Pressemitteilungen, die Journalisten sich wünschen, gehören beispielsweise Kontaktdaten von Ansprechpartnern (in Pressestellen) sowie weitere Informationen zum Thema der Nachricht (beispielsweise über einen beigefügten Link).³³⁹ Fast die Hälfte der Befragten wünscht sich per E-Mail mitgesandtes Bildmaterial. Sofern die Redaktionen Nachrichten über einen Informationsdienst erhalten, bevorzugen mehr als 40% der Befragten einzelne Meldungen mit aussagekräftigen Überschriften. 38,5% der Teilnehmer präferieren jedoch einen Informationsdienst, durch den sie alle Meldungen in einer einzigen E-Mail erhalten.³⁴⁰

Im Medienerlass³⁴¹ aus dem Jahr 2011 wird unter dem Punkt Kontaktpflege erläutert, dass polizeiliche Pressesprecher einen engen Kontakt zu Journalisten zu halten haben. Darüber hinaus würden gegenseitige Besuche das Verständnis für Arbeitsweisen und -abläufe stärken. Hier zeigt sich ein Spannungsfeld, in dem sich beide Seiten befinden. Wenn Pressevertreter ihre Rolle als verfassungsmäßige Kontrollfunktion gegenüber dem Staat wahrnehmen, sind Konflikte gerade in solchen Fällen zu erwarten, wenn es um Fehlverhalten von Polizeibeamten oder Missstände in Behörden geht.³⁴²

Auch die allgemeinen, bereits dargestellten Entwicklungen, die in den letzten Jahrzehnten im Bereich der polizeilichen Pressearbeit und des Lokaljournalismus zu beobachten waren, haben auf das Verhältnis von Polizei und Medien Einfluss genommen.³⁴³ Durch die Zunahme von (freien) Journalisten, die insbesondere bei der online-Berichterstattung festzustellen ist, ist der Personenkreis, mit dem polizeiliche Pressesprecher tagtäglich zu tun haben, ebenfalls größer geworden. Vormalig bestand regelmäßig ein persönlicher Kontakt zwischen Pressesprechern und (lokalen) Redakteuren, der zu einem

³³⁷ Vgl. ebd. S. 18.

³³⁸ Vgl. ebd. S. 18.

³³⁹ Vgl. ebd. S. 21.

³⁴⁰ Vgl. ebd. S. 21.

³⁴¹ Vgl. MIK NRW. 2011. S. 9.

³⁴² Vgl. Beele/Schabacker. S. 91.

³⁴³ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 90.

Grundverständnis für die Belange und Interessen des jeweils anderen geführt haben dürfte. Zudem waren rechtliche Aspekte der polizeilichen Pressearbeit sowie Vorgehensweisen bei polizeilichen Ermittlungen grundsätzlich bekannt. Die Polizei beklagt einen Rückgang der sogenannten klassischen Blaulichtreporter³⁴⁴, die über fundiertes Wissen der Polizeiarbeit verfügen. Vielmehr würden inzwischen Journalisten um Auskünfte bitten, die aufgrund von fehlendem Vorwissen überzogene Erwartungen an die Pressearbeit der Polizei stellen.³⁴⁵ Journalisten hingegen sehen ein Konfliktpotential in dem Umstand, dass Polizeibehörden nicht schnell genug und vor allem weder sachgerecht noch umfassend berichten würden. Polizeibehörden gelten als unkooperativ, wenn sie nur eingeschränkt Auskunft geben oder sogar Absagen bei Medienanfragen erteilen.³⁴⁶ Zu berücksichtigen ist hierbei, dass aus dem LPG NRW kein Anrecht der Medien auf proaktive Pressearbeit der Polizei resultiert.³⁴⁷ Der rechtliche Anspruch bezieht sich ausschließlich auf konkrete Anfragen der Journalisten, bei denen die Polizei unter bestimmten Voraussetzungen zur Auskunft verpflichtet ist³⁴⁸ (siehe Unterkapitel 4.2.3).

Ein Artikel der Westdeutschen Zeitung, der am 14.01.2016 unter dem Titel „Was die Polizei in NRW verschweigt“³⁴⁹ erschienen ist, stellt dar, welche Informationen Journalisten in NRW von Polizeibehörden nicht oder erst auf konkrete Nachfrage erhalten. Der Beitrag zielt stark auf die Nichtnennung der Nationalität von Tatverdächtigen ab, greift jedoch auch den Aspekt der Medienrealität auf. Der Journalist stellt dar, dass Polizeipressesprecher täglich aus einer Vielzahl von Straftaten solche Ereignisse auswählen, die sie für berichtenswert halten und die Polizei somit die gesellschaftliche Wahrnehmung des Kriminalitätsgeschehens beeinflusst.

Betrachtet man polizeiliche Pressemeldungen als Wirtschaftsgut, so ist grundsätzlich von einer ausgeprägten Abhängigkeit der Journalisten von den polizeilichen Meldungen im Bereich der Kriminalitätsberichterstattung auszu-

³⁴⁴ Der Begriff des Blaulichtreporters bezieht sich auf solche Journalisten, die überwiegend über Einsätze von Polizei und Feuerwehr berichtet sowie häufig vor Ort Aufnahmen von derartigen Ereignissen erstellen und vervielfältigen.

³⁴⁵ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 90.

³⁴⁶ Vgl. ebd. S. 92.

³⁴⁷ Vgl. ebd. S. 52.

³⁴⁸ Vgl. ebd.

³⁴⁹ Vgl. Westdeutsche Zeitung. Tückmantel, Ulli. Ausgabe vom 14.01.2016. S. 4.

gehen.³⁵⁰ Meldungen der Polizei sind dabei für Medienvertreter rund um die Uhr und ohne eigene Recherche verfügbar.³⁵¹ Sie sind zitierfähig und halten ein möglicherweise zu erwartendes Klagerisiko von Betroffenen gering, da es sich bei Auskünften der Polizeibehörden um amtliche Mitteilungen handelt, deren Inhalt wahr sein muss. Zudem gehen aus diesen Meldungen Ansprechpartner hervor, die für weitere Auskünfte und Nachfragen zur Verfügung stehen. Da es sich zum Teil um Schilderungen außergewöhnlicher Lebenssachverhalte oder Ereignisse handelt, dürften polizeiliche Meldungen stets von großem Interesse (für die Medien und die Gesellschaft).³⁵² sein. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen insbesondere Zeitungsredaktionen aus Kostengründen zusammengelegt werden, gelten die unentgeltlich zur Verfügung gestellten Meldungen der Polizeibehörden in NRW als weiterer Grund für das hohe Interesse an Polizeithemen.³⁵³

Die vorliegende Studie thematisiert ausschließlich die Pressearbeit der Landespolizei. Zwar ist die Bundespolizei in Deutschland und somit auch in NRW mit Sicherheitsaufgaben betraut, diese sind jedoch insbesondere grenz- und bahnpolizeilicher sowie flughafenpolizeilicher Natur.³⁵⁴ Aus dem Bundespolizeigesetz (BPolG) ergibt sich, dass zu ihren Aufgaben maßgeblich der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebietes gehört. Dieser erstreckt sich auch auf Einreisekontrollen an Flug- und Grenzbahnhöfen. Den Kriminalitätsbekämpfungsinspektionen der Bundespolizei obliegt die Verantwortung für Ermittlungsverfahren mit überregionaler Bedeutung.³⁵⁵ Die Studie beschäftigt sich mit Kriminalitätsberichterstattung im lokalen Raum. Auf eine Auswertung möglicher Pressemeldungen der Bundespolizei wurde verzichtet, weil sich der Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei nicht auf regionale Kriminalität erstreckt. Für diese Straftaten, die nicht im Zusammenhang mit Bahnhöfen und Flughäfen stehen, ist die Landespolizei zuständig.

³⁵⁰ Vgl. Schönhagen/Brosius. 2004. S. 257.

³⁵¹ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 102.

³⁵² Vgl. ebd. S. 102.

³⁵³ Vgl. ebd. S. 102.

³⁵⁴ Vgl. Wagner. 2009. S. 98/99.

³⁵⁵ Vgl. ebd. S. 97.

4.4 Forschungsfragen

Anhand der einleitenden Erkenntnisse und der Darstellung einer Argumentation, weshalb sich die geplante Arbeit bewusst auf den Bereich der lokalen Printmedien bezieht, werden Forschungsfragen gebildet und erläutert.

- Wie stellt sich die Kriminalitätsberichterstattung in den Lokalzeitungen in NRW dar?
- Wie stellt sich die Kriminalitätsberichterstattung im Zusammenhang mit polizeilichen Zielen (Fahndungs-, Präventions- oder Erfolgsmeldung) dar?
- Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Kriminalitätsslage (gemäß PKS) und polizeilichen Pressemeldungen?
- Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den polizeilichen Pressemeldungen und der lokalen Berichterstattung über Kriminalität und Verkehrsunfallgeschehen?
- Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Kriminalitätsslage (gemäß PKS) und der lokalen Berichterstattung über Kriminalität und Verkehrsunfallgeschehen?
- Gibt es zwischen den lokalen Abonnementzeitungen und Boulevardmedien Unterschiede in der Kriminalitätsberichterstattung?
- Gibt es zwischen zwei Behörden mit unterschiedlichen Organisationsformen (Landratsbehörde als Kreispolizei und Polizeipräsidium) Unterschiede in der polizeilichen Pressearbeit?

5 Methodik

5.1 Quantitative Inhaltsanalyse zur Kriminalitätsberichterstattung

Die quantitative Inhaltsanalyse ist elementarer Bestandteil der vorliegenden Arbeit. Hierbei handelt es sich um „eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher (...) Merkmale von Mitteilungen“.³⁵⁶ Eine systematische Beschreibung ist dann gegeben, wenn eine strukturierte Herangehensweise beim Umsetzen der Forschungsfrage in eine Strategie sichergestellt ist. Ein weiteres Element ist die

³⁵⁶ Früh. 2007. S. 27.

konsequente und durchgängige Anwendung auf das Forschungsmaterial. Hierzu gehören zunächst die Entscheidung, welches Untersuchungsmaterial zugrunde gelegt wird und das Erstellen von empirisch prüfbar Hypothesen sowie ein dazugehöriges Kategoriensystem mit Definitionen. Des Weiteren muss die Prüfung von Objektivität, Validität und Reliabilität erfolgen. Ein entscheidendes Kriterium der Inhaltsanalyse ist die intersubjektive Nachvollziehbarkeit, die sich maßgeblich an die Transparenz der Untersuchung richtet. Die Daten müssen reproduzierbar, kommunizierbar und kritisierbar sein. Eine Annäherung an Art und Umfang polizeilicher Berichterstattung sowie mögliche thematische Schwerpunktsetzungen in regionalen Zeitungen könnte als Alternative zur quantitativen Inhaltsanalyse beispielsweise durch Interviews von Lokalredakteuren und Polizeipressesprechern erfolgen. Die Daten würden im „Prozess der mündlichen Kommunikation erhoben werden“.³⁵⁷ Bei dieser „reaktiven Erhebungsmethode“³⁵⁸ sind jedoch einige Fehlerquellen dokumentiert. Zum einen kann der Interviewer selbst (bewusst und unbewusst) Einfluss auf das Ergebnis nehmen. In Betracht kommen hier suggestive Fragestellungen oder auch das Erscheinungsbild sowie Kleidung, Geschlecht, Alter, etc.³⁵⁹ Die Interviewsituation (Anwesenheit Dritter, Zeitdruck, etc.) kann ebenfalls ein Faktor sein, der das Aussageverhalten verändert.³⁶⁰ Die Anwendung quantitativer und qualitativer Methoden kann zu einem Erkenntniszuwachs führen, wenn die Durchführung im Sinne einer Triangulation erfolgt. Triangulation „bezeichnet die Einbeziehung unterschiedlicher Datenquellen“³⁶¹, so dass sich durch das Zusammenwirken der verschiedenen Methoden ein Gesamtbild ergibt, das die Forschungshypothesen aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Somit werden auf unterschiedlichen Ebenen Daten gewonnen, was einen Erkenntniszuwachs bedeuten kann. Die vorliegende Arbeit legt bewusst einen Schwerpunkt auf die quantitative Inhaltsanalyse. Eine Durchführung beider Forschungsmethoden ist im Rahmen dieser Arbeit (aufgrund des großen Umfangs) nicht zu leisten.

Anhand des nicht-reaktiven Datenmaterials (Pressemeldungen und Zeitungsartikel), das durch eine formal-deskriptive Analyse ausgewertet wird,

³⁵⁷ Misoch. 2015. S. 13.

³⁵⁸ Diekmann. 2014. S. 434.

³⁵⁹ Vgl. Diekmann. 2014. S. 466.

³⁶⁰ Vgl. ebd. S. 466/467.

³⁶¹ Flick. 2008. S. 13.

erfolgt eine Untersuchung ohne Wertung, so dass Objektivität und Aussagekraft gegeben sind und sich somit von einer intuitiv-subjektiven Textinterpretation unterscheidet.³⁶² Reliabilität bezieht sich auf die Reproduzierbarkeit von Messergebnissen.³⁶³ Das zugrundeliegende unveränderliche Datenmaterial ermöglicht ein hohes Maß an Reliabilität. Im Rahmen der quantitativen Inhaltsanalyse werden polizeiliche Presseerklärungen und die jeweiligen Lokalausgaben der Regionalzeitungen ausgewertet. Um eine valide Datenbasis zu erlangen, muss ein Zeitraum gewählt werden, der eine Auswertung und Hypothesenüberprüfung zulässt.

An eine sogenannte Input-Output-Analyse (oder auch einen Intra-Extra-Media-Vergleich), die/der auch im Rahmen dieser Arbeit Anwendung findet, sind einige grundlegende Anforderungen geknüpft. Im Rahmen der Darstellung des Kommunikativen Konstruktivismus ist bereits auf den Diskurs im Zusammenhang mit den Begriffen Realität und Wirklichkeit eingegangen worden. Grundsätzlich ist daraus abzuleiten, dass Ergebnisse von Input-Output-Analysen keinen Mehrwert enthalten, da es sich lediglich um Wirklichkeitskonstrukte handelt. Vertreter des Realismus halten dieser Auffassung entgegen, dass zwar ein direkter Vergleich von Realität und Darstellung nicht möglich sei, daraus könne sich jedoch nicht ableiten lassen, dass sich Statistiken und Inhaltsanalysen nicht sinnvoll miteinander in Verbindung bringen ließen.³⁶⁴ Zu berücksichtigen sei bei dieser Vorgehensweise lediglich, dass nicht die vollständige Realität abgebildet werden kann. „In der Praxis kommt es darauf an, dass die Wirklichkeitskonstrukte als plausibel anerkannt werden und als Handlungsbasis taugen.“³⁶⁵ Die Zulässigkeit derartiger Studien hängt stark von der Ausgangsfrage ab. Zudem müssten zunächst Ereignistypen herausgearbeitet werden, die klar definiert sind und denen Einzelereignisse zugeteilt werden können.³⁶⁶ Demzufolge muss eine verbindliche Abgrenzung zwischen einzelnen Ereignissen möglich sein.³⁶⁷ Elementar ist hierbei, dass die Definition der Ereignisse einfach und eindeutig ist.³⁶⁸ Die

³⁶² Vgl. Früh. 2007. S. 37/38.

³⁶³ Vgl. Diekmann. 2014. S. 250.

³⁶⁴ Vgl. Best. 2000. S. 53.

³⁶⁵ Ebd.

³⁶⁶ Vgl. Best. 2000. S. 54.

³⁶⁷ Vgl. ebd.

³⁶⁸ Vgl. Schönhagen/Brosius. 2004. S. 261.

Zuordnung der Ereignisse erfolgt in dieser Studie anhand der Definitionen, die die PKS und das StGB vorgeben. Das Kategoriensystem der vorliegenden Studie hat das Ziel, eine Klassifikation der Daten vornehmen zu können.³⁶⁹

Die betrachteten Geschehnisse müssen in einer gewissen Regelmäßigkeit und Häufigkeit auftreten sowie einen bestimmten Nachrichtenwert überschreiten, um in einem festgelegten (und somit begrenzten) Zeitraum überhaupt untersucht werden zu können.³⁷⁰ Um die Validität zu gewährleisten, muss demzufolge eine ausreichende Anzahl von Artikeln ausgewertet werden.³⁷¹ Die vorliegende Analyse erstreckt sich über einen Zeitraum von sechs Wochen, in dem mehr als 600 Pressemeldungen untersucht wurden. Des Weiteren spielt die Intensität der Nachricht eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die Selektionskriterien von Journalisten. Ein Verkehrsunfall (VU) mit fünf Toten besitzt in der Regel eine stärkere Intensität als fünf Verkehrsunfälle mit je einem Toten, ebenso verhält es sich bei der Höhe des Sachschadens.³⁷² Die vorliegende Untersuchung orientiert sich ausschließlich an der Quantität der Berichterstattung. Die Grundlage bilden die polizeilichen Pressemeldungen. Grundsätzlich könnten Agenturmeldungen als Datenmaterial für eine Intra-Extra-Media-Analyse genutzt werden, wenn überprüft werden soll, welche Themenschwerpunkte Medienvertreter setzen bzw. welchen Nachrichtenselektoren sie folgen. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass sich Agenturen an den Bedürfnissen der Journalisten orientieren, so dass bereits eine Vorselektion stattfindet.³⁷³ Daher sollte eher medienunabhängiges Material genutzt werden, wie es zum Beispiel in Statistiken vorhanden ist. Für die vorliegende Studie ist von der reinen Nutzung der PKS abgesehen worden, da Redakteure im Tagesgeschäft keinen Zugriff auf diese Datenbasis haben, sich demzufolge ihre tagesaktuellen Nachrichten nicht aus dieser Quelle generieren können. Zwischen den PKS-Daten und der Veröffentlichung von Zeitungsartikeln ist die polizeiliche Pressearbeit anzusiedeln, die hier (neben der PKS) die Datenbasis bildet.

³⁶⁹ Vgl. Diekmann. 2014. S. 593.

³⁷⁰ Vgl. Best. 2000. S.54/55.

³⁷¹ Vgl. ebd. S. 57.

³⁷² Vgl. ebd. S. 55.

³⁷³ Vgl. ebd. S. 52.

Schließlich hängt die Aussagekraft der hervorgebrachten Ergebnisse maßgeblich von der Güte der Messung ab. Hierbei steht die Frage im Fokus, ob der Forscher mit seinem methodischen Vorgehen das misst und darstellen kann, was er messen will.³⁷⁴ Für die Analyse der Kriminalitätsberichterstattung werden daher in dieser Untersuchung Daten zugrunde gelegt, die sich konkret auf Publikationen von Delinquenz beziehen. Im Blickpunkt steht hierbei auch die Arbeit der jeweiligen Codierer einer Studie. Das Rohmaterial dieser Studie wurde ausschließlich durch die Verfasserin selbst untersucht und anhand der Kodierregeln umgesetzt.

5.1.1 Konkrete Umsetzung der Methodik

NRW gliedert sich in 47 Kreispolizeibehörden (KPB) auf, die entweder als Präsidien oder Landratsbehörden organisiert sind.³⁷⁵ Eine Auswertung aller polizeilichen Pressemeldungen kann im Rahmen dieser Studie aufgrund des Umfangs nicht umgesetzt werden. Daher werden jeweils die Daten eines Polizeipräsidiums und einer Landratsbehörde zugrunde gelegt, die im Hinblick auf Struktur, Geographie, etc. die Stichprobe für NRW bilden. Entscheidungsgrundlage für die Auswahl war, dass nicht solche Behörden ausgewählt werden, die die Extreme bilden. Als Grundlage der Stichprobe wurden folgende Parameter³⁷⁶ berücksichtigt:

- Anzahl der Einwohner im Zuständigkeitsbereich der Polizeibehörde
- Fläche in qkm der jeweiligen Polizeibehörde bzw. Kommune
- Anzahl der registrierten Straftaten (im Jahr 2014)
- Anzahl der gemeldeten Verkehrsunfälle (im Jahr 2014).

Für die Untersuchung wurden im Zeitraum von Samstag, 01.08.2015 bis Freitag, 11.09.2015 alle veröffentlichten Presseerklärungen des Polizeipräsidiums Essen/Mülheim an der Ruhr³⁷⁷ und der Landratsbehörde Kreis Mett-

³⁷⁴ Vgl. Früh. 2007. S. 120.

³⁷⁵ Vgl. MIK NRW. 2015. S. 51.

³⁷⁶ Eine Übersicht mit den Grunddaten der beiden Kreispolizeibehörden findet sich in der Anlage A.

³⁷⁷ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden der Oberbegriff Polizeipräsidium Essen oder Polizei Essen verwendet. Bei dieser Wortwahl sind sodann immer beide Städte (Essen und Mülheim an der Ruhr) gemeint.

mann im Rahmen einer Vollerhebung ausgewertet.³⁷⁸ Meldungen der Polizei, die möglicherweise auf anderen Wegen an Journalisten übermittelt wurden (z.B. per E-Mail), konnten nicht in die Daten einfließen, da hierauf kein Zugriff bestand.

Die Pressestellen der KPB stellen ihre Dienststellen auf den jeweiligen Internetseiten vor. Demnach ergibt sich folgendes Bild für die Pressestelle der Polizei Essen.³⁷⁹ Die Behörde unterscheidet zwischen Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit. Für die Pressearbeit stehen insgesamt fünf Mitarbeiter sowie ein Leiter zur Verfügung. Die Pressestelle ist werktags in der Zeit von 7 bis 19 Uhr und am Sonntagvormittag besetzt. Außerhalb der Bürodienstzeit sollen Journalisten ihre Anfragen an die Einsatzleitstelle richten. Zu den Aufgaben der Pressestelle gehören das Fertigen von Presseberichten sowie die Beantwortung von Medienanfragen. Sie „(...) stehen Journalisten für Interviews zur Verfügung und organisieren Pressekonferenzen. Bei besonderen Einsatzlagen, wie zum Beispiel bei problematischen Demonstrationen, Aufsehen erregenden Kriminalfällen oder großen Schadensereignissen richten sie am Einsatzort eine mobile Pressestelle ein, um die Medien mit aktuellen Informationen zu versorgen.“³⁸⁰ Für das Arbeitsfeld der Öffentlichkeitsarbeit³⁸¹ sind ebenfalls fünf Mitarbeiter zuständig. Der Leiter der Pressestelle ist zugleich Leiter der Öffentlichkeitsarbeit. Diese „(...) umfasst die innerbetriebliche und nach außen gerichtete Darstellung polizeilichen Engagements, soweit es sich nicht um Pressearbeit handelt.“³⁸² Zudem ist diese Dienststelle für das behördeninterne Intranet- sowie den Internetauftritt der Behörde verantwortlich. Die Polizei Essen verfügt außerdem über einen eigenen Facebook-Auftritt.³⁸³

Für den Kreis Mettmann gibt es eine Dienststelle der Polizei, die zugleich für die Presse- sowie für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist.³⁸⁴ Insgesamt verfügt diese Dienststelle über fünf Pressesprecher sowie einen Leiter. Zwei der

³⁷⁸ Die Polizeibehörden in NRW veröffentlichen ihre täglichen Meldungen über die Internetseite <http://www.presseportal.de/blaulicht/> (Aufruf: 30.09.2015).

³⁷⁹ Vgl. Polizeipräsidium Essen. Pressestelle. (Aufruf: 06.12.2015).

³⁸⁰ Ebd. (Aufruf: 06.12.2015).

³⁸¹ Polizeipräsidium Essen. Öffentlichkeitsarbeit. (Aufruf: 06.12.2015).

³⁸² Vgl. ebd. (Aufruf: 06.12.2015).

³⁸³ Polizeipräsidium Essen. Facebookseite. (Aufruf: 06.12.2015).

³⁸⁴ Kreispolizeibehörde Mettmann. Pressestelle. (Aufruf: 06.12.2015).

Pressesprecher übernehmen zugleich Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit.³⁸⁵ Von montags bis donnerstags, in der Zeit von 7 bis 16 Uhr sowie am Freitag, von 7 bis 14:30 Uhr stehen die Pressesprecher den Journalisten zur Verfügung. Die Dienststelle ist unmittelbar dem Landrat (als Leiter der Kreispolizeibehörde) unterstellt. Außerhalb der o.g. Zeiten übernimmt die Leitstelle der Polizei Mettmann die Pressearbeit. Das im Internet dargestellte Aufgabengebiet der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist vergleichbar mit den Angaben der Polizei Essen. Ein Facebook-Auftritt der Polizei Mettmann konnte im Internet nicht gefunden werden.

Aus dem Zuständigkeitsbereich der beiden Behörden ergeben sich sechs Tageszeitungen (mit insgesamt 21 Lokalausgaben), die zum Einzugsgebiet gehören.³⁸⁶ Für die Dauer der Auswertung wurden die inhaltsgleichen E-Paper-Versionen der jeweiligen Tageszeitungen im Abonnement bezogen. Die analysierten Boulevardmedien wurden in der Printversion erworben und analysiert. Alle Zeitungen wurden (anders als die polizeilichen Pressemitteilungen) im Zeitraum von Montag, 03.08.2015 bis Samstag, 12.09.2015 ausgewertet, da Meldungen der Polizei immer erst am Folgetag in der Zeitung abgedruckt sein können. Die hier zugrunde gelegten Tageszeitungen erscheinen sonntags nicht. Kostenlose Anzeigenblätter³⁸⁷ bleiben in dieser Studie unberücksichtigt, da ihr Schwerpunkt im Bereich der lokalen Werbung liegt und die Qualität der lokalen Berichterstattung fragwürdig ist.³⁸⁸

5.1.2 Kategorienbildung

Im Rahmen einer Input/Outputanalyse ist zunächst ein quantitativer Abgleich zwischen polizeilichen Pressemeldungen und der jeweiligen Berichterstattung in den lokalen Printmedien³⁸⁹ erfolgt. Hierzu war zunächst eine Katego-

³⁸⁵ Kreispolizeibehörde Mettmann. Öffentlichkeitsarbeit. (Aufruf: 06.12.2015).

³⁸⁶ Eine Übersicht zu den Zeitungen und Lokalteilen findet sich in der Anlage B.

³⁸⁷ Anzeigenblätter sind nach der Definition des Bundesverbands Deutscher Anzeigenblätter (BDVA) Presseprodukte, die kostenlos mindestens einmal wöchentlich an die Haushalte eines festumrissenen Gebietes nahezu flächendeckend verteilt werden.

³⁸⁸ Vgl. Chmielewski. 2011. S. 22.

³⁸⁹ Es handelt sich um einen Sammelbegriff für alle auf Papier gedruckten Medien. Meist werden Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und sonstige Druckerzeugnisse (z.B. Kataloge, Prospekte und Anzeigenblätter) unterschieden. Der Begriff *lokale Printmedien* bezieht sich im Folgenden ausschließlich auf die hier untersuchten regionalen Tageszeitungen BILD-Zeitung Düsseldorf/Ruhrgebiet, Express Düsseldorf, Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung (NRZ), Rheinische Post (RP), Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) und Westdeutsche Zeitung (WZ).

rienbildung erforderlich, die das gesamte polizeiliche Einsatzgeschehen³⁹⁰ abdeckt. Eine erste Einteilung unterscheidet zwischen

- Kriminalitätsgeschehen
- Ereignissen im Straßenverkehr
- sonstigen polizeilichen Einsatzanlässen

Im Rahmen der Auswertung wird das Verhältnis der Bereiche Kriminalität/Straßenverkehr/sonstige Einsätze betrachtet. Es schließt sich sodann eine tiefergehende Betrachtung der Darstellung von Straftaten an.

Der Oberbegriff Kriminalität wurde weiter untergliedert. Wie bereits bei der Darstellung des aktuellen Forschungsstandes erläutert, hat sich bei verschiedenen Studien herausgestellt, dass in polizeilichen Pressemeldungen und regionalen Tageszeitungen insbesondere über Gewalt- und Eigentums-kriminalität berichtet wird. Daher wurde der Fokus auf diese Kategorien gelegt. Im weiteren Verlauf der Studie wurden Daten der PKS mit polizeilichen Pressemeldungen abgeglichen. Der Gewaltbegriff ist hierbei analog zur PKS definiert worden. Daher sind einige Delikte, bei denen es zur Anwendung von physischer und psychischer Gewalt oder Drohung mit solcher kommt (z.B. einfache und fahrlässige Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung und bestimmte Delikte des Sexualstrafrechts) nicht dem Begriff der Gewaltkriminalität³⁹¹ zuzuordnen. Sachbeschädigungs- oder Brandstiftungsdelikte, bei denen Gewaltanwendung gegen Sachen stattfindet, werden ebenfalls nicht in dieser Kategorie berücksichtigt. Der Gewaltbegriff (im Sinne der PKS) stellt somit stark auf schwerwiegende Gewalttaten ab. Hierdurch wird eine „Ausuferung des Gewaltbegriffs“³⁹² vermieden. Die Bezeichnung Eigentumsdelikte umfasst Straftaten, die im Zusammenhang mit Diebstahlsdelikten stehen. Alle weiteren Straftatbestände, die nicht unter die ersten beiden Kategorien

³⁹⁰ Der Schwerpunkt der vorliegenden Studie liegt grundsätzlich im Bereich Kriminalitätsberichterstattung. Polizeiliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bezieht sich jedoch nicht ausschließlich auf Kriminalitätsphänomene, sondern gleichfalls auf Verkehrsunfallgeschehen und sonstige Einsatzanlässe (in repressiver und präventiver Hinsicht). Um herausfiltern zu können, inwiefern sich die Themengebiete beeinflussen bzw. verdrängen, mussten die polizeilichen Pressemeldungen und Printmedien auch im Hinblick auf Ereignisse außerhalb des Kriminalitätsgeschehens analysiert werden.

³⁹¹ Eine Auflistung aller umfassten Straftaten zum Kategoriensystem findet sich in der Anlage C.

³⁹² Thier. o.J./o.S.

fallen, werden unter der Bezeichnung sonstige Kriminalität/Handlungen geführt. Die Kategorie Ereignisse im Straßenverkehr wird im Wesentlichen in verschiedene Arten von Verkehrsunfällen unterteilt:

- Verkehrsunfälle mit Sachschaden
- Verkehrsunfälle mit leichtverletzten Personen
- Verkehrsunfälle mit schwerverletzten Personen
- Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang
- Verkehrsunfallfluchten
- Sonstige Ereignisse im Straßenverkehr

In der Kategorie Sonstige polizeiliche Einsatzanlässe wurden alle Pressemitteilungen und Zeitungsartikel erfasst, die schwerpunktmäßig weder in die Kategorie Kriminalitätsgeschehen noch Ereignisse im Straßenverkehr fielen. Im Hinblick auf die Arbeit der polizeilichen Pressesprecher ist auch die Art der polizeilichen Meldung von Bedeutung. Um mögliche Schwerpunkte herausbilden zu können, wurden alle polizeilichen Mitteilungen dahingehend untersucht, ob sie sich eher auf präventive Berichterstattung beziehen oder ob eine Erfolgs- oder Fahndungsmeldung der Polizei zugrunde liegt.

Polizeiliche Pressemeldungen und journalistische Zeitungsartikel können einige Besonderheiten beinhalten, die bei der Auswertung zu berücksichtigen waren. Bei einer stichprobenartigen Überprüfung im Vorfeld der Datenerhebung wurde beispielsweise festgestellt, dass Presseartikel zum Teil mehrere Straftaten zum Inhalt haben, was zur Fragestellung führte, welches Delikt und welche Anzahl in die Erfassung/Kategorisierung einfließen sollte. Zudem wurden nicht immer solche Begriffe benutzt, die eine Zuordnung gemäß Strafgesetzbuch bzw. PKS ermöglicht hätten. Diese Aspekte galt es zu kanalisieren, um anhand des gewählten Kategoriensystems die Beantwortung der Forschungsfragen vornehmen zu können. Um Gegenüberstellung und Vergleichbarkeit zu gewährleisten war hier eine Einheitlichkeit des Systems erforderlich. Hierzu wurden Kodierregeln festgelegt.

5.1.3 Kodierregeln

Priorisierung der Straftatbestände/der Ereignisse im Straßenverkehr:

Aus strafrechtlicher Sicht beinhaltet beispielsweise ein Wohnungseinbruchsdiebstahl in der Regel auch eine Sachbeschädigung³⁹³, die beim hier gewählten Kategoriensystem in die Klassifizierung Sonstige Kriminalität/Handlungen einfließen würde. Der Wohnungseinbruch würde zum Element Eigentums-kriminalität gehören. Die Einordnung in das Kategoriensystem erfolgte anhand des schwersten Deliktes. Bei Ereignissen im Straßenverkehr wurden Verkehrsunfälle mit mehreren Verletzte unterschiedlichen Schweregrades registriert. Zudem liegt bei einem Verkehrsunfall mit Verletzten in der Regel zugleich auch ein Sachschadenunfall vor. Die Einordnung in das Kategoriensystem erfolgte anhand der schwerwiegendsten Unfallfolgen. Zur Kategorie Verkehrsunfallflucht ist ergänzend zu erläutern, dass es sich hierbei um das „unerlaubte Entfernen vom Unfallort“ im Sinne des § 142 StGB und somit um eine Straftat handelt. Demzufolge könnte dieses Delikt grundsätzlich in die Kategorie Kriminalität eingeordnet werden. Die PKS weist dieses Delikt nicht aus.³⁹⁴ Es findet sich jedoch in den Verkehrsunfallstatistiken der Polizeibehörden, so dass es im Sinne einer einheitlichen vergleichenden Auswertung in dieser Studie dem Bereich der Verkehrsunfallgeschehen zugeordnet wird.

Beschreibung von Handlungen bzw. Ereignissen:

Polizeiliche Pressemeldungen und Zeitungsartikel nennen nicht immer explizit Straftatbestände, sondern umschreiben Handlungen. Da durch die Nichtnennung eines Delikts dem Ereignis nicht der eigentliche Kriminalitätscharakter genommen wird, wurden auch solche Meldungen erfasst und gezählt, die kriminelle Handlungen lediglich umschreiben.

Einfach-/Mehrfachzählung von Kriminalität/Ereignissen im Straßenverkehr:

Die Zählweise bei Pressemeldungen, in denen mehrere Delikte und oder mehrere Tatorte genannt sind, galt es ebenfalls im Vorfeld zu klären. Um sta-

³⁹³ Gemeint sind hier Beschädigungen, die in der Regel durch das Aufhebeln von Fenstern und Türen entstehen.

³⁹⁴ BKA. Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik. S. 19. (Aufruf: 25.11.2015).

tistische Verzerrungen zu vermeiden, wurden die Pressemitteilungen im Hinblick auf Delikte sowie Verkehrsunfälle in verschiedenen Kommunen gefiltert. Die Zählweise erfolgte jeweils anhand der Städte, in denen es zu Taten oder Unfällen gekommen war. Eine polizeiliche Meldung zum Thema Wohnungseinbruch oder zum Oberthema Verkehrsunfallflucht mit mehreren Delikten oder Unfällen in verschiedenen Städten (zum Beispiel in Mettmann, Ratingen und Monheim am Rhein) wurde folglich als drei Meldungen gezählt.

Fortlaufende Berichterstattung:

Ein weiteres Problem stellt eine fortlaufende Berichterstattung der Zeitung zu einem Delikt/Verkehrsunfall dar. Da eine wiederkehrende Meldung zu einem bestimmten Delikt/Verkehrsunfall auf die Wahrnehmung der Zeitungskonsumenten Einfluss nehmen kann, wurde auch die fortlaufende Berichterstattung berücksichtigt und erfasst.

Präventivmeldungen in der Berichterstattung:

Der Meldungstext lässt erkennen, dass ausschließlich (technische) Beratungsangebote oder Verhaltenstipps unterbreitet wurden, die sich thematisch entweder auf die Verhinderung von Kriminalität oder Verkehrsunfällen beziehen. Sodann erfolgte eine Erfassung in der Unterkategorie Prävention.

Berichterstattung mit mehreren Kategorien:

Polizeiliche Pressemitteilungen, die sowohl präventive als auch fahndungsrelevante Aspekte beinhalteten, wurden der Kategorie zugeordnet, die schwerpunktmäßig thematisiert wurde.

Erfolgsmeldungen in der Berichterstattung:

Der Begriff Erfolg in polizeilicher Hinsicht ist nicht eindeutig definiert. Zum einen könnte die Polizei erfolgreich sein, wenn möglichst wenige Straftaten begangen werden oder Verkehrsunfälle passieren. Da solche Parameter in dieser Studie nicht messbar sind, zielt Erfolg hier auf die Ermittlung oder Festnahme von Tatverdächtigen ab, nicht auf das Ahnden von Verkehrsverstößen.

Sofern im Rahmen der Auswertung Zeitungsartikel mit einem Polizeibezug festgestellt wurden, die nicht auf Meldungen der Polizeibehörden Essen und Mettmann basieren, erfolgte ebenfalls eine Erfassung nach dem beschriebenen Kategoriensystem und den Kodierregeln. Da es sich um eine Untersuchung im Hinblick auf polizeiliche Pressearbeit handelt, wurden solche Zeitungsartikel einbezogen, die entweder strafrechtlich relevantes Verhalten oder (Verkehrs-)Unfälle zum Gegenstand haben. Die explizite Nennung der Polizei in dem Meldungstext war eine weitere Voraussetzung zur Erfassung. Auf eine Kodiererschulung konnte verzichtet werden, da die Auswertung des Materials ausschließlich durch die Verfasserin durchgeführt worden ist. Somit sind ungleiche Erfassungen, die durch mehrere Codierer und mögliche Interpretationsspielräume bei der Zuordnung zum Kategoriensystem vorliegen könnten, nahezu ausgeschlossen.³⁹⁵

Die Studie berücksichtigt ausschließlich die Anzahl der veröffentlichten polizeilichen Pressemeldungen und (analog dazu) der veröffentlichten Zeitungsartikel. Die Intensität der Berichterstattung wird folglich an der Anzahl der jeweiligen Beiträge einer Kategorie gemessen. Je häufiger die Leser mit einem bestimmten Deliktsfeld konfrontiert werden, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie dem Thema eine Bedeutung beimessen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass auch die Aufmachung³⁹⁶ der jeweiligen Beiträge in den Printmedien Einfluss auf die Wahrnehmung der Leser nehmen kann. Die in dieser Studie ausgewerteten Abonnementzeitungen verfügen im Printformat (im nicht aufgeschlagenen Zustand) über eine Größe von 510 mm x 350 mm oder 530 mm x 360 mm.³⁹⁷ Die Seiten sind je nach Ressort unterschiedlich aufgeteilt. Sie verfügen beispielsweise über einen Leitartikel mit Foto sowie über Artikel, die lediglich ein- bis zweispaltig dargestellt werden. Je auffälliger eine Nachricht präsentiert wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Rezipienten sie bemerken und das Thema als relevant einstufen.³⁹⁸ Eine Auswertung, die die Aufmachung aller betrachte-

³⁹⁵ Vgl. Diekmann. 2014. S. 593.

³⁹⁶ Hiermit ist beispielsweise der Umfang, die Länge oder die Platzierung des Artikels innerhalb einer Zeitungsausgabe gemeint.

³⁹⁷ Die heute gängigen Formate sind durch die DIN 16604 definiert, die 1973 festgelegt wurde. Bis dahin gab es in den 1970er Jahren beispielsweise etwa 60 verschiedene Zeitungsformate.

³⁹⁸ Vgl. Siebert. 2011. S. 81.

ten Zeitungsmeldungen berücksichtigt, ist im Hinblick auf den vorgegebenen Umfang der vorliegenden Arbeit nicht umsetzbar. Eine derartige Analyse erfolgt im weiteren Verlauf ausschließlich im Hinblick auf die Berichterstattung zur Flüchtlingssituation (hierzu Unterkapitel 5.2.1).

Die ausgewerteten Pressemeldungen der Polizei wurden zunächst anhand eines Kodierbogens und im weiteren Verlauf in einer Excel basierten Anwendung erfasst. Das Ergebnis aus dem Abgleich mit den Artikeln der Tageszeitungen wurde unmittelbar in die Tabelle übertragen.

5.1.4 Forschungshypothesen

Anhand der Forschungsfragen sind folgende Hypothesen erarbeitet worden, die es anhand der erhobenen Daten zu überprüfen gilt.

- Die Anzahl polizeilicher Pressemitteilungen einer Landratsbehörde ist höher als die Anzahl der polizeilichen Pressemitteilungen eines Polizeipräsidiums.
- Polizeibehörden veröffentlichen mehr Pressemitteilungen, die Kriminalitätsgeschehnisse zum Inhalt haben, als solche mit Ereignissen im Straßenverkehr.
- Der Anteil der polizeilichen Pressemeldungen im Hinblick auf Eigentumskriminalität entspricht dem Anteil der statistisch erfassten Daten (PKS) zu diesem Deliktbereich.
- Der Anteil der polizeilichen Pressemeldungen im Hinblick auf Gewaltkriminalität entspricht dem Anteil der statistisch erfassten Daten (PKS) zu diesem Deliktbereich.
- Der Anteil der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle entspricht dem Anteil der polizeilichen Pressemitteilungen in dieser Kategorie.
- Der Anteil der polizeilich registrierten Verkehrsunfallfluchten entspricht dem Anteil der polizeilichen Pressemitteilungen in dieser Kategorie.
- Die Anzahl der publizierten Zeitungsartikel mit Kriminalitätsgeschehnissen/Ereignissen im Straßenverkehr entspricht der Anzahl polizeilicher Pressemeldungen der jeweiligen Kategorie.
- Die Anzahl der publizierten Zeitungsartikel im Bereich der Gewaltdelikte/Eigentumsdelikte entspricht der Anzahl polizeilicher Pressemeldungen der jeweiligen Kategorie.

- Der Anteil polizeilicher Fahndungsmeldungen/ Präventionsmeldungen/ Erfolgsmeldungen entspricht dem Anteil der publizierten Fahndungsmeldungen/ Präventionsmeldungen/ Erfolgsmeldungen in den Zeitungen.
- Der Anteil der Gewaltberichterstattung in Boulevardmedien ist (im Verhältnis zu lokalen Tageszeitungen) höher.
- Printmedien nutzen zur Darstellungen von Kriminalitätsgeschehnissen und Ereignissen im Straßenverkehr sowie sonstigen polizeilichen Einsatzanlässen die polizeilichen Pressemeldungen der Landespolizei.

5.2 Quantitative Inhaltsanalyse zur Berichterstattung über Flüchtlinge

Im Verlauf der Gesamtauswertung nahm (insbesondere nach den Sommerferien, die am 11.08.2015 endeten) die Zuteilung von Zuwanderern auf die Kommunen in NRW zu. Dies lässt sich beispielsweise anhand der monatlichen Asylantragszahlen in Deutschland festmachen, die im Januar 2015 bei insgesamt 25.042 lagen.³⁹⁹ Im August wurden 36.422 Anträge durch das Bundesamt entgegen genommen, während im September 2015 ein weiterer Anstieg auf 43.071 monatliche Asylanträge zu verzeichnen war. Diese Entwicklung setzte sich fort, so dass im November 2015 die Zahl der monatlichen Anträge bei 57.816 lag. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Erhöhung der Antragszahlen um mehr als 134%.⁴⁰⁰ Die Zahl der Asylbewerber lag im Jahr 2015 in NRW bei 66.758.⁴⁰¹ NRW verfügt (gemeinsam mit Bayern) über die höchste Asylbewerberquote (mehr als 15 %) in Deutschland.⁴⁰² Das Jahr 2015 markiert somit den vorläufigen Höhepunkt des Trends steigender Asylanträge in Deutschland und in der Europäischen Union.⁴⁰³ Die Zuwanderungssituation dominierte seit Sommer 2015 das politische Tagesgeschehen, was auf mehrere Ereignisse⁴⁰⁴ zurückzuführen war.⁴⁰⁵

³⁹⁹ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2015. S. 4. (Aufruf: 17.01.2016).

⁴⁰⁰ Ebd. (Aufruf: 17.01.2016).

⁴⁰¹ Ebd. S. 7. (Aufruf: 17.01.2016).

⁴⁰² Ebd. (Aufruf: 17.01.2016).

⁴⁰³ Vgl. Lehmann. 2015. S. 7.

⁴⁰⁴ Von Januar bis April 2015 kam es zu einer Reihe von Bootsunglücken zwischen Tunesien und Italien, bei denen mehrere hundert Flüchtlinge ertranken. In der Folge wurden alternative Fluchtrouten gewählt, so dass eine Vielzahl von Asylbewerbern in Griechenland und dem Westbalkan ankam. Dort verschlechterten sich die Aufnahmebedingungen zusehends. Nach einer Vereinbarung zwischen Ungarn, Österreich und Deutschland (die

Im Unterkapitel 4.1.1 ist bereits dargestellt worden, dass es aufgrund von neuen/aktuelleren Themen zu Veränderungen in der Nachrichtenselektion kommen kann. Analysen zum Einfluss von Schlüsselereignissen zeigten, dass sich Nachrichtenwerte kurzfristig ändern können.⁴⁰⁶ Hierbei handelt es sich um Ereignisse, die in besonderem Maße die Aufmerksamkeit von Pressevertretern auf sich ziehen und insbesondere auf einen Gesamtkontext lenken. Im Verlauf der Input-Output-Analyse (Kapitel 5.1) entstand dann auch tatsächlich der Eindruck, dass in der Lokalberichterstattung verstärkt die Zuwanderungssituation in den jeweiligen Kommunen thematisiert wurde und damit verbunden möglicherweise die Anzahl der Artikel, die in der vorliegenden Studie erfasst wurden, zurückging.

5.2.1 Stichprobe

Aus diesem Grund wurden im Rahmen einer zusätzlichen Datenerhebung, die mittels Stichprobe erfolgte, Artikel untersucht, die einen Flüchtlingsbezug aufwiesen. Die Entscheidung, dass es sich hierbei um eine thematische Untersuchung der Flüchtlingsberichterstattung handelt, basiert auf der aktuellen Situation zum Zeitpunkt der Untersuchung. Sicherlich wären ähnliche Untersuchungen im Hinblick auf weitere Verdrängungsfaktoren möglich (z.B. Berichterstattung über Kommunalwahlen o.ä.). Eine Vollerhebung, bei der alle Zeitungen, die in dieser Studie berücksichtigt wurden, im Hinblick auf die Zuwanderungssituation und/oder weitere Themenfelder ausgewertet worden wären, ist aufgrund der Anzahl der Zeitungen nicht umsetzbar gewesen. Die praktischen Vorteile von Stichproben liegen zum einen in dem geringeren zeitlichen Arbeitsaufwand. Daraus ergibt sich, dass die Ergebnisse schneller vorliegen.⁴⁰⁷ Grundsätzlich werden Stichprobenergebnisse im Vergleich zu Vollerhebungen aufgrund ihrer präziseren Datenerhebung, intensiveren Untersuchung sowie aufgrund stärkerer Möglichkeit der Kontrolle als genauer erachtet. Zunächst werden Hypothesen erstellt, die anhand der Stichproben-

noch während des Untersuchungszeitraums dieser Studie am 04.09.2015 getroffen wurde), wurden sodann 4.500 Menschen an die österreichische Grenze gebracht, um eine Weiterreise nach Deutschland zu ermöglichen.

⁴⁰⁵ Lehmann. 2015. S. 8-10.

⁴⁰⁶ Vgl. Schönhagen/Brosius. 2004. S. 256.

⁴⁰⁷ Vgl. Kromrey. 2006. S. 267.

ergebnisse überprüft werden.⁴⁰⁸ Das genutzte Untersuchungsverfahren muss erläuterbar und die Stichprobe muss eine verkleinerte Darstellung der Grundgesamtheit sein (im Hinblick auf alle Variablen der Hypothesenüberprüfung). Unter dem Begriff der Grundgesamtheit ist allgemein die Menge von Fällen und Ereignissen zu verstehen, auf die sich die Untersuchung beziehen soll und die im Hinblick auf die Fragestellung und Operationalisierung im Vorfeld eindeutig abgegrenzt werden muss.⁴⁰⁹ Die Grundgesamtheit der vorliegenden Studie, aus der die Stichproben gezogen werden, besteht aus allen Zeitungsartikeln der ausgewerteten Printmedien (siehe Anlage B), die entweder einen Flüchtlings- oder einen Polizeibezug haben. Die einzelnen Elemente der Stichprobe bzw. Einheiten müssen definiert sein. Hierbei muss eindeutig erkennbar sein, nach welchem Verfahren eine Stichprobe zustande gekommen ist. In der vorliegenden Studie wurde ein nicht zufallsgesteuertes Auswahlverfahren angewandt.⁴¹⁰ Vor dem Hintergrund, dass die Lokalteile zu einem frühen und zu einem späten Zeitpunkt des Untersuchungszeitraums ausgewertet werden sollten (um eine mögliche Entwicklung bzw. Unterschiede aufzeigen zu können), wurde eine gezielte Auswahl getroffen. Hierbei fand im Vorfeld das Kriterium des Seitenumfangs (der Zeitungen) Berücksichtigung. Um eine vergleichende Auswertung zu ermöglichen, wurden jeweils die Lokalteile an zwei Dienstagen analysiert. Durch die Wahl des gleichen Werktages ist sichergestellt, dass die Lokalteile einen ähnlichen Umfang (im Hinblick auf die Seitenzahl) haben und somit mögliche Verzerrungen vermieden werden.

Die Untersuchung erfolgte zu unterschiedlichen Zeitpunkten – zunächst in einem frühen Stadium der Studie (Dienstag, 11.08.2015) und zum Ende der Untersuchung (Dienstag, 08.09.2015). Auf eine Analyse der Daten in der ersten Untersuchungswoche wurde bewusst verzichtet, da zu diesem Zeitpunkt noch Sommerferien in NRW waren und dieser Umstand möglicherweise Einfluss auf die Arbeit von Journalisten (Urlaubsbedingte Abwesenheiten, etc.) gehabt haben kann. Zu den o.g. Werktagen wurden alle 18 Lokalteile der Abonnementzeitungen ausgewertet, die für Essen/Mülheim und den Kreis Mettmann erschienen sind. Eine Auswertung der Boulevardmedien erfolgte

⁴⁰⁸ Vgl. Kromrey, 2006, S. 267.

⁴⁰⁹ Vgl. ebd. S. 279.

⁴¹⁰ Vgl. ebd.

in diesem Zusammenhang nicht, da sie keinen Lokalteil für eine bestimmte/einzelne Kommune veröffentlichen, sondern für die jeweiligen Regionen (Rheinland/Ruhrgebiet).

Zunächst wurde die Anzahl aller Artikel der jeweiligen Lokalteile erhoben (unabhängig vom Inhalt bzw. Kategorien). In einem zweiten Schritt wurden (analog zu den Kriterien der Grundauswertung) Artikel mit Polizeibezug erfasst⁴¹¹ und zusätzlich anhand ihrer Zeilenanzahl in zwei Kategorien eingeteilt. Abgedruckte Meldungen, die über mehr als 20 Zeilen verfügen, wurden der Kategorie Große Artikel zugeordnet. Meldungen mit einer geringeren Zeilenanzahl finden sich in der Kategorie Kleine Artikel. Die Größe der Artikel kann insofern eine Rolle spielen, weil Lokalteile in der Regel zwei bis drei Berichte mit Fotos/Grafiken versehen, die über einen größeren Umfang verfügen, zentral positioniert sind und im Hinblick auf die Rezipienten einer stärkeren Wahrnehmung unterliegen können.⁴¹² Kleinere Artikel befinden sich häufig an den Rändern oder im unteren Bereich der jeweiligen Printausgaben. In einem dritten Schritt wurden alle Zeitungsartikel erfasst, die einen Bezug zu Flüchtlingen aufwiesen. Im Rahmen der quantitativen Inhaltsanalyse wurden mittels Codierung solche Artikel erhoben, in denen sich die Begriffe Flüchtling, Zuwanderung, Asylbewerber, Asylanten (oder solche mit dem jeweiligen Wortstamm) fanden. In einem vierten und letzten Erfassungsschritt wurde ebenfalls die Größe der Artikel niedergelegt.

5.2.2 Forschungshypothesen

Die Forschungshypothesen, die der Untersuchung im Hinblick auf eine mögliche veränderte Schwerpunktsetzung zugrunde liegen, lauten:

- Je höher die Anzahl der Asylanträge in NRW, desto stärker erfolgt eine Berichterstattung in den Lokalteilen der Printmedien über die Zuwanderungssituation.
- Je stärker die Lokalberichterstattung in den Printmedien über die Zuwanderungssituation, desto schwächer fällt die Berichterstattung über Polizeithemen aus.

⁴¹¹ Hierzu wurde eine tabellarische Darstellung mittels der Anwendung Microsoft Excel gewählt.

⁴¹² Vgl. Wolff. 2006. S. 20.

6 Auswertung

Die Auswertung basiert auf drei Faktoren. Zum einen werden die Daten der PKS aus dem Jahr 2014 zugrunde gelegt sowie die Jahresberichte zum Unfallgeschehen. Diese Zahlen beziehen sich jeweils auf die Polizeibehörden Essen und Mettmann. Des Weiteren werden Anzahl und Art der veröffentlichten polizeilichen Pressemeldungen dieser Polizeibehörden analysiert. In einem letzten Schritt wird die Anzahl der veröffentlichten Zeitungsartikel der jeweiligen Lokalausgaben dargestellt.

6.1 Untersuchungsergebnisse zur Kriminalitätsberichterstattung

6.1.1 Basisdaten zum lokalen Kriminalitäts- und Unfallgeschehen

Die Berichterstattung über Straftaten steht im Fokus der vorliegenden Studie. Da polizeiliche Pressestellen nicht ausschließlich über Kriminalität berichten, sondern gleichfalls über Ereignisse im Straßenverkehr, wurden diese in der Analyse ebenfalls berücksichtigt, um Schwerpunktsetzungen oder Wechselwirkungen innerhalb der polizeilichen Pressearbeit erkennen zu können. Die Daten zum Verkehrsunfallgeschehen dienen im Wesentlichen der Einordnung in den Gesamtkontext und treten im Hinblick auf das Hauptthema der Arbeit in den Hintergrund.

Im Jahr 2014 wurden im Kreis Mettmann 33.465 Straftaten (laut PKS) registriert.⁴¹³ Hiervon entfielen 13.549 auf den Bereich der Eigentumskriminalität und 950 auf Delikte der Gewaltkriminalität.⁴¹⁴ Im Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen wurden im Jahr 2014 75.853 Delikte zur Anzeige gebracht.⁴¹⁵ In 34.252 Fällen handelt es sich um Eigentumsdelikte und in 2.132 Fällen um Gewaltdelikte.⁴¹⁶ Insgesamt sind für den Zuständigkeitsbereich der beiden Behörden im Jahr 2014 somit 109.318 Straftaten angezeigt worden. 47.801 entfielen hierbei auf Eigentumsdelikte. In 3.082 Fällen liegen Gewaltdelikte vor. Die Anzahl der Straftaten, die weder der einen noch der anderen Kategorie zuzuordnen sind liegt somit bei 58.435.

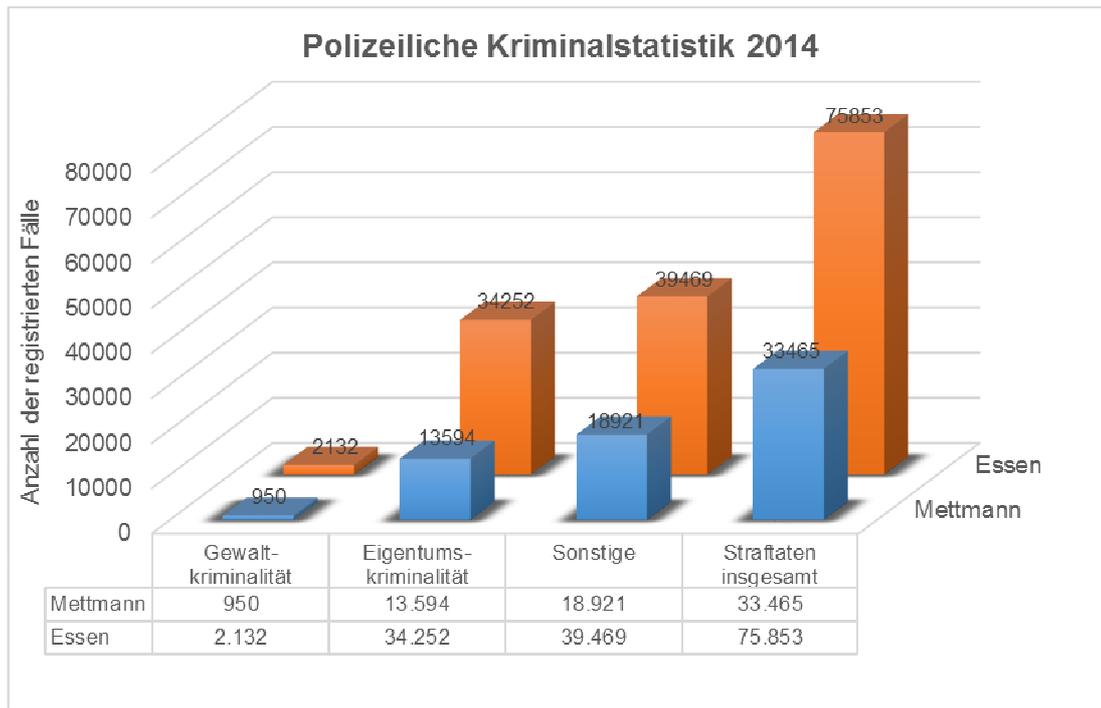
⁴¹³ Vgl. Kreispolizeibehörde Mettmann. Jahresbericht 2014. S. 72. (Aufruf: 21.12.2015).

⁴¹⁴ Vgl. ebd.

⁴¹⁵ Polizeipräsidium Essen. Jahresbericht Kriminalitätsentwicklung 2014. S. 4. (Aufruf: 21.12.2015)

⁴¹⁶ Ebd. S.13, 26, 33 und 43. (Aufruf: 21.12.2015).

Abbildung 1: Fallzahlen ausgewählter Deliktgruppen



Die Verteilung der Kriminalitätsphänomene Eigentums- und Gewaltdelikte in NRW ist in den letzten Jahren ausweislich der PKS-Daten auf einem konstanten Niveau geblieben.⁴¹⁷

Für den Kreis Mettmann wurden im Jahr 2014 12.757 Verkehrsunfälle registriert.⁴¹⁸ Die Polizei Essen hatte im selben Jahr 28.587 Verkehrsunfälle zu verzeichnen.⁴¹⁹ Im Zuständigkeitsbereich der beiden Behörden kam es somit im Jahr 2014 zu 41.344 Unfällen im Straßenverkehr, die der Polizei gemeldet wurden. 3.496 (8,5%) von diesen Unfällen führten zu Personenschäden, 31.597 (76,4%) zu Sachschäden. Die einzelnen Ergebnisse der Polizeibehörden stellen sich wie folgt dar. Bei 2.152 Unfällen (7,5%) in Essen und Mülheim an der Ruhr wurden Personen verletzt.⁴²⁰ Die Anzahl der Unfälle mit Sachschäden lag im Jahr 2014 bei 20.184 (70,6%). Bei 1.344 Unfällen (10,5%) im Kreis Mettmann kam es zu Personenschäden⁴²¹, bei 11.413 Unfällen (89,5%) blieb es bei Sachschäden.⁴²²

⁴¹⁷ Vgl. LKA NRW. Polizeiliche Kriminalstatistik. 2014. S. 41 und 68.

⁴¹⁸ Vgl. Kreispolizeibehörde Mettmann. Jahresbericht 2014. S. 91. (Aufruf: 21.12.2015).

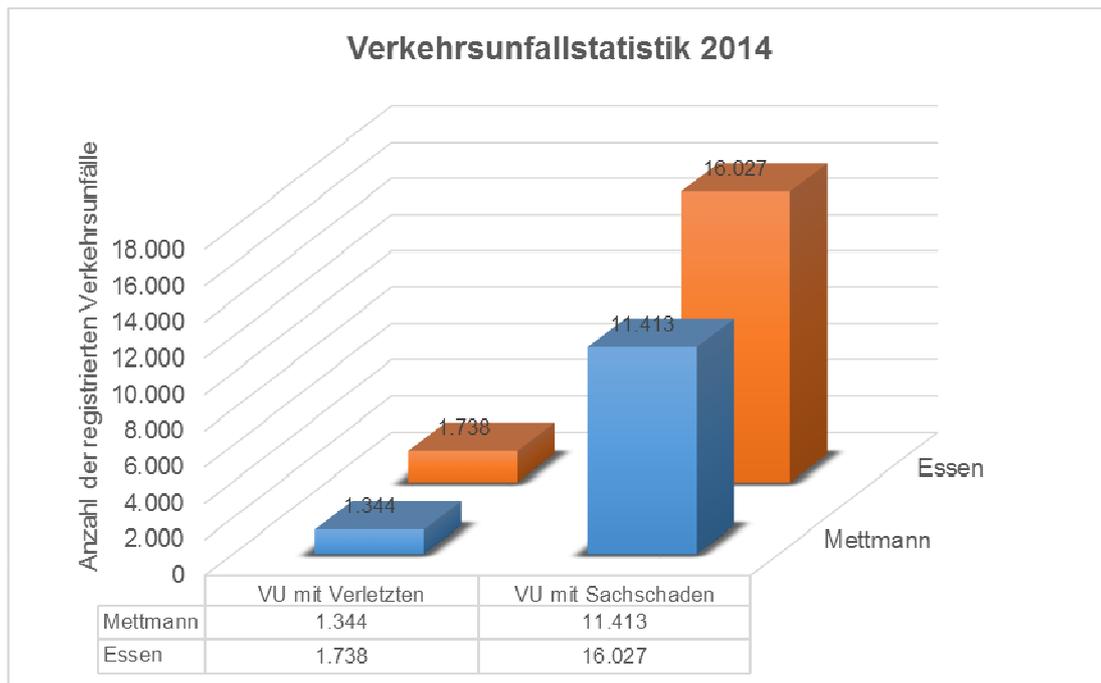
⁴¹⁹ Vgl. Polizeipräsidium Essen. Jahresbericht Verkehrsunfallentwicklung. 2014. S. 4. (Aufruf: 21.12.2015).

⁴²⁰ Vgl. ebd. (Aufruf: 21.12.2015).

⁴²¹ Vgl. Kreispolizeibehörde Mettmann. Jahresbericht 2014. S. 91. (Aufruf: 21.12.2015).

⁴²² Vgl. ebd.

Abbildung 2: Anzahl der Verkehrsunfälle



In der Gesamtzahl der o.g. Verkehrsunfälle sind auch Delikte wegen unterlaubten Entfernens vom Unfallort (sogenannte Verkehrsunfallfluchten) enthalten. Diese Zahlen stellen sich wie folgt dar. Im Kreis Mettmann wurden im Jahr 2014 3.086 derartige Verkehrsunfälle⁴²³ zur Anzeige gebracht, während im Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen 5.842 solcher Unfälle⁴²⁴ registriert wurden.

6.1.2 Überprüfung der Forschungshypothesen

Die Anzahl polizeilicher Pressemeldungen einer Landratsbehörde ist höher als die Anzahl der polizeilichen Pressemeldungen eines Polizeipräsidiums.

Im Untersuchungszeitraum (01.08.-11.09.2015) veröffentlichten die beiden Polizeibehörden Essen⁴²⁵ und Mettmann⁴²⁶ insgesamt 437 Pressemeldungen über das Internet. Hiervon entfielen 315 (72,1%) auf die Polizeibehörde Kreis Mettmann und 122 (27,9%) auf die Polizei Essen. Die Hypothese konnte somit verifiziert werden, obwohl die Polizei Essen im Jahr 2014 sowohl im Be-

⁴²³ Vgl. ebd.

⁴²⁴ Vgl. Polizeipräsidium Essen. Jahresbericht Verkehrsunfallentwicklung 2014. S. 4. (Aufruf: 21.12.2015).

⁴²⁵ Alle Pressemeldungen der Polizei Essen, die über das Internet veröffentlicht werden, sind hier zu finden: <http://www.presseportal.de/blaulicht/nr/11562> (Aufruf: 20.01.2016).

⁴²⁶ Alle Pressemeldungen der Polizei Mettmann, die über das Internet veröffentlicht werden, sind hier zu finden: <http://www.presseportal.de/blaulicht/nr/43777> (Aufruf: 20.01.2016).

reich der Straftaten als auch bei den Verkehrsunfällen jeweils über mehr als die doppelte Anzahl an Delikten und Unfällen in ihrem Zuständigkeitsbereich verfügte. Eine höhere Fallzahl bedeutet somit nicht zwangsläufig eine höhere Anzahl an polizeilichen Pressemitteilungen. Zu berücksichtigen sind hierbei offensichtlich geographische und strukturelle Gegebenheiten der jeweiligen Kommunen. Zum Kreis Mettmann gehören insgesamt 10 Städte, während lediglich zwei Städte in den Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen fallen. Dieses Ergebnis deutet auf regionale Unterschiede hin, die aufgrund der Struktur der Kommunen, etc. zu unterschiedlichen Informationsbedürfnissen der Rezipienten führen können⁴²⁷ und an denen sich Polizeipressestellen möglicherweise orientieren. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei die Polizeipressesprecher der jeweiligen Polizeibehörden ein, da sie Nachrichten selektieren bzw. aus dem täglichen Einsatzgeschehen Meldungen auswählen, die (aus Sicht der Polizei) zur Veröffentlichung geeignet sind.⁴²⁸

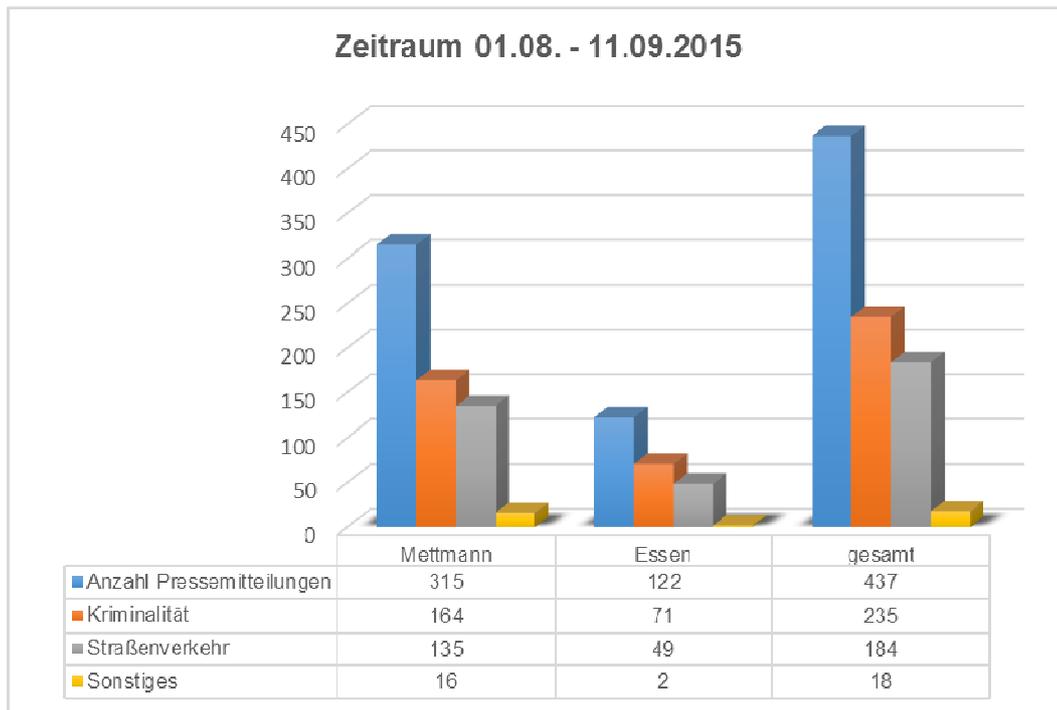
Polizeibehörden veröffentlichen mehr Pressemitteilungen, die Kriminalitätsgeschehnisse zum Inhalt haben, als solche mit Ereignissen im Straßenverkehr.

437 veröffentlichte polizeiliche Pressemeldungen setzen sich aus Kriminalitätsmeldungen (253) und Ereignissen im Straßenverkehr (184) zusammen. 18 Meldungen entfielen auf die Kategorie sonstige polizeiliche Einsatzanlässe. Somit thematisieren polizeiliche Pressestellen in mehr als der Hälfte der Fälle (53,8%) Kriminalitätsgeschehen in ihren amtlichen Mitteilungen. Bei 42,1% der polizeilichen Pressemeldungen lag ein Ereignis aus dem Straßenverkehr zugrunde. Die sonstigen polizeilichen Einsatzanlässe, über die Polizeibehörden berichteten und die keiner der beiden vorgenannten Kategorien zuzuordnen waren, machten einen Anteil von 4,1% aus. Die Hypothese ist somit verifiziert und zeigt, dass Polizeibehörden offensichtlich einen Schwerpunkt auf den Bereich der Kriminalitätsberichterstattung legen. Bei Einzelbetrachtungen der beiden Behörden ergibt sich eine ähnliche Verteilung, die der nachfolgenden Grafik zu entnehmen ist.

⁴²⁷ Vgl. Landtag NRW. 2013. S. 79.

⁴²⁸ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 81.

Abbildung 3: Anzahl und Verteilung polizeilicher Pressemeldungen



Der Anteil der polizeilichen Pressemeldungen im Hinblick auf Eigentumskriminalität entspricht dem Anteil der statistisch erfassten Daten (PKS) zu diesem Deliktbereich.

Der Anteil der Eigentumskriminalität an der Gesamtkriminalität in NRW lag im Jahr 2014 bei 44,5%.⁴²⁹ Die Polizeibehörden Essen und Mettmann verfügten im Jahr 2014 zusammen über einen Anteil der Eigentumsdelikte an der Gesamtkriminalität von 43,7%. Im Kreis Mettmann lag der Anteil bei 40,5%.⁴³⁰ Im Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen wurden in der PKS für das Jahr 2014 in 45,2% der Fälle Eigentumsdelikte erfasst.⁴³¹ Die Polizeibehörden Mettmann und Essen berichteten im Untersuchungszeitraum in 173 Meldungen über Eigentumsdelikte. Dies entspricht einem Anteil von 73,6% an den gesamten Kriminalitätsmeldungen der beiden Behörden. Die Hypothese konnte somit nicht verifiziert werden. Polizeiliche Berichte über Delikte der Eigentumskriminalität werden demnach überbetont. Die Erkenntnisse decken sich mit einer Studie aus Niedersachsen, die herausgestellt hat, dass der

⁴²⁹ LKA NRW. Polizeiliche Kriminalstatistik 2014. S. 68.

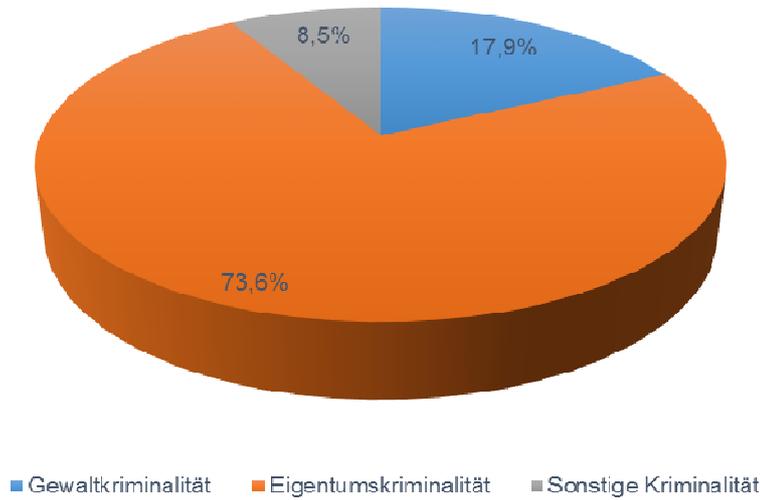
⁴³⁰ Kreispolizeibehörde Mettmann. Jahresbericht 2014. S. 72. (Aufruf: 21.12.2015).

⁴³¹ Polizeipräsidium Essen. Jahresbericht Kriminalitätsentwicklung 2014. S. 4. (Aufruf: 21.12.2015).

Anteil der Eigentumskriminalität in der polizeilichen Presseberichterstattung stark überrepräsentiert ist.⁴³²

Abbildung 4: Anteil der Deliktgruppen an polizeilicher Berichterstattung

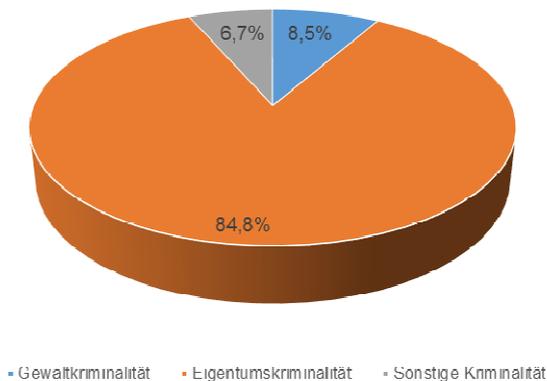
Ergebnis der Auswertung zu beiden Behörden
(Angaben in Prozent)



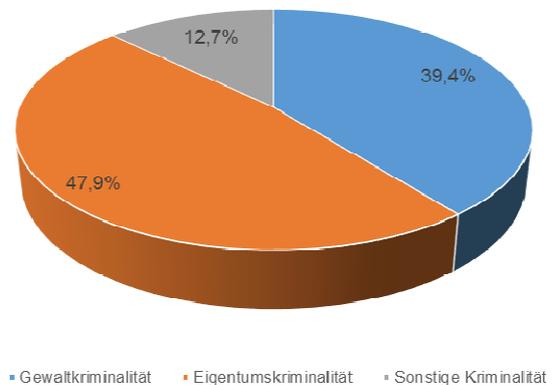
Allerdings zeigt sich in der Einzelbetrachtung der Polizeibehörden ein anderes Bild. Die Berichterstattung der Polizei Mettmann ist in diesem Bereich mit 139 Meldungen (84,8%) sogar noch stärker überrepräsentiert. Die Polizei in Essen berichtete in 34 Fällen (47,9%) über Eigentumsdelikte und kommt den Werten der PKS somit am nächsten, während sich im Kreis Mettmann eine Verzerrung im Hinblick auf Eigentumsdelikte erkennen lässt.

Abbildung 5: Verteilung der Deliktgruppen in den einzelnen Behörden

Polizei Mettmann - Ergebnis der Auswertung
(Angaben in Prozent)



Polizei Essen - Ergebnis der Auswertung
(Angaben in Prozent)



⁴³² Vgl. Schramm. 2014. S. 661.

Der Anteil der polizeilichen Pressemeldungen im Hinblick auf Gewaltkriminalität entspricht dem Anteil der statistisch erfassten Daten (PKS) zu diesem Deliktbereich.

Der Anteil der Gewaltkriminalität an der Gesamtkriminalität in NRW lag 2014 bei 3,1%.⁴³³ Sowohl im Kreis Mettmann⁴³⁴ als auch im Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen lag der Anteil der Gewaltkriminalität im Jahr 2014 bei 2,8%.⁴³⁵ Polizeiliche Pressemeldungen über Gewaltkriminalität machten im Untersuchungszeitraum jedoch 17,9% der gesamten Kriminalitätsberichterstattung in den Polizeibehörden Essen und Mettmann aus. Die Gewaltberichterstattung (im Vergleich zur PKS) ist somit stark überrepräsentiert. Da die Gewaltberichterstattung hier eine Überbetonung erfährt, ist die Hypothese falsifiziert worden. Hier zeigt sich ein Unterschied zur niedersächsischen Polizei, bei der Gewaltberichterstattung eine eher untergeordnete Rolle einnimmt.⁴³⁶

Allerdings stellt eine Einzelbetrachtung der beiden Behörden (Essen und Mettmann) deutliche Unterschiede innerhalb von NRW dar. Während der Anteil der Gewaltberichterstattung der Polizei im Kreis Mettmann bei 8,5% liegt, machen diese polizeilichen Pressemeldungen der Polizei Essen 39,4% an der Gesamtkriminalitätsberichterstattung aus. Offensichtlich legt die Polizei in Essen einen Schwerpunkt auf derartige Berichterstattung, die sich nicht mit den Erkenntnissen aus der PKS deckt. Hierdurch ergibt sich eine deutliche Verzerrung in der Kriminalitätsdarstellung. Die These konnte somit insgesamt falsifiziert werden.

Der Anteil der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle deckt sich mit dem Anteil der polizeilichen Pressemitteilungen in dieser Kategorie.

Die beiden untersuchten Behörden veröffentlichten 184 Meldungen, die Verkehrsunfälle thematisierten. Der Großteil dieser Meldungen (78) entfiel auf den Bereich der Verkehrsunfallfluchten (42,4%), gefolgt von Verkehrsunfällen mit Schwerverletzten (60) sowie Unfällen mit Leichtverletzten (17), Sachschadensunfällen (7) und Verkehrsunfällen mit tödlichen Folgen (3). Der An-

⁴³³ LKA NRW. Polizeiliche Kriminalstatistik 2014. S. 41.

⁴³⁴ Kreispolizeibehörde Mettmann. Jahresbericht 2014. S. 12. (Aufruf: 21.12.2015).

⁴³⁵ Polizeipräsidium Essen. Jahresbericht Kriminalitätsentwicklung 2014. S. 26 und 43. (Aufruf: 21.12.2015).

⁴³⁶ Vgl. Schramm. 2014. S. 662.

teil der Berichterstattung über Verkehrsunfälle, bei denen es Verletzte gab, liegt somit bei 41,9%. Der Anteil der polizeilichen Meldungen zu Unfällen mit Sachschäden liegt lediglich bei 3,8%. Hier zeigt sich eine deutliche Verzerrung im Hinblick auf die Verkehrsunfälle mit Sach- und Personenschäden. Obwohl es sich im Jahr 2014 in beiden Behörden lediglich bei 8,5% der Unfälle um solche mit Verletzten handelt, liegt der Anteil der polizeilichen Berichterstattung bei 41,9% und ist somit überrepräsentiert. Unfälle ohne Personenschäden sind hingegen in der polizeilichen Berichterstattung deutlich unterrepräsentiert. Die Hypothese konnte somit falsifiziert werden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass im Bereich der Unfallberichterstattung andere Nachrichtenselektoren zugrunde liegen als bei der Kriminalitätsberichterstattung. Möglicherweise entscheidet die Schwere der Unfallfolgen über den Nachrichtenwert.⁴³⁷

Der Anteil der polizeilich registrierten Verkehrsunfallfluchten entspricht dem Anteil der polizeilichen Pressemitteilungen in dieser Kategorie.

Insgesamt lag die Zahl der Verkehrsunfallfluchten im Jahr 2014 bei 8.928, was einem Anteil von 21,6% am Gesamtunfallgeschehen im Kreis Mettmann sowie im Stadtgebiet Essen und Mülheim entspricht. Im Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen wurden im Jahr 2014 5.842⁴³⁸ Verkehrsunfallfluchten gemeldet. Dies entspricht einem Anteil von 20,4% aller registrierten Verkehrsunfälle. Die Polizei im Kreis Mettmann hatte im selben Zeitraum 3.086 Fälle von unerlaubtem Entfernen vom Unfallort zu verzeichnen (24,2%). Die Polizei hat insgesamt in 78 Fällen über das unerlaubte Entfernen vom Unfallort berichtet, was einem Anteil von 42,4% an der Verkehrsunfallberichterstattung entspricht. Somit konnte die Hypothese nicht verifiziert werden. Die Verkehrsunfallfluchten in den polizeilichen Meldungen sind deutlich überrepräsentiert.

Betrachtet man die Unterschiede zwischen den Behörden (im Hinblick auf die polizeiliche Berichterstattung) so fällt auf, dass die Pressestelle der Polizei in Mettmann 67 Verkehrsunfallfluchtmeldungen im Untersuchungszeitraum veröffentlicht hat, was nahezu die Hälfte der dortigen Unfallberichterstattung

⁴³⁷ Vgl. Best. 2000. S. 55.

⁴³⁸ Polizeipräsidium Essen. Jahresbericht Verkehrsunfallentwicklung. S. 4.

ausmacht (49,6%). Dem gegenüber stehen 11 derartige Presseerklärungen (22,4%) der Polizei Essen. Hier zeigt sich möglicherweise eine Schwerpunktsetzung in der Pressearbeit der Landratsbehörde. Polizeiliche Pressemeldungen, die das unerlaubte Entfernen vom Unfallort im Kreis Mettmann thematisieren, beginnen jeweils mit einer erläuternden Einleitung und dem Hinweis der Pressestelle, dass seit dem 02. Februar 2015 ausgewählte aktuelle Fälle von unerlaubtem Entfernen vom Unfallort veröffentlicht werden.⁴³⁹

Die Anzahl publizierter Zeitungsartikel mit Kriminalitätsgeschehnissen/ Ereignissen im Straßenverkehr entspricht der Anzahl polizeilicher Pressemeldungen der jeweiligen Kategorie.

Die Anzahl der polizeilichen Pressemitteilungen im Bereich der Kriminalitätsberichterstattung lag im Untersuchungszeitraum bei 235. 164 polizeilichen Pressemeldungen der Polizei Mettmann stehen 306 veröffentlichten Zeitungsartikeln (Quote 1,9) gegenüber. Die Polizei Essen hat 71 Kriminalitätsmeldungen über das Internet veröffentlicht, die zu 454 abgedruckten Zeitungsartikeln (Quote 6,4) geführt haben. Insgesamt haben also 235 amtliche Mitteilungen aus dem Bereich Kriminalität zu 760 Artikeln geführt, was einer Gesamtquote von 2,3 für den Kriminalitätsbereich entspricht.

135 polizeiliche Meldungen über Ereignisse im Straßenverkehr waren die Grundlage für 336 veröffentlichte Artikel in den Lokalmedien im Kreis Mettmann, was einer Quote von 2,5 entspricht. Die Polizei Essen hat 49 derartige Presseartikel veröffentlicht, die in 292 Fällen in den lokalen Tageszeitungen abgedruckt wurden (Quote 6,0). Insgesamt ergeben sich daraus 184 polizeiliche Verkehrsunfallmeldungen, die 628 Mal abgedruckt waren. Die Gesamtquote im Hinblick auf die veröffentlichten Zeitungsartikel liegt bei 3,4. Zeitungsartikel mit Kriminalitätsgeschehnissen/Ereignissen im Straßenverkehr

⁴³⁹ Auszug aus einer Pressemeldung der KPB Mettmann vom 03.08.2015, 15:48 Uhr: „Bei nahe täglich finden ein oder mehrere Verkehrsunfallfluchten auf den Straßen im Kreis Mettmann statt. Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle mit unerlaubtem Entfernen vom Unfallort („Flucht“) liegt damit auf hohem Niveau und ist in den letzten Jahren kontinuierlich ansteigend. Nach jedem vierten Verkehrsunfall entfernt sich ein Unfallbeteiligter unerlaubt vom Unfallort. Aus diesem Grund veröffentlichen wir seit dem 02. Februar 2015 ausgewählte aktuelle Fälle von unerlaubtem Entfernen vom Unfallort (...), mit der Bitte um Veröffentlichung der Taten im Rahmen redaktioneller Möglichkeiten. (...) In den vergangenen Tagen wurden nachfolgende Verkehrsunfallfluchten (...) angezeigt, welche zurzeit die Ermittler der zuständigen Verkehrskommissariate beschäftigen. Diese hoffen bei ihren Ermittlungen, in den eingeleiteten Strafverfahren gegen Unbekannt wegen Verkehrsunfallflucht, dringend auf Hinweise aus der Bevölkerung zur den Verkehrsstraftaten.“

Diane Drawe

finden demnach in mehreren Lokalteilen Verwendung. Im Bereich Essen/Mülheim an der Ruhr ist die Quote der Veröffentlichung stärker ausgeprägt als im Kreis Mettmann. Die Hypothese konnte somit nicht verifiziert werden. Die Anzahl der publizierten Zeitungsartikel liegt insgesamt höher als die Anzahl der polizeilichen Pressemeldungen.

Die Anzahl der publizierten Zeitungsartikel im Bereich der Gewaltdelikte/Eigentumsdelikte entspricht der Anzahl veröffentlichter polizeilicher Pressemeldungen der jeweiligen Kategorie.

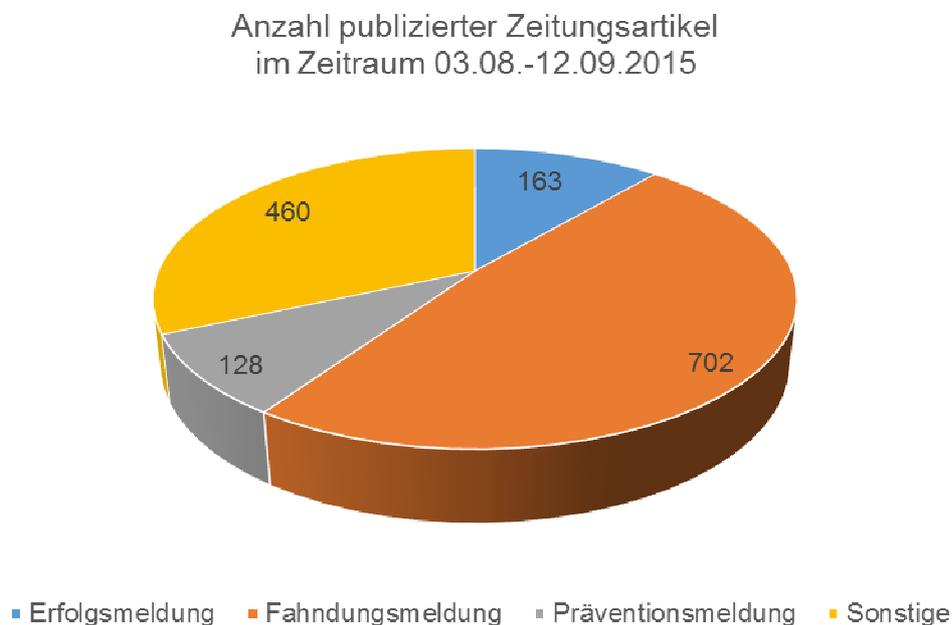
Insgesamt 42 Meldungen zu Gewaltdelikten veröffentlichten die Polizeibehörden. Davon entfielen 14 auf den Kreis Mettmann, so dass 53 Zeitungsartikel abgedruckt wurden (Quote 3,8). Die Polizei in Essen hat 28 Pressemeldungen dieser Art publiziert, die zu 175 Veröffentlichungen in lokalen Printmedien führten (Quote 6,3). In allen ausgewerteten Zeitungen fanden sich zu Gewalt- und Eigentumsdelikten 228 Artikel (Quote 5,4). Im Rahmen der polizeilichen Berichterstattung auf der Grundlage der Eigentumskriminalität wurden im Untersuchungszeitraum 173 Meldungen über das Internet publiziert. Die Lokaljournalisten druckten in 444 Fällen diese Meldungen ab (Quote 2,6). 139 Presseveröffentlichungen der Polizei im Kreis Mettmann führten im Bereich der Eigentumsdelikte zu 221 Zeitungsartikeln in den lokalen Zeitungen (Quote 1,6). Die Polizei in Essen veröffentlichte 34 Meldungen zum Thema Eigentumskriminalität. Hier kam es zu 223 Veröffentlichungen in den regionalen Printmedien (Quote 6,6). Zeitungsartikel mit Gewaltdelikten/Eigentumsdelikten finden demnach in mehreren Lokalteilen Verwendung. Im Bereich Essen/Mülheim an der Ruhr ist die Quote der Veröffentlichung stärker ausgeprägt als im Kreis Mettmann. Die Hypothese konnte somit nicht verifiziert werden. Die Anzahl der publizierten Zeitungsartikel liegt insgesamt höher als die Anzahl der polizeilichen Pressemeldungen.

Der Anteil polizeilicher Fahndungsmeldungen/ Präventionsmeldungen/ Erfolgsmeldungen entspricht dem Anteil der publizierten Fahndungsmeldungen/ Präventionsmeldungen/ Erfolgsmeldungen in den Zeitungen.

Die folgenden Zahlen beziehen sich sowohl auf die Kategorie Kriminalität als auch auf Ereignisse im Straßenverkehr und sonstige Ereignisse. Die 437 Po-

lizeimeldungen wurden in Erfolgs-, Präventions- und Fahndungsmeldungen unterteilt, um die Art der Berichterstattung zu analysieren. Den größten Anteil mit 60,6% machen Fahndungsmeldungen aus (265). 35 Erfolgsmeldungen (8,0%) stehen 27 Präventionsmeldungen (6,2%) gegenüber. 108 Presseerklärungen (24,7%) konnten keiner der genannten Kategorien zugeordnet werden und entfielen daher auf den Bereich Sonstiges. Beispielhaft sei hier eine Einladung der Polizei Mettmann zu einer Vernissage in den Räumlichkeiten der Polizei zu nennen, die eher nicht dem Bereich der klassischen Presse-, sondern der Öffentlichkeitsarbeit zuzurechnen sein dürfte.

Abbildung 6: Anzahl der Zeitungspublikationen zur Art der Meldungen



Insgesamt wurden im Rahmen der Auswertung somit 265 Fahndungsmeldungen der Polizeibehörden festgestellt, die zu 702 publizierten Zeitungsartikeln in den regionalen Medien führten (Quote 2,6). Die Polizei in Mettmann veröffentlichte im Untersuchungszeitraum 206 Fahndungsmeldungen, die 354 Mal abgedruckt wurden (Quote 1,7). 59 Fahndungsmeldungen hat die Polizei Essen im Zeitraum der Auswertung herausgegeben, die zu 348 Zeitungsartikeln führten (Quote 5,9). Hier zeigt sich eine starke Ausrichtung der Polizei NRW im Hinblick auf Fahndungsmeldungen. Pressearbeit kann in diesem Bereich als taktisches Mittel zur Aufgabenerfüllung eingesetzt wer-

den.⁴⁴⁰ Diese Werte decken sich mit Ergebnissen der Studie in Niedersachsen, durch die festgestellt wurde, dass die meisten polizeilichen Pressemeldungen mit Fahndungs- oder Zeugenaufrufen versehen waren.⁴⁴¹

27 polizeiliche Präventionsmeldungen der Polizei führten zu 128 Zeitungsartikeln in den Printmedien (Quote 4,7). Die Polizei Mettmann veröffentlichte 19 Präventionsmeldungen, die in 67 Zeitungsartikeln mündeten (Quote 3,5). In Essen und Mülheim an der Ruhr wurden 8 Präventionsmeldungen herausgegeben, die zu 61 Artikeln führten (Quote 7,6). Im Bereich der Kriminologie zeigt sich, dass präventive Meldungen im Zusammenhang mit Einbruchschutz, die eigentlich über einen positiven Impetus verfügen, Kriminalitätsfurcht fördern können.⁴⁴² Als mögliches Beispiel kann hier die landesweite Kampagne der Polizei NRW zur Verhinderung von Wohnungseinbrüchen („Riegel vor. Sicher ist sicherer.“)⁴⁴³ genannt werden. Verstärkt wird (insbesondere im Lokalen) über Wohnungseinbrüche berichtet und zur Nutzung technischer Sicherungsmöglichkeiten aufgerufen. Diese verstärkte Auseinandersetzung mit dem Thema kann auf der einen Seite ein Bewusstsein für die Problematik schaffen, zum anderen jedoch auch Kriminalitätsfurcht entstehen lassen oder fördern.

Die beiden Behörden Mettmann und Essen haben im Untersuchungszeitraum 35 Erfolgsmeldungen veröffentlicht, die zu 163 Zeitungsartikeln führten. (Quote 4,7). Im Untersuchungszeitraum wurden für den Bereich der Polizei Mettmann 18 Erfolgsmeldungen festgestellt, die 51 Mal in den Lokalzeitungen abgedruckt wurden (Quote 2,8). Die Polizei Essen veröffentlichte 17 Erfolgsmeldungen, die in 112 Zeitungsartikeln mündeten (Quote 6,6). Die Hypothese konnte somit nicht verifiziert werden. Die Anzahl der publizierten Zeitungsartikel liegt insgesamt höher als die Anzahl der polizeilichen Pressemeldungen.

An dieser Stelle kann hinterfragt werden, weshalb Polizeibehörden bei der Veröffentlichung von Pressemitteilungen nicht stärker auf polizeiliche Erfolgsmeldungen setzen. Der Medienerlass aus dem Jahr 2011 stellt heraus, dass u.a. die Leistungsfähigkeit der Polizei NRW durch Veröffentlichungen

⁴⁴⁰ Vgl. Schramm. 2014. S. 664.

⁴⁴¹ Vgl. ebd.

⁴⁴² Vgl. Bidlo. 2015. S. 47.

⁴⁴³ Polizei NRW. Riegel vor. (Aufruf: 09.01.2016).

dargestellt werden soll.⁴⁴⁴ Entweder hat die Polizei NRW insgesamt nur wenig Erfolge vorzuweisen oder innerhalb der Behörden existieren keine geeigneten Strukturen, die sicherstellen, dass Polizeipressesprecher Kenntnis von Ermittlungs- oder Fahndungserfolgen erlangen.⁴⁴⁵ Eine weiterer Grund für die eher schwach ausgeprägte Ausrichtung der Polizei an Erfolgsmeldungen könnten möglicherweise rechtliche Aspekte sein, die aus Sicht der Polizei gegen eine Veröffentlichung sprechen (beispielsweise wenn durch die Veröffentlichung des Sachverhaltes die Persönlichkeitsrechte Betroffener nicht gewahrt werden können o.ä.).

Anhand der Quoten, die sich auf Präventions- und Erfolgsmeldungen beziehen, lässt sich ableiten, dass Lokalredaktionen einen Fokus auf diese Arten von Meldungen gelegt haben. Obwohl die Anzahl dieser polizeilichen Meldungen (im Vergleich zu den Fahndungsmeldungen) eher gering ausfällt, publizieren Journalisten diese Nachrichten verstärkt. Das Ergebnis kann auf einen geeigneten Themenmix zurückzuführen sein, den Lokalredakteure für ihre Zeitung anstreben.⁴⁴⁶

Die Auswertung verdeutlicht, dass in allen untersuchten Kategorien die Zeitungen im Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen stärkere Quoten aufweisen. Hier könnte sich eine nähere Untersuchung anschließen, die die Gründe analysiert. Eine Hypothese könnte lauten, dass in ländlichen Bereichen bei Zeitungslesern und Journalisten eine stärkere Fokussierung auf lokale Themen vorherrscht. Ein Wohnungseinbruch in Wülfrath (Kreis Mettmann) würde (der Hypothese folgend) im Lokalteil der dortigen Zeitung publiziert, nicht jedoch in den Lokalteilen des übrigen Kreisgebietes. In Großstädten zeigt sich möglicherweise ein anderes Bild, da hier die Identifikation mit den Stadtteilen nicht so stark ausgeprägt ist der Fokus auf schwere Delikte gelegt werden könnte. An dieser Stelle kann sicherlich auch die Organisationsform der jeweiligen polizeilichen Pressestellen eine Rolle spielen. Im Vergleich zwischen NRW und Niedersachsen zeigt sich bei der Organisationsform von Pressestellen ein heterogenes Bild. Bei der Polizeidirektion Hannover wird beispielsweise Pressearbeit auf Kommissariatsebene (und somit dezentral)

⁴⁴⁴ Vgl. MIK NRW. 2011. S. 1.

⁴⁴⁵ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 137.

⁴⁴⁶ Vgl. ebd. S. 82.

geleistet,⁴⁴⁷ während in NRW jeweils eine zentrale Dienststelle für die Pressearbeit der Polizeibehörde zuständig und verantwortlich ist.⁴⁴⁸ Die dezentrale Organisationsform kann zu einer Hervorhebung von Straftaten im lokalen Raum führen.

Der Anteil der Gewaltberichterstattung in Boulevardmedien ist (im Verhältnis zu lokalen Tageszeitungen) höher.

Insgesamt waren in den ausgewerteten Boulevardmedien 32 Artikel zu finden, die der Kategorie Kriminalität zuzuordnen sind und die in den Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen oder des Kreises Mettmann fallen. 20 Meldungen (62,5%) beziehen sich auf den Bereich der Gewaltkriminalität, 9 (28,1%) Artikel auf Eigentumskriminalität und 3 (9,4%) auf sonstige Kriminalität. Die Aussagekraft dieser Ergebnisse ist aufgrund der niedrigen Artikelanzahl stark eingeschränkt. Im Bereich der lokalen Abonnementzeitungen zeigt sich ein anderes Bild. Insgesamt waren dort 1.153 Artikel zu finden, die einen Kriminalitätshintergrund haben. Auf die Kategorie Gewaltkriminalität entfallen 380 Artikel (33%) und auf die Kategorie Eigentumsdelikte 499 (43,3%). 270 Artikeln (23,4%) liegt sonstige Kriminalität zugrunde.

Die Ergebnisse zeigen eine Tendenz, dass Boulevardmedien stärker auf den Bereich der Gewaltkriminalität abstellen als lokale Tageszeitungen. Des Weiteren wurde nicht die gesamte Lokalausgabe des jeweiligen Boulevardmediums aufbereitet. Die Ausgaben des Express Düsseldorf, sowie Bild Ruhrgebiet und Bild Rheinland wurden ausschließlich im Hinblick auf solche Artikel untersucht, die einen lokalen Bezug zu den Bezirken Essen/Mülheim und Kreis Mettmann haben. Darüber hinaus sind in diesen Printmedien weitere Meldungen mit Polizeibezug abgedruckt, die jedoch mangels Bezug zu den analysierten Behörden nicht erhoben wurden. Daraus resultiert eine eher geringe Artikelzahl, die dieser Studie zugrunde liegt. Sie unterliegt in dieser Frage (aufgrund der geringen Quantität) einer geringeren Aussagekraft. Die Hypothese konnte somit (aufgrund der eingeschränkten Aussagekraft) nur bedingt verifiziert werden.

⁴⁴⁷ Vgl. Schramm. 2014. S. 661.

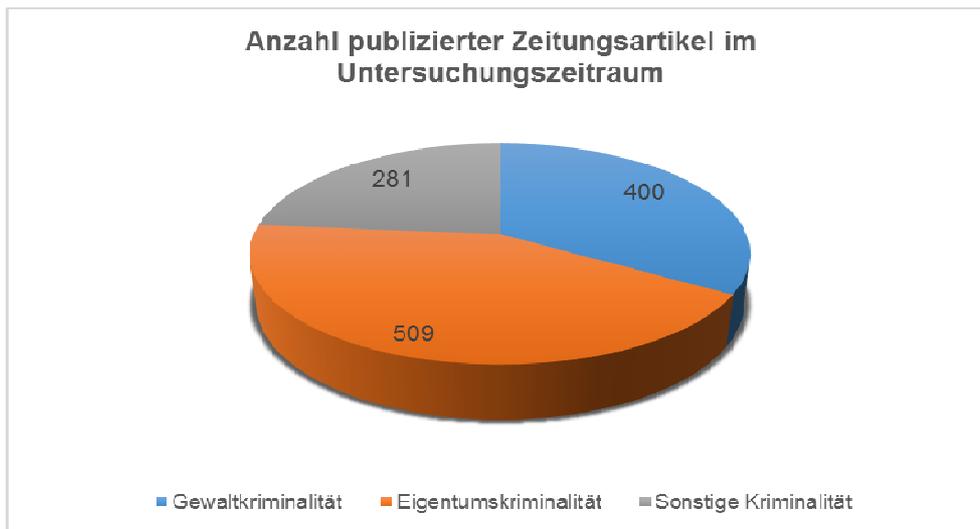
⁴⁴⁸ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 56.

Printmedien nutzen zur Darstellung von Kriminalitätsgeschehen und Ereignissen im Straßenverkehr sowie sonstigen polizeilichen Einsatzanlässen die polizeilichen Pressemeldungen der Landespolizei.

In allen ausgewerteten Zeitungen (03.08.-12.09.2015) wurden insgesamt 2.089 Artikel festgestellt, die einen Polizeibezug aufwiesen. Davon handelt es sich um 1.194 Meldungen mit Kriminalitätsbezug (57,2%) sowie um 733 Artikel mit Geschehnissen im Straßenverkehr (35,1%). Bei 162 weiteren Artikeln (7,8%) konnte zwar ein Polizeibezug festgestellt werden, eine Zuordnung zu einer der beiden Kategorien war jedoch nicht möglich. Als Beispiel ist hier die Berichterstattung zu neuen Polizeibeamten zu nennen, die zum 01.09.2015 ihren Dienst bei den jeweiligen Polizeibehörden angetreten hatten. Für den Bereich der Kriminalitätsberichterstattung zeigt sich folgendes Bild in den ausgewerteten Zeitungen. 400 Zeitungsartikel (33,5%) thematisierten Gewaltkriminalität, während sich 509 Publikationen (42,6%) mit Eigentumsdelikten beschäftigen. Sonstige Kriminalität war in 281 Zeitungsartikeln festzustellen und macht einen Anteil von 23,5% aus. Der Anteil der Gewaltkriminalität an der Gesamtkriminalität im Zuständigkeitsbereich der Polizeibehörden Essen und Mettmann lag im Jahr 2014 (laut PKS) bei 2,8%. Der Anteil der Eigentumskriminalität betrug laut PKS 43,7%.⁴⁴⁹ Die Darstellung der Eigentumskriminalität in den Lokalzeitungen dieser Studie zeigt somit eine starke Annäherung an die statistischen Daten der PKS. Hingegen wurde in den ausgewerteten Zeitungen eine starke Überbetonung der Gewaltkriminalität festgestellt, die durchaus auf die Vielzahl polizeilicher Pressemeldungen in dieser Kategorie zurückzuführen ist. Das Diagramm auf der folgenden Seite verdeutlicht die Aufteilung der Zeitungsartikel in der Kategorie Kriminalität.

⁴⁴⁹ Kreispolizeibehörde Mettmann. Jahresbericht 2014. S. 72. Polizeipräsidium Essen. Jahresbericht Kriminalitätsentwicklung 2014. S. 4. (Aufruf: 21.12.2015).

Abbildung 7: Anzahl der Zeitungsmeldungen nach Deliktbereichen



Von den 2.089 publizierten Zeitungsartikeln wurden 625 (29,9%) Meldungen mit Polizeibezug festgestellt, die nicht auf der Basis von schriftlichen polizeilichen Pressemeldungen veröffentlicht wurden. 434 (69,4%) dieser Artikel wiesen einen Kriminalitätshintergrund auf, während 105 Meldungen (16,8%) Ereignisse im Straßenverkehr thematisierten. Des Weiteren wurde über 86 (13,8%) weitere polizeiliche Einsatzanlässe bzw. Polizeithemen berichtet, die weder der Kategorie Kriminalität, noch Ereignissen im Straßenverkehr zugeordnet werden konnten. Im Kriminalitätsbereich zeigt sich, dass 172 Artikel (39,6%), die nicht auf der Basis von schriftlichen polizeilichen Meldungen publiziert wurden, Gewaltdelikte thematisieren. 65 Artikeln (15,0%) lagen Straftaten der Eigentumskriminalität zugrunde. Auf den Bereich der sonstigen Kriminalität entfielen 193 Artikel, was einem Anteil von 44,5% entspricht. Dieser Wert zeigt, dass sich Lokaljournalisten zum einen auf Delikte der Gewaltkriminalität fokussieren, wenn sie sich anderer Quellen bedienen. Zum anderen zeigt sich, dass sie (anders als polizeiliche Pressestellen) über sonstige Straftaten berichten, die weder der Gewalt- noch der Eigentumskriminalität zuzurechnen sind. Die Gründe für diese Auswahl sind nicht bekannt. Möglicherweise versuchen Lokalredaktionen einen Themenmix bei der Kriminalitätsberichterstattung umzusetzen.

Insgesamt wird aus den Ergebnissen abgeleitet, dass Journalisten Quellen außerhalb der Landespolizei nutzen, die Kriminalitätslagen und Unfallgeschehen zum Inhalt haben. In Betracht kommen hier Presseerklärungen der

Bundespolizei⁴⁵⁰, der Zollfahndungsämter⁴⁵¹, der örtlichen Feuerwehr⁴⁵² oder Justizberichterstattungen⁴⁵³. Des Weiteren können Journalisten Anfragen in mündlicher Form an die Polizei stellen⁴⁵⁴, ohne dass die Antworten der polizeilichen Pressestellen im Internet veröffentlicht werden. Mehr als zwei Drittel aller Zeitungsartikel mit Polizeibezug sind auf die proaktive Pressearbeit der Landespolizei zurückzuführen. Die Hypothese konnte somit verifiziert werden. Lediglich bei knapp einem Drittel der Zeitungsartikel haben Redakteure andere Quellen genutzt bzw. eigene Recherchen angestellt.

Von den 437 veröffentlichten polizeilichen Pressemitteilungen wurden 398 in den Printmedien berücksichtigt. Somit wurden 91,1% der polizeilichen Meldungen in den ausgewerteten Zeitungen publiziert. Lediglich 39 Polizeimeldungen fanden in den Lokalzeitungen keine Berücksichtigung. Hierbei handelt es sich 24 Fällen um Eigentumsdelikte mit Fahndungs- bzw. Zeugenaufrufen. 23 dieser Polizeimeldungen waren von der Polizei Mettmann veröffentlicht worden. Lediglich ein Gewaltdelikt blieb in den Lokalzeitungen unberücksichtigt. Hierbei handelt es sich um eine Raubstrafat aus dem Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen. Aus der Kategorie Sonstige Kriminalität blieb ein Kellerbrand unveröffentlicht (Polizei Mettmann). Sieben Fälle des unerlaubten Entfernens vom Unfallort (aus dem Zuständigkeitsbereich der Polizei Mettmann) wurden durch die Lokalredaktionen nicht in den Zeitungen abgedruckt. Drei Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten blieben durch die Printmedien unberücksichtigt (zwei Fälle aus dem Kreis Mettmann, ein Fall aus Essen). Aus der Kategorie Sonstige Ereignisse wurden drei polizeiliche Pressemeldungen aus Mettmann nicht veröffentlicht. Hierbei handelt es sich jeweils um Terminankündigungen (Vernissage/Info-Stand der Polizei/Event-Truck der Polizei).

⁴⁵⁰ Vgl. Wagner. 2009. S. 98/99.

⁴⁵¹ Das Zollfahndungsamt Essen veröffentlicht über das Presseportal Meldungen mit Kriminalitätsbezug. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Arzneimittelkriminalität, Handel mit Betäubungsmitteln, Einfuhrschmuggel, etc. <http://www.presseportal.de/blaulicht/nr/116257> (Aufruf: 21.01.2016).

⁴⁵² Die Feuerwehr der Stadt Essen veröffentlicht über das Presseportal Meldungen aus ihrem Zuständigkeitsbereich. <http://www.presseportal.de/blaulicht/nr/56893> (Aufruf: 21.01.2016).

⁴⁵³ Branahl. 2005. S. 148/149.

⁴⁵⁴ Vgl. Beele/Schabacker. 2012. S. 83.

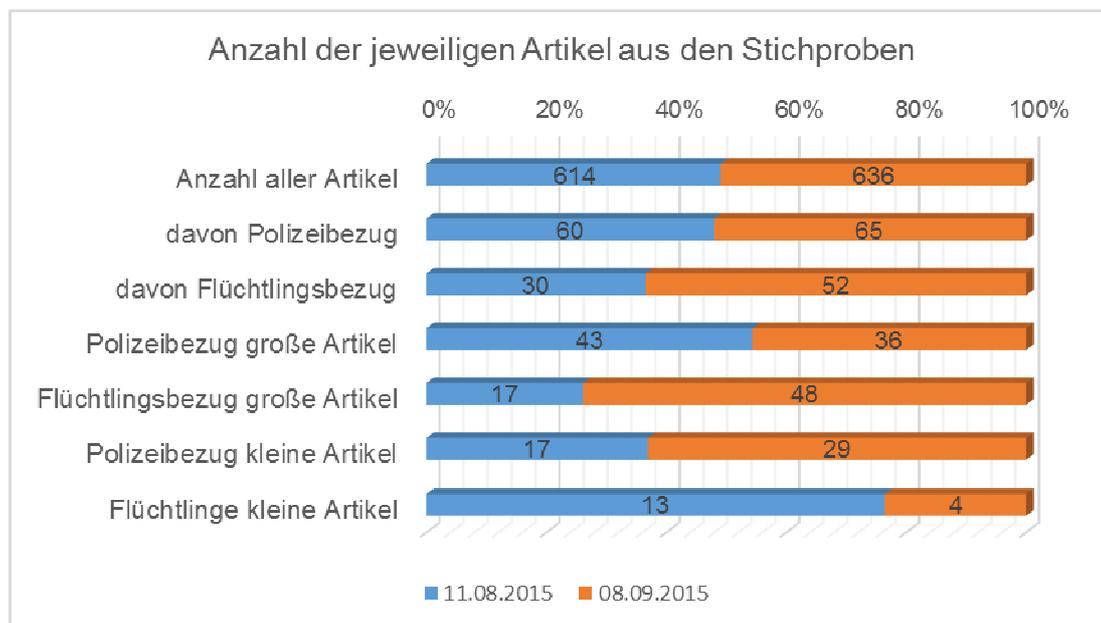
6.2 Untersuchungsergebnisse zur Berichterstattung über Flüchtlinge

Im Unterkapitel 5.2 ist dargestellt worden, aus welchen Gründen eine weitere Datenerhebung durchgeführt wurde. Im Verlauf der Gesamtauswertung hatte (insbesondere nach dem Ende der Sommerferien) die Zuteilung von Zuwanderern auf die Kommunen in NRW zugenommen, was Einfluss auf die mediale Berichterstattung gehabt haben könnte. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Zahl aller Zeitungsartikel (aus der Stichprobe) am 11.08.2015 bei 614 lag. Davon handelt es sich bei 60 Meldungen (9,8%) um solche mit Polizeibezug. In 30 Fällen (4,9%) lag ein Zuwanderungsbezug zugrunde. Am 08.09.2015 veröffentlichten die Abonnementzeitungen insgesamt 636 Artikel, von denen 65 (10,2%) einen Polizeibezug und 52 (8,2%) einen Zuwanderungsbezug aufwiesen. In einem Artikel vom 11.08.2015 waren beide Kategorien (Polizeibezug/Zuwanderungsbezug) betroffen. Unter dem Artikel „Eltern rufen zur Mäßigung auf“ wird sowohl in der WAZ Essen als auch in der NRZ Essen der Verdacht thematisiert, dass ein männlicher Flüchtling eine Sexualstraftat in der Nähe eines Kinderspielplatzes begangen haben könnte. Dieser Artikel wurde sowohl in der Kategorie Polizeibezug als auch Zuwanderungsbezug erfasst. Alle übrigen Zeitungsberichte konnten klar einer Kategorie zugeordnet werden.

Während der Anteil der Polizeimeldungen in den Abonnementzeitungen auf ähnlichem Niveau blieb, ist bei den Meldungen mit Flüchtlingsbezug ein Anstieg um 3,3 Prozentpunkte festzustellen. Eine differenzierte Betrachtung erlaubt die Darstellung anhand der Artikelgröße. Am 11.08.2015 lag die Anzahl der großen Artikel mit Flüchtlingsbezug bei 17 von insgesamt 604 Artikeln (2,8%). Am 08.09.2015 druckten die Lokalzeitungen insgesamt 636 Artikel, von denen 48 (7,5%) über einen Zuwanderungsbezug verfügten. Dies bedeutet einen Anstieg um 4,8 Prozentpunkte. Gleichzeitig war die Anzahl der großen Artikel mit Polizeibezug im Vergleich der beiden Werkstage rückläufig (11.08.2015: 43 Artikel, 7,0%; 08.09.2015: 36 Artikel, 5,6%). Folgende Entwicklung zeigt sich bei den abgedruckten Meldungen, die weniger als 20 Zeilen enthalten. Am 11.08.2015 druckten die Zeitungen 17 kleine Artikel (2,8%) ab, die über einen Polizeibezug verfügten. Am 08.09.2015 lag die Anzahl der kleinen Artikel mit Polizeibezug bei 29 (4,5%). Während bei den großen Zeitungsartikeln mit Polizeibezug ein Rückgang (vom 11.08. bis zum

08.09.2015) festzustellen ist, lässt sich bei den kleinen Zeitungsartikeln mit Polizeibezug der gegenläufige Trend ablesen. Die Zuwanderungsberichterstattung im Hinblick auf kleine Artikel ist von 13 (am 11.08.2015) auf 4 (am 08.09.2015) zurückgegangen. Der Anteil der kleinen Berichte an der Gesamtberichterstattung liegt bei 2,1% am 11.08.2015 sowie bei 0,6% am 08.09.2015.

Abbildung 8: Stichprobenvergleich zur Flüchtlings- und Polizeiberichterstattung



Zu berücksichtigen ist, dass es sich lediglich um Daten der Stichproben handelt. Im Weiteren könnte sich hier eine Vollerhebung anschließen, die der Frage nach der langfristigen Verschiebung von Nachrichtenselektion nachgeht. Um des Weiteren festzustellen, ob es sich um einen kurz- oder langfristigen Effekt von Selektionskriterien handelt, ist eine stichprobenartige Querschnittstudie (wie im vorliegenden Fall) nicht geeignet. Hierzu müsste eine Längsschnittstudie angelegt werden, die gesicherte Erkenntnisse zu den Folgen von Selektionskriterien liefern könnte.⁴⁵⁵

⁴⁵⁵ Vgl. Kunczik/Zipfel. 2006. S. 357.

7 Fazit/Ausblick

7.1 Rekurs - Grundzüge der Studie

Das Ziel dieser Arbeit lag in der Beantwortung der Frage, ob Polizei und Printmedien ein realistisches Bild von Kriminalität vermitteln und ob Schwerpunkte in der Berichterstattung erkennbar sind. Zunächst wurde erläutert, dass die zugrunde liegende Datenbasis der PKS aufgrund des Dunkelfeldes nicht die tatsächliche Kriminalität abbildet. Zu berücksichtigen war jedoch, dass es in Deutschland und NRW aktuell keine andere Statistik gibt, die das Kriminalitätsgeschehen umfänglicher darstellt. Im Hinblick auf die Abbildung von Realität im Zusammenhang mit Kriminalität schlossen sich sodann soziologische Betrachtungen an. Hierzu wurde die Theorie des Kommunikativen Konstruktivismus verdeutlicht. Es existiert demnach nicht die eine Realität, weil Menschen sich in einem ständigen Kommunikationsprozess befinden und sich mit ihrer Umwelt auseinandersetzen. Der Mensch stellt Bewertungen zu sozialen Handlungen an, die je nach Individuum und Reizen unterschiedlich sein können. Eine Vielzahl von Informationen wird durch die Massenmedien vermittelt, die wiederum von Journalisten, die eigene Erfahrungen und Interaktionen haben, dargelegt werden. Die Wirklichkeit, wie wir sie wahrnehmen, ist demnach ein Produkt aus komplexen Sinnbezügen. Durch Betrachtung aktueller Forschungen, die sich im Wesentlichen auf die Analysen von Printmedien bezogen, konnten Schwerpunkte in der Kriminalitätsberichterstattung herausgearbeitet werden. Verstärkt berichten Medien über Gewaltkriminalität, die (statistisch gesehen) nur einen geringen Anteil an der Gesamtkriminalität ausmacht. In zurückliegenden Untersuchungen wurden Kategoriensysteme genutzt, die im Wesentlichen auf Gewalt- und Eigentumskriminalität basierten. Dieses Vorgehen wurde hinsichtlich der Kategorienbildung in Teilen übernommen, um einen Vergleich mit anderen Studien anstellen zu können.

Des Weiteren wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen, Entwicklungen sowie Aufgaben des Lokaljournalismus und polizeilicher Pressearbeit dargestellt. Anhand der bestehenden Wechselbeziehung wurde sowohl Konflikt- als auch Zusammenarbeitspotential herausgearbeitet. Hieran schlossen sich die forschungsleitenden Fragen an, die in ein Forschungsdesign überführt

wurden, das im Hinblick auf die Methodik erläutert und eingeordnet wurde. Im Zentrum der Studie stand die quantitative Untersuchung als Input-Output-Analyse, basierend auf Rohmaterial aus polizeilichen Pressemeldungen und Zeitungsartikeln aus dem Zuständigkeitsbereich der Polizei Essen und Mettmann. Da sich die Studie auf NRW bezieht, wurde erläutert, welche Faktoren bei der Auswahl der beiden Behörden berücksichtigt wurden. Die Gesamtergebnisse wurden mit den Daten der PKS ins Verhältnis gesetzt. Die Auswertung enthält Zahlenmaterial sowie Tabellen und Grafiken. Die Ergebnisse wurden schwerpunktmäßig in einer Gesamtschau (für beide Polizeibehörden zusammen) betrachtet. Sofern Auffälligkeiten bei den Daten einzelner Behörden oder Kategorien festgestellt wurden, erfolgte in diesen Fällen eine differenzierte Einordnung.

7.2 Einordnung der Ergebnisse und Ausblick

Die Einzelergebnisse zeigen, dass Polizeibehörden in NRW bei ihrer Pressearbeit Schwerpunkte auf den Bereich der Kriminalitätsberichterstattung legen. Meldungen zu Verkehrsunfällen und Ereignissen im Straßenverkehr treten hinter Pressemitteilungen mit kriminalitätsrelevanten Inhalten zurück. Die Erkenntnis, dass hierbei wiederum Gewaltberichterstattungen überrepräsentiert sind, deckt sich mit Ergebnissen zurückliegender Studien.⁴⁵⁶ Zudem lassen sich bei der Schwerpunktsetzung zwischen den Behörden deutliche Unterschiede feststellen. Die Pressestelle des Polizeipräsidiums berichtet verstärkt über Gewaltkriminalität, während die Landratsbehörde als Kreispolizeibehörde übergeordnet Eigentumsdelikte in den Fokus nimmt. Im Hinblick auf die strategische Ausrichtung der Polizei NRW, die sich aus der Art der häufigsten Pressemitteilungen ergibt, zeigt sich, dass Fahndungsmeldungen deutlich im Vordergrund der polizeilichen Berichterstattung stehen. Hier könnte die Pressearbeit der Polizei überwiegend als taktisches Mittel zur Zielerreichung (Ermittlung der Täter/Aufklärung des Sachverhaltes) bewertet werden. Insbesondere in solchen Fällen, die im öffentlichen Raum stattfinden, ist das Generieren von Zeugenhinweisen deutlich höher einzuschätzen als bei Straftaten, zu denen es eher im privaten bzw. nicht-öffentlichen Raum kommt. Aufgrund der hohen Anzahl von Fahndungsmeldungen könnten sich

⁴⁵⁶ Vgl. Kepplinger. 2000.

jedoch noch weitere Überlegungen anschließen. Sollte beispielsweise festgestellt werden, dass Pressestellen nur in wenigen Fällen Kenntnis von Ermittlungserfolgen erhalten, sollten die Polizeibehörden über geänderte Informationsmöglichkeiten der Polizeipressestellen (innerhalb der Behörde) diskutieren, um verstärkt über Erfolgsmeldungen berichten zu können.

Journalisten nutzen überwiegend die polizeilichen Pressemeldungen der Landespolizeibehörden in NRW und greifen (im Bezug auf Polizeithemen) nur in weniger als einem Drittel der Zeitungsartikel auf andere Quellen zurück. Die Polizeipressestellen nehmen demzufolge starken Einfluss auf die Kriminalitätsberichterstattung in den Printmedien. Redakteure übernehmen somit das von Polizeipressestellen transportierte Bild der Kriminalität im lokalen Raum. Pressevertreter machen für Verzerrungen in der Kriminalitätsberichterstattung vielfach polizeiliche Pressesprecher verantwortlich, an deren Vorselektion sie sich orientieren.⁴⁵⁷ Dieser Kritik kann entgegen gehalten werden, dass Polizeipressesprecher wiederum ihre Nachrichtenauswahl zum einen am vermuteten Interesse der Lokaljournalisten ausrichten. Zum anderen berücksichtigen sie eine möglichst positive Hervorhebung von Fahndungs- bzw. Ermittlungserfolgen. Dennoch ist die lokale Berichterstattung in großem Maße von der Informationszulieferung durch Polizeipressestellen abhängig⁴⁵⁸, was durch die Ergebnisse der vorliegenden Studie gestützt wird. Der Entscheidungsspielraum lokaler Journalisten ist daher als gering anzusehen. Fraglich ist, ob bei polizeilichen Pressesprechern in NRW das Bewusstsein vorhanden ist, dass sie maßgeblich auf die Darstellung von Kriminalitäts- und Unfallgeschehen in den Medien Einfluss nehmen. Im Sinne des kommunikativen Konstruktivismus wirken sie so an der Bildung von sozialer Identität und Ordnung mit und können durch ihre individuelle Selektion eigene Weltbilder erzeugen.⁴⁵⁹ In einer weiteren Studie könnten Pressesprecher der Polizei NRW sowie Lokaljournalisten (im Rahmen von qualitativen Interviews) zu ihren Motiven im Hinblick auf die Auswahl von presserelevanten Sachverhalten befragt werden, um eine bessere Einordnung der vorliegenden quantitativen Ergebnisse vornehmen zu können.

⁴⁵⁷ Vgl. Kunczik/Zipfel. 2006. S. 351.

⁴⁵⁸ Vgl. Kunczik/Zipfel. 2006. S. 351.

⁴⁵⁹ Vgl. Mast. 2012. S. 78.

Die analysierte Flüchtlingsberichterstattung hat gezeigt, dass aktuelle, lokal relevante Themen andere Nachrichten (in diesem Fall Polizeithemen) verdrängen können. Dieser Agenda-Setting-Effekt zeigt sich jedoch weniger bei Betrachtung der Artikelanzahl, sondern erst unter Hinzuziehung eines weiteren Faktors (Artikelgröße). Während zu Beginn der Auswertung (11.08.2015) die Zuwanderungssituation anhand kleinformatiger Artikel kommuniziert wurde, konnte zum Ende der Analyse (08.09.2015) festgestellt werden, dass verstärkt anhand großer Artikel über Flüchtlinge berichtet wurde. Zu berücksichtigen ist bei diesen Ergebnissen, dass die Studie zu einem frühen Zeitpunkt der Zuwanderungssituation (August/September 2015) in Deutschland durchgeführt wurde. In der Folge kann sich dieser Agenda-Setting-Effekt möglicherweise in stärkerer Ausprägung gezeigt haben. Das Ergebnis macht deutlich, welchen Stellenwert die Zuwanderungssituation aktuell in NRW hat und welches Informationsbedürfnis durch die Lokalzeitungen unterstellt und entsprechend möglichst bedient wird.

Die Diskussion um das Auftreten von delinquenten Gruppen aus dem nordafrikanischen Raum sowie die Auslegung des Pressekodexes nach den Ereignissen in Köln hat gezeigt, dass das Thema virulent ist. Die mediale Bedeutung, die der Frage nach „Kriminalität durch Flüchtlinge/Ausländer“ zukommt und die Frage nach dem Umgang mit der Nennung von nationalen Minderheiten, Flüchtlingsstatus, etc. kann einen Wandel in der polizeilichen Pressearbeit und in den Zeitungsredaktionen nach sich ziehen. Ähnliche Entwicklungen gab es in der Vergangenheit nach dem Auftreten neuer Kriminalitätsphänomene,⁴⁶⁰ die zu einem geänderten strategischen polizeilichen Vorgehen sowie zu einem neuen Umgang mit Medienvertretern führten.

Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass sowohl Polizeipressesprecher als auch Lokaljournalisten Ereignisse und Nachrichten selektieren und hierdurch Schwerpunkte in der jeweiligen Berichterstattung setzen. Zudem sind Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen Polizeibehörden und Medien in NRW herausgearbeitet worden. Polizeibehörden brauchen die Unterstützung von Lokalredakteuren, wenn sie ihre polizeilichen Ziele erreichen wollen. Dies bezieht sich sowohl auf Fahndungshinweise als auch auf eine Vertrau-

⁴⁶⁰ Als Beispiel sei hier das Gladbecker Geiseldrama benannt, das bereits im Kapitel 4.2.1 thematisiert wurde.

ensbildung der Bevölkerung, die durch positive Berichterstattung über Polizisten und ihre Arbeit entstehen kann. Lokale Medienvertreter hingegen streben danach, dem Informationsinteresse ihrer Leser gerecht zu werden und Quoten zu erfüllen. Hierzu nutzen sie (auch) das Informationsangebot der Polizei, das ihnen täglich kostenlos zur Verfügung steht. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Medien, die den jeweiligen Aufgaben und Verantwortlichkeiten gerecht wird, kann zu einer ausgewogenen Berichterstattung über Kriminalität im lokalen Raum führen, die die Gesellschaft möglichst umfassend und wirklichkeitsgetreu informiert, ohne Ängste zu schüren und sich dem Vorwurf auszusetzen, Informationen zurückzuhalten. Hierzu muss ein Bewusstsein für die Bedeutung von Nachrichtenselektion in der täglichen Arbeit von Polizeipressesprechern und Lokaljournalisten vorhanden sein und gefördert werden.

Literaturverzeichnis

- Bäuerle, Michael* Polizeirecht in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 48/2008. S. 15-19.
- Beele, Karl; Schabacker, Jan* Pressearbeit der Polizei. Hilden. 2012.
- Berthel, Ralph* Wie aussagekräftig ist das Zahlenwerk? In: Die Polizei. 10. S. 283-289. 2003.
- Best, Stefanie* Der Intra-Extra-Media-Vergleich – ein wenig genutztes Analyseinstrument und seine methodischen Anforderungen. In: Publizistik. 1. 2000. S. 51-69.
- Bidlo, Oliver* Dialektik des Negativen. Probleme des positiven Journalismus. In: Deutscher Fachjournalisten-Verband. Konstanz und München. 2015. S. 37-48.
- Bidlo, Oliver; Englert, Carina Jasmin; Reichertz, Jo* Tat-Ort Medien. Die Medien als Akteure und unterhaltensame Aktivierer. Wiesbaden. 2012.
- Böhm, Stefanie* Von der Schreibmaschine über news aktuell zur Polizei 2.0 – Eine Fallanalyse. In: Bidlo, Oliver; Englert, Carina Jasmin; Reichertz, Jo. S. 33-45. Wiesbaden. 2012.
- Bonfadelli, Heinz* Medienwirkungsforschung II. Grundlagen und theoretische Perspektiven. 2. Auflage. Konstanz. 2004.
- Branahl, Udo* Justizberichterstattung. Wiesbaden. 2005.
- Branahl, Udo* Warum Medien wichtig sind: Funktionen in der Demokratie. In: Informationen zur politischen Bildung. Massenmedien. S. 6-12. 4/2010.
- Bundesministerium des Innern* Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. 2006.
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (Hrsg.)* Die deutschen Zeitungen in Zahlen und Daten 2015. Berlin.
- Chmielewski, Daniel* Lokale Leser. Lokale Nutzer. Informationsinteressen und Ortsbindung im Vergleich. Eine crossmediale Fallstudie. Köln. 2011.
- Deutscher Fachjournalisten-Verband (Hrsg.)* Positiver Journalismus. Konstanz und München. 2015.
- Deutscher Journalisten-Verband (Hrsg.)* Berufsbild Journalistin – Journalist. Berlin. 2015.

Diane Drawe

- Diekmann, Andreas* Empirische Sozialforschung. Grundlagen. Methoden. Anwendungen. Hamburg. 2014.
- Donsbach, Wolfgang* Journalismus und journalistisches Berufsverständnis. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.). Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln. Weimar. Wien. S. 489-517. Köln. 1999.
- Englert, Carina Jasmin* Der Ausbildungsweg der Polizeipressesprecher und die Maßstäbe der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. In: Bidlo, Oliver; Englert, Carina Jasmin; Reichertz, Jo. S. 47-53. Wiesbaden. 2012.
- Fink, Christin* Positiver Journalismus – einführende Gedanken. In: Deutscher Fachjournalisten-Verband (Hrsg.). S. 7-17. Konstanz und München. 2015.
- Flick, Uwe* Triangulation. 2. Auflage. Wiesbaden. 2008.
- Früh, Werner* Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. 6. Auflage. Konstanz. 2007.
- Frühschütz, Jürgen* Lexikon der Medienökonomie. Frankfurt. 2000.
- Galtung, Johan; Ruge, Mari Holmboe* The structure of foreign news. In: Journal of Peace Research. Oslo. Heft 1/1965. S. 64 ff.
- Geißler, Rainer; Pöttker, Horst (Hrsg.)* Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Bielefeld. 2009.
- Gläser Jochen; Laudel, Grit* Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 4. Auflage. Wiesbaden. 2009.
- Glaserfeld von, Ernst* Einführung in den radikalen Konstruktivismus. In: Watzlawick, Paul (Hrsg.). Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben? S. 16-37. München. 2013.
- Haller, Michael* Brauchen wir Zeitungen? Köln. 2014.
- Hanisch, Detlef Arthur* Darstellung und Kritik des Konstruktivismus aus kritisch-rationaler Perspektive. Frankfurt am Main. 2009.
- Häusel, Hans-Georg* Wer verstehen will, braucht Print. In: Print: Ein Plädoyer für Slow Media. S. 47/48. Walldorf. 2016.
- Höfler, Carsten* Der Nachahmungseffekt von Amoktaten. Wie Polizei und Zeitungen mit ihrer Verantwortung umgehen. Frankfurt. 2010.

Diane Drawe

- Kepplinger, Hans Mathias* Die Entwicklung in der Kriminalitätsberichterstattung. In: Bundesjustizministerium (Hrsg.). Kriminalität in den Medien. 2000. S. 58-77.
- Kersten, Joachim* Medien und Innere Sicherheit. In: Reichertz, Jo (Hrsg.); Lange, Hans-Jürgen; Ohly, H. Peter. S. 293-305. Wiesbaden. 2009.
- Kramp, Leif* Was Journalisten aus Informationen machen: Nachrichten und News. In: Informationen zur politischen Bildung. Massenmedien. S. 52-54. 4/2010.
- Kromrey, Helmut* Empirische Sozialforschung. Stuttgart. 2006.
- Kunczik, Michael; Zipfel, Astrid* Publizistik. Köln. 2005.
- Kunczik, Michael; Zipfel, Astrid* Gewalt und Medien. Köln. 2006.
- Lampret, Nina* Die Zukunft der Zeitung. Grundlagen, Strategieansätze, Perspektiven. Saarbrücken. 2007.
- Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW* LAFP-Magazin. Nr. 5/2015.
- Landeskriminalamt NRW* Jahrbuch zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2014.
- Landtag NRW* Studie „Lokaljournalismus in NRW – Situation und Ausblick“. Drucksache 16/742. 2013.
- Lehmann, Julian* Flucht in die Krise - Ein Rückblick auf die EU-„Flüchtlingskrise“ 2015. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Europäische Integration in der Krise. 52/2015. Ausgabe vom 21.12.2015. S. 7-11.
- Linder, Bernadette* Terror in der Medienberichterstattung. Wiesbaden. 2011.
- Luhmann, Niklas* Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden. 2009.
- Lünenborg, Margreth* Boulevardjournalismus. In: Vogt, Ludgera (Hrsg.); Dörner, Andreas. S. 264-278. Bonn. 2012.
- Mast, Claudia* ABC des Journalismus. Ein Handbuch. Konstanz und München. 2012.
- Maurer, Marcus* Agenda-Setting. Baden-Baden. 2010a.

Diane Drawe

- Maurer, Marcus* Wirkungen der Medien aus Sicht der Gesellschaft. In: Informationen zur politischen Bildung. Massenmedien. S. 65/66. 4/2010b.
- Maurer, Marcus; Reine-
mann, Carsten* Medieninhalte. 2006. Wiesbaden.
- Medienpädagogischer For-
schungsverbund Südwest
(Hrsg.)* JIM-Studie 2014. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart. 2014.
- Ministerium für Inneres und
Kommunales NRW* Erlass Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Nordrhein-Westfalen vom 15.11.2011. 401-58.02.05.
- Ministerium für Inneres und
Kommunales NRW* Erlass Nutzung sozialer Netzwerke im Internet durch die Polizeibehörden des Landes NRW vom 21.07.2014. 4/LRed-11.04.06.
- Ministerium für Inneres und
Kommunales NRW* Bürgernahe Polizei – Den demographischen Wandel gestalten. Ergebnisbericht der Expertenkommission. Hilden. 2015.
- Misoch, Sabina* Qualitative Interviews. Berlin. München. Boston. 2015.
- Raupp, Juliana* Wie Journalisten an Informationen kommen: Informationsquellen. In: Informationen zur politischen Bildung. Massenmedien. S. 48-51. 4/2010.
- Reichertz, Jo* Die Macht der Worte und der Medien. Wiesbaden. 2009b.
- Reichertz, Jo (Hrsg.)* Grundzüge des Kommunikativen Konstruktivismus. In: Reichertz, Jo (Hrsg.); Keller, Reiner; Knoblauch, Hubert. S. 49-68. Wiesbaden. 2013.
- Reichertz, Jo (Hrsg.); Keller,
Reiner; Knoblauch, Hubert* Kommunikativer Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz. Wiesbaden. 2013.
- Reichertz, Jo (Hrsg.); Kel-
ler, Reiner; Knoblauch, Hu-
bert;* Der Kommunikative Konstruktivismus als Weiterführung des Sozialkonstruktivismus. In: Reichertz, Jo (Hrsg.); Keller, Reiner; Knoblauch, Hubert. S. 9-24. Wiesbaden. 2013.
- Reichertz, Jo (Hrsg.); Lan-
ge, Hans-Jürgen; Ohly, H.
Peter* Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen. Wiesbaden. 2009a.

Diane Drawe

- Reuband, Karl-Heinz* Kriminalität als Thema ostdeutscher Massenmedien vor und nach der Wende. Eine Analyse Dresdner Tageszeitungen 1988-1994. In: Kriminologisches Journal 32. 1. S. 43-55. 2000.
- Reuband, Karl-Heinz* Kriminalitätsfurcht. Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten. In: Reichertz, Jo (Hrsg.); Lange, Hans-Jürgen; Ohly, H. Peter. S. 233-251. Wiesbaden. 2009a.
- Roth, Gerhard* Das Gehirn und seine Wirklichkeit. Kognitive Neurobiologie und ihre philosophischen Konsequenzen. Frankfurt am Main. 1996.
- Schabacker, Jan* Im Fokus der Medien – Polizei und Pressearbeit. In: Deutsche Polizei. S. 6-13. 4/2012.
- Schönhagen, Philomen; Brosius, Hans-Bernd* Die Entwicklung der Gewalt- und Kriminalitätsberichterstattung im lokalen Raum. In: Publizistik. 3. 2004. S. 255-274.
- Schramm, Jochen* Pressearbeit und mediale Kriminalitätswirklichkeit. In: Kriminalistik. 11. 2014. S. 657-666.
- Schwind, Hans-Dieter* Kriminologie. 21. Auflage. Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg. 2011.
- Siebert, Sandra* Angeprangert! Medien als Motor öffentlicher Empörung. Marburg. 2011.
- taz* Zu wenig Leute, zu viele Geschichten. Ausgabe vom 11.10.2015. Bouhle, Daniel. S. 8.
- taz* Darüber müssen wir reden. Ausgabe 23./24.01.2016. Raab, Klaus. S. 17-20.
- Traue, Boris* Kommunikationsregime. Die Entstehung von Wissen um Medialität in kommunikativen Praktiken. In: Reichertz, Jo (Hrsg.); Keller, Reiner; Knoblauch, Hubert. S. 257-272. Wiesbaden. 2013.
- Van Um, Eric; Huch, Michael; Bug, Mathias* Lokale Kriminalitätsberichterstattung: Abbild oder Zerrspiegel von Kriminalität? In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Wochenbericht. 12.2015. S. 288-294.
- Vogt, Ludgera (Hrsg.); Dörner, Andreas* Unterhaltungsrepublik Deutschland. Medien, Politik und Entertainment. Bonn. 2012.

Diane Drawe

*Vogt, Ludgera (Hrsg.);
Dörner, Andreas;*

Unterhaltungskultur als politische Kultur: Politikvermittlung in der Gegenwartsgesellschaft. In: Vogt, Ludgera (Hrsg.); Dörner, Andreas. S. 11-31. Bonn. 2012.

Wagner, Marc

Die Bundespolizei – wer ist das, was darf und was macht die? In: Jura. 2/2009. S. 96-100.

Westdeutsche Zeitung

Was die Polizei in NRW verschweigt. Ausgabe vom 14.01.2016. Tückmantel, Ulli. S. 4.

*Windzio, Michael; Klei-
mann, Matthias*

Die kriminelle Gesellschaft als mediale Konstruktion? Zum Zusammenhang von Mediennutzung, wahrgenommener Kriminalitätsentwicklung und Einstellung zum Strafen. In: Soziale Welt. S. 193-215. 2/2006.

Wolf, Fritz

Chancen und Risiken des Lokaljournalismus heute. In: Pöttker, Horst; Vehmeier, Anke (Hrsg.). Das verkannte Ressort. Probleme und Perspektiven des Lokaljournalismus. S. 127-138. Wiesbaden. 2013.

Wolff, Volker

ABC des Zeitungs- und Zeitschriftenjournalismus. Konstanz. 2006.

Zimmermann, Martin

Antike Gewalt – moderne Gewalt. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Stuttgart. 6/2014. S. 541/542.

Internetquellen

*Bundesamt für Migration
und Flüchtlinge (BAMF)*

Aktuelle Zahlen zu Asyl. Tabellen, Diagramme, Erläuterungen. Dezember 2015.

https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile
(Aufruf: 17.01.2016).

Bundeskriminalamt

Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik in der Fassung vom 01.01.2014.

http://www.bka.de/nn_205960/sid_B7514D050C53AB9C7C27A5BDEF6C511A/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/pks_node.html?nnn=true (Aufruf: 25.11.2015).

Bundeskriminalamt

Was ist Dunkelfeldforschung.

http://www.bka.de/DE/ThemenABisZ/Forschung/Dunkelfeldforschung/dunkelfeldforschung_node.html?nnn=true (Aufruf: 25.11.2015).

Diane Drawe

- Deutscher Presserat* Beschwerdeordnung.
https://www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Dateien/Beschwerdeordnung.pdf (Aufruf: 10.11.2015).
- Deutscher Presserat* Der Pressekodex.
http://www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Dateien/Pressekodex_boweb_2015.pdf (Aufruf: 10.11.2015).
- Feltes, Thomas* Gutachterliche Stellungnahme zur Umsetzung der Richtlinien des BKA für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) im Land Brandenburg.
http://www.cdu-fraktion-brandenburg.de/aktuell/gutachten-manipulationsvorwuerfe-polizeistatik-brandenburg?file=tl_files/cdu/data/downloads/Presseinfo/2014_Pressemitteilungen/140506_Gutachten_Feltes.pdf. (Aufruf: 25.11.2015).
- Horizont online* Sex & Crime läuft immer. Online-Artikel vom 09.11.2012.
<http://www.horizont.net/medien/nachrichten/-Sex--Crime-laeuft-immer-Die-besten-Zitate-vom-Publishers-Summit-111274> (Aufruf: 04.07.2015).
- Journalistenzentrum Wirtschaft und Verwaltung e.V.; Institut für Journalistik an der Technischen Universität Dortmund* Ergebnisse der Pilotbefragung bei Pressestellen und Redaktionen in Nordrhein-Westfalen. 2008.
<http://www.journalistenzentrum-jvw.de/download.php?f=a103d8eeff40560ded452f63cc1f8682> (Aufruf: 06.12.2015).
- Kreispolizeibehörde Mettmann* Jahresbericht 2014.
https://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/Behoerden/Mettmann/Jahresbericht_2014_online.pdf (Aufruf: 21.12.2015).
- Kreispolizeibehörde Mettmann* Pressestelle.
<https://www.polizei.nrw.de/mettmann/artikel/3977.html> (Aufruf: 06.12.2015).
- Kreispolizeibehörde Mettmann* Öffentlichkeitsarbeit.
<https://www.polizei.nrw.de/mettmann/artikel/3973.html> (Aufruf: 06.12.2015).
- Ministerium für Inneres und Kommunales NRW* Presseinformation vom 11.01.2016. S. 1-9.
<https://www.tagesschau.de/inland/rede-jaeger-101~origin-3364b589-8444-49b9-b662-156ca20794dc.pdf> (Aufruf: 12.01.2016).

Diane Drawe

Pöttker, Horst

Schluss mit der Selbstzensur. In: Die Zeit. Ausgabe vom 02.10.2013.

<http://www.zeit.de/2013/41/pressekodex-straftaeter-herkunft> (Aufruf: 07.02.2016).

Polizei NRW

Riegel vor. Landesweite Kampagne NRW.

https://www.polizei.nrw.de/artikel_158.html (09.01.2016).

Polizeipräsidium Essen/Mülheim

Facebookseite.

<https://de-de.facebook.com/Polizei.NRW.E> (Aufruf: 06.12.2015).

Polizeipräsidium Essen/Mülheim

Jahresbericht Kriminalitätsentwicklung 2014. Stadt Essen. Stadt Mülheim an der Ruhr.

https://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/Behoerden/Essen/Kriminalitaetsentwicklung_PP_Essen_2014.pdf (Aufruf: 21.12.2015).

Polizeipräsidium Essen/Mülheim

Jahresbericht Verkehrsunfallentwicklung. Stadt Essen. Stadt Mülheim.

https://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/Behoerden/Essen/Jahresbericht_VU_2014_Handout.pdf (Aufruf: 21.12.2015).

Polizeipräsidium Essen/Mülheim

Pressestelle der Polizei Essen.

https://www.polizei.nrw.de/essen/artikel_2158.html (Aufruf: 06.12.2015).

Polizeipräsidium Essen/Mülheim

Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Essen.

https://www.polizei.nrw.de/essen/artikel_2156.html (Aufruf: 06.12.2015).

Statista

Altersverteilung der Internetnutzer.

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/72312/umfrage/altersverteilung-der-internetnutzer-in-deutschland/> (Aufruf: 10.11.2015).

taz

Das Ende der Zurückhaltung. Bax, Daniel. Artikel vom 22.01.2016. <http://www.taz.de/!5267250/> (Aufruf: 23.01.2016).

Thier, Judith

Gewaltkriminalität. o. J. o.S.

http://www.krimlex.de/suche_artikel.php?KL_ID=80&KL_SUCHE=Gewaltkriminalit%E4t&SEARCH_HIT_NUMBER=8&BUCHSTABE=G (Aufruf: 27.09.2015).

Anlagen

Anlage A: Grunddaten zu den betrachteten Kreispolizeibehörden

	Einwohnerzahl⁴⁶¹ (Stand: 31.12.2013)	Fläche in qkm	Anzahl Straftaten (2014)	Anzahl Verkehrs- unfälle (2014)
Polizeipräsidium Essen/ Mülheim an der Ruhr	736.524	301	75.853	28.587
Stadt Essen	569.884	210	62.283	22.801
Stadt Mülheim an der Ruhr	166.640	91	13.570	5.786
Landrat als Kreispolizei- behörde Mettmann	476.633	408	33.465	12.757
Stadt Erkrath	43.639	27	2.612	784
Stadt Haan	29.985	24	1.923	945
Stadt Heiligenhaus	25.419	28	1.402	580
Stadt Hilden	54.737	26	5.184	1.616
Stadt Langenfeld	56.982	41	4.399	1.722
Stadt Mettmann	37.867	43	2.104	1.061
Stadt Monheim am Rhein	40.098	23	3.356	806
Stadt Ratingen	86.388	89	6.090	2.589
Stadt Velbert	80.572	75	5.355	2.191
Stadt Wülfrath	20.946	32	1.040	463

⁴⁶¹ Die Daten sind dem Gemeindeverzeichnis der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder entnommen. <http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/impressum.asp> (Aufruf: 23.09.2015) sowie den jeweiligen Kriminalitäts- und Verkehrsunfallberichten der Kreispolizeibehörden Essen/Mülheim und Mettmann.

Anlage B: Übersicht der untersuchten Zeitungen (mit Lokalteilen)

Stadt/Kommune	Regionale Tageszeitung	mit Lokalausgabe
Essen⁴⁶²		
	Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)	Essen-Rüttenscheid
		Essen-Steele/Kray
		Essen-Werden
		Essen-West
	Neue Ruhr-Zeitung (NRZ)	Essen-Rüttenscheid
		Essen-Steele/Kray
		Essen-Werden
		Essen-West
	BILD	Ruhrgebiet
Mülheim an der Ruhr		
	WAZ	Mülheim
	NRZ	Mülheim
Kreis Mettmann		
Mettmann	Rheinische Post (RP)	Düsseldorf-Mettmann
	Westdeutsche Zeitung (WZ)	Mettmann-West
	WZ	Mettmann-Ost
	BILD	Düsseldorf
	Express	Düsseldorf
Velbert	WAZ	Velbert
Langenfeld	RP	Opladen-Langenfeld
Hilden	RP	Düsseldorf-Hilden
	NRZ	Düsseldorf (für Hilden, Erkath, Monheim, Langenfeld)
Ratingen	RP	Ratingen

⁴⁶² Die Daten sind den jeweiligen Internetseiten der Zeitungen entnommen.

Anlage C: Übersicht des Kategoriensystems zur Kriminalität

Kriminalität		
	Gewalt- kriminalität	
		Mord
		Totschlag und Tötung auf Verlangen
		Vergewaltigung und sexuelle Nötigung
		Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer
		Raub, räuberische Erpressung auf Geldinstitute
		Raubüberfälle auf sonstige Zahlstellen und Geschäfte
		Raubüberfälle auf Spielhallen
		Raubüberfälle auf Tankstellen
		Räuberischer Angriff auf Kraftfahrer
		Handtaschenraub
		Sonstige Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen
		Raubüberfälle in Wohnungen
		Gefährliche und schwere Körperverletzung
	Eigentums- kriminalität	
		Fahrraddiebstahl
		Taschendiebstahl
		Wohnungseinbruchsdiebstahl
		Ladendiebstahl
		Diebstahl von unbaren Zahlungsmitteln
		Diebstahl von Kraftfahrzeugen
		Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen
	Sonstige Kriminalität	
		Alle Straftaten, die nicht den oben genannten Kategorien zuzuordnen sind.

Diane Drawe

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst habe. Es wurden keine anderen als die in der Arbeit angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt. Die wörtlichen oder sinngemäß übernommenen Zitate habe ich als solche kenntlich gemacht.

Mülheim an der Ruhr, 19.02.2016

Diane Drawe

(Unterschrift liegt im Original vor)